

Gewaltfrei im Schatten von Gewalt

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzband / conference proceedings

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bund für Soziale Verteidigung e.V. (2013). *Gewaltfrei im Schatten von Gewalt* (Hintergrund- und Diskussionspapier, 35). Minden. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-353829>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 35 / August 2013

ISSN 1439-2011

Gewaltfrei im Schatten von Gewalt

Hrsg: Bund für Soziale Verteidigung

Diese Publikation wurde gefördert durch:

Gefördert durch:



**Brot
für die Welt**
Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Redaktion: Christine Schweitzer

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 35
August 2013
2. erweiterte Auflage
ISSN 1439-2011
4 €

Inhalt

1. Einleitung	
<i>Christine Schweitzer</i>	5
2. Syrien: Eine Binnen- und eine Außensicht	
<i>Aziz Ramadan und André Find</i>	7
2.1 Die friedliche Bewegung und die syrische Revolution.....	7
2.2 Nicht von Scheindebatten blenden lassen Eine aktive Friedenspolitik zu Syrien muss mehr umfassen als die Einmischung in eine fiktive Debatte um militärische Intervention	12
3. Handlungsfähig trotz Repression in Belarus	
<i>Vasilij Pinchuk, Sarah Roßa und Björn Kunter</i>	17
3.1 Zivilgesellschaftliche Kampagne Nasch Dom.....	17
3.2 Handlungsfähig unter Repression	19
3.3 Nutzen und Schaden ausländischer Demokratieförderung in Belarus.....	25
4. „Ich lasse die Menschen ihre traurigen Geschichten LAUT erzählen“	
Interview mit Ali Kareem	29
5. Buchbesprechung: Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur	
<i>Christine Schweitzer</i>	35
5.1 Die Protestkultur	36
5.2 Die Bewegung für faire Wahlen.....	36
5.3 Gewaltfreiheit und Repression	38
5.4 Internationale Unterstützung	39
5.5 „Zwischenbilanz“	40
Quelle.....	40
6. Die Rolle der Unterstützung von außen	
<i>Outi Arajärvi, Bernhard Hillenkamp, Björn Kunter und Schulamith Weil</i>	41
6.1 Grenzen der Solidarität.....	42
6.2 Verhältnis zu Gewaltfreiheit.....	42
6.3 Kann internationale Unterstützung auch Schaden anrichten?	43
6.4 Übersicht über die verschiedenen Ansätze.....	43
7. Die Rolle von Schutzbegleitung	
<i>Christine Schweitzer</i>	45
7.1 Definition.....	45
7.2 Wie Schutzbegleitung funktioniert.....	45
7.3 Ein paar Beispiele	46
7.4 Fähigkeiten und Grenzen von Schutzbegleitung.....	47
8. Neue Einblicke in gewaltfreien Widerstand und Soziale Verteidigung	
<i>Christine Schweitzer</i>	49
8.1 Gewaltfreie Aufstände	50
8.2 Beispiel: Der Sturz von Milosevic	50
8.3 Erfolgsfaktoren gewaltfreier Aufstände	52
8.4 Friedenszonen.....	53
8.5 Pragmatisch aber konsequent gewaltfrei.....	55
8.6 Schutz vor Repression und Gewalt.....	55
8.7 Die Rolle internationaler Unterstützung.....	56
8.8 Resümee.....	56
Quellen.....	57
9. Wie sich Gütekraft gegen ‚übermächtige‘ Gewalt gewaltfrei durchsetzt	
<i>Martin Arnold</i>	59
9.1 Gewaltfrei im Schatten von Gewalt?.....	59
9.2 Gütekraft in ‚übermächtigen‘ Gewaltverhältnissen	60
9.3 Weitere Zusammenhänge.....	68
Zu den AutorInnen.....	71

1. Einleitung

Christine Schweitzer

In den letzten 113 Jahren hat es viele Hunderte, wenn nicht Tausende gewaltfreier Kampagnen und Bewegungen gegeben. Internationale Aufmerksamkeit haben besonders die verschiedenen gewaltfreien Aufstände der letzten Jahrzehnte gefunden. Allein seit 1978 konnten mindestens 21 erfolgreiche gewaltfreie Aufstände gezählt werden, die einen Regimewechsel bewirkten¹. Eine vergleichende Untersuchung gewaltfreier und gewaltsamer Aufstände seit 1900 zeigte anhand von 323 Fallbeispielen, dass gewaltfreie Aufstände beinahe doppelt so oft erfolgreich waren als gewaltsame.²

Aber das Wissen über solche Statistiken nützt jenen, die sich in einem autoritären Regime gegen Repression, Behördenwillkür und Menschenrechtsverletzungen zur Wehr setzen, nur wenig. Oft scheint ihnen die Situation hoffnungslos und jeder grundlegende Wandel utopisch. Die Abwehr der staatlichen Übergriffe und der Schutz der eigenen Freiheit und oft auch des eigenen Lebens absorbieren alle Kräfte.

In anderen Fällen schlagen Bewegungen in Gewalt um – im Extremfall heißt es dann: Freiheit oder Tod. Manchmal finden ziviler und gewaltsamer Kampf gleichzeitig statt, wie es in der Vergangenheit z.B. in Ost-Timor und im Kosovo der Fall gewesen ist und heute auch noch in Syrien, aller anderslautenden Berichte der Massenmedien zum Trotz. Oftmals unterscheiden sich in solchen Fällen Außen- und Binnenwahrnehmung. Die AktivistInnen mögen argumentieren, dass die Gewalt notwendig sei und die Bewaffneten die gewaltlos Protestierenden schützten. Von außen mag man eher zu dem Schluss kommen, dass dieser „Schutz“ den Konflikt eskaliert, Leben und Freiheit der Protestierenden und der Zivilbevölkerung als Ganzer noch mehr gefährdet, womit genau das Gegenteil dessen erreicht, was er bewirken sollte. Und falls ein Bürgerkrieg voll entflammt ist, dann wird der Raum für zivilen Widerstand sehr klein. Manchmal bleibt dann denen, die nicht zur Waffe greifen wollen, nur noch die Alternativen, zu versuchen, ihre Familie oder ihr Dorf aus dem Krieg heraushalten zu können, zu fliehen oder humanitäre Hilfe zu leisten, wie es manche mutige AktivistInnen in Syrien z.B. in Untergrund-Kliniken tun, die Verletzte versorgen.

Der Bund für Soziale Verteidigung hat sich in seiner³ Tagung „Gewaltfrei im Schatten von Gewalt“, die vom 22. -24. März 2013 in Würzburg stattfand, mit den Fragen beschäftigt, wie AktivistInnen im Schatten von Gewalt und Repression arbeiten, welche Strategien sie entwickelt haben, wie sie mit der eigenen Gefährdung umgehen und welche Rolle internationale PartnerInnen bei Unterstützung und Schutz spielen können.

Die Tagung, die von rund 55 Menschen aus ganz Deutschland besucht wurde, wurde eröffnet mit einem Einführungsvortrag von Misha Gabowitsch vom Einstein-Forum in Potsdam. Er sprach über gewaltfreie Aufstände im Allgemeinen und die Erfahrungen, die BürgerrechtlerInnen in Russland heute mit Repression machen.

Am nächsten Morgen folgten dann zwei Podien – eines zu Syrien mit Aziz Ramadan von der Syrian Students' Union und André Find von der deutschen Organisation Adopt a Revolution. Das zweite befasste sich mit Belarus, dort sprachen Vasilij Pinchuk von Nasch Dom (Unser Haus) und Björn Kunter vom BSV, der die Arbeit von Unser Haus seit vielen Jahren eng begleitet hat.

Der Samstag-Nachmittag diente dann der vertieften Diskussion der beiden Länder in Arbeitsgruppen; eine dritte Arbeitsgruppe unter der Leitung von Ali Kareem befasste sich mit der gegenwärtigen Situation im Irak und vermittelte die Methode des politischen Theaters.

¹ Sharon Erickson Nepstad, *Nonviolent Revolutions. Civil Resistance in the Late 20th Century*, Oxford: Oxford University Press 2011

² Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2011): *Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. New York: Colombia University Press

³ Durchgeführt in Kooperation mit der Petra Kelly Stiftung und Brot für die Welt.

Die Referentinnen und Referenten der Tagung stellten auf eindrucksvolle Weise dar, welchen Formen der Repression sie sich ausgesetzt sehen und welche Strategien sie entwickelten, dieser Repression zu begegnen.

Am Sonntag-Morgen ging es dann um die Rolle der Unterstützung von außen. PodiumsteilnehmerInnen waren Schulamith Weil (KURVE Wustrow), Bernhard Hillenkamp (*forumZFD*), Björn Kunter (Bund für Soziale Verteidigung) und Outi Arajärvi (Nonviolent Peaceforce); moderiert wurde das Podium von Christine Schweitzer. Hier wurde deutlich, dass es vielfältige positive Formen der Unterstützung gibt, aber solche Unterstützung sorgfältig unter dem Aspekt der Frage geprüft werden muss, ob sie nicht den zu Unterstützten auch Schaden kann – zum Beispiel, wenn sie dadurch im Inland als „Verräter“ gebrandmarkt werden, oder wenn staatlicherseits (wie in Russland) NROs gezwungen werden, sich als „ausländische Agenten“ zu deklarieren, sofern sie Mittel aus dem Ausland erhalten.

Immer wieder wurde während der Tagung auch Bezug genommen auf die Frage, welche Rolle „gender“ spielt, ein Thema, das ja Schwerpunkt der BSV-Tagung 2012 gewesen ist.⁴ Im Falle von Belarus spielen Frauen eine entscheidende Rolle in der Bürgerrechtsarbeit. Zum Beispiel gibt es ein neues Gesetz, demzufolge Frauen bestimmte Berufe nicht ausüben dürfen, wogegen von zivilgesellschaftlicher Seite eine große Kampagne läuft. „Unser Haus“ macht darüber hinaus gezielte Arbeit zu Gewalt, die von Seite der Polizei gegen Frauen ausgeübt wird.

Im Falle Syriens beschrieb der Referent Aziz Ramadan, wie gerade mit zunehmender gewaltsamer Repression von Seiten des Staates die Rolle der Frauen im zivilen Widerstand immer zentraler wurde. So sind und waren es oftmals Frauen, die solche zivilen Aktionen planten und durchführten, weil sie von den Sicherheitsorganen seltener verdächtigt und kontrolliert wurden.

Dieses Hintergrund- und Diskussionspapier hat einige der Beiträge aus der Tagung vereint und durch ein paar weitere Aufsätze, die sich mit verschiedenen Aspekten von zivilen Aufständen und Widerstand befassen, ergänzt. Aziz Ramadan und André Find schrieben – einmal aus der Binnen- und einmal aus einer Außensicht – über Syrien. Zu Belarus haben wir drei Beiträge vereint: Verschriftlichte Vorträge der beiden Referenten Vasilij Pinchuk und Björn Kunter sowie einen Beitrag von Sarah Roßa, die jüngst ihre Masterarbeit über *Aktionsformen sozialer Bewegungen unter Repression - Das Beispiel der Demokratiebewegung in Belarus* abgeschlossen hat. Sie ist es auch, die den Theatermacher Ali Kareem über dessen Theaterarbeit im Irak interviewt hat. Daran schließt eine Besprechung des neuesten Buches von Mischa Gabowitsch an. Diese Untersuchung der Proteste der letzten Jahre in Russland vervollständigt die Reihe der Beispiele von Protestbewegungen. „Die Rolle der Unterstützung von außen“ ist eine Zusammenfassung des gleichnamigen Podiums auf der Tagung, geschrieben von den vier PodiumsteilnehmerInnen und der Moderatorin. Die letzten drei Beiträge ergänzen diese Dokumentation um wichtige inhaltliche Aspekte. Der Aufsatz „Die Rolle der Schutzbegleitung“ (Christine Schweitzer) befasst sich mit einer wichtigen Form des internationalen Schutzes und Unterstützung von AktivistInnen. Die letzten beiden Aufsätze nähern sich unter unterschiedlicher Perspektive dem Thema gewaltfreien Widerstands und gewaltfreier Aufstände im Allgemeinen. Christine Schweitzer stellt neue Literatur zu diesem Thema vor und bezieht sie auf frühere Diskussionen um das Konzept der Sozialen Verteidigung. Martin Arnold beschreibt das Konzept der Gütekraft als ein Wirkungsmechanismus, aufgrund dessen solche Bewegungen erfolgreich sind.

Die einzelnen Beiträge werden von den AutorInnen verantwortet und spiegeln nicht unbedingt die Positionen des Bund für Soziale Verteidigung wider.

⁴ Siehe Bund für Soziale Verteidigung (Hrsg) (2012) Vater im Krieg, Mutter in Pommerland? Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 32, Minden:BSV

2. Syrien: Eine Binnen- und eine Außensicht

Aziz Ramadan und André Find

In den folgenden beiden Beiträgen geht es um den zivilen Widerstand in Syrien in den ersten beiden Jahren des Aufstandes und wie er vom Ausland durch die Initiative „Adopt a Revolution“ unterstützt wurde bzw. wird.

2.1 Die friedliche Bewegung und die syrische Revolution

Aziz Ramadan

Die weichen Wassertropfen, die von oben auf einen harten Felsen fallen, machen ein Loch in diesen Fels, und schließlich zerfällt der Felsen zu Staub.

Nachdem Syrien im April 1946 seine Unabhängigkeit gewann, kamen syrische Persönlichkeiten verschiedenster Hintergründe zusammen, um einen demokratischen, pluralistischen und freien Staat zu errichten. Aber nachdem Hafiz al-Assad (1930-2000) 1971 an die Macht kam, wurde ein baathistischer (Baath Partei) nationalistischer Staat geschaffen. Von 1963 bis 2011 stand Syrien unter Notstandsrecht.

Bahar al-Assad (* 1965) übernahm die Macht als der einzige monopolistische Nachfolger seines Vaters im Jahr 2000, und vorgeblich sollte ein neues Zeitalter in einem neuen Syrien beginnen.

Das syrische Volk, das 30 Jahre in Angst und Repression unter der Herrschaft des Vaters gelebt hatte, war optimistisch, dass der gebildete Sohn, der in Großbritannien gelebt und studiert hatte, neue Lebensweisen, Demokratie, Offenheit, wirtschaftliche Verbesserungen, Freiheit und Gleichheit nach Syrien bringen würde.

Die dritte Generation des syrischen Volkes, die das Ende der Herrschaft des Vaters sah, und die Ängste ihrer Väter und Großväter erlebt hatte, „Nein“ zu einem Tyrannen zu sagen, bezog anfangs eine neue Position in der Zeit des Sohnes. Sie öffnete neue Fenster zu der Jugend der internationalen Gemeinschaft, nachdem Internet nach der Jahrtausendwende öffentlich zugänglich wurde. Sie fing an, Fragen zu stellen und Antworten auf Dinge zu suchen, an die nur zu denken ihre Vorfahren nicht gewagt hatten – aus Angst, unterdrückt und ihr ganzes Leben eingesperrt zu werden. Gleichzeitig baute sie Brücken zu der Außenwelt, sah, wie andere Gesellschaften lebten und ihre sozialen und politischen Probleme angingen, und lernte neue Methoden des Wandels fernab von dem typischen Weg, der Gewalt und bewaffneter Widerstand ist.

Das geschah, nachdem die syrische Jugend einen sozialen Wandel in der syrischen Gesellschaft erreicht hatte, der sich gegen einige Traditionen und religiöse Beschränkungen richtete. So konnte man die syrische Jugend dabei beobachten, wie Muslime, Christen, Sunniten, Alawiten, Kurden, Drusen, Araber und Assyrer gemeinsame Aktivitäten unternahmen. Besonders in den Universitäten sah man gemischte sunnitisch-alawitische oder kurdisch-arabische oder arabisch-drusische Paare. Die Mauern der Unterschiede und Barrieren der Furcht, in langen Jahren vom Staat errichtet, brachen weg, und es entstand erneut eine pluralistische und bunte Atmosphäre.

Die 2000er Jahre sahen auch und zum ersten Mal in Syrien die Vereinigung einiger politischer Parteien aus Kurden, Arabern, Christen und Muslimen, die als eine Koalition in dem politischen Prozess tätig wurden. Dies geschah unabhängig von den späteren Folgen und dem Preis, den einige der AnführerInnen und AktivistInnen bezahlen mussten. Dieser Schritt wurde als der „damaskische Frühling“ bezeichnet, und er ermutigte die jungen AktivistInnen sogar, gemeinsame Proteste für die politischen Gefangenen zu organisieren. Zuvor waren es fast nur KurdInnen gewesen, die als eine klare Opposition gegen das Regime in ihren Städten und in der Hauptstadt Damaskus protestierten und demonstrierten und die Freilassung dieser Gefangenen forderten.

Die friedliche Bewegung in Syrien begann in den 2000ern und nahm viele Formen an: heimliche Publikationen und Zeitungen, heimliche Konferenzen und Workshop-Gruppen, Theater auf dem

Land, Gedichte und Schriften, und stille Proteste vor den Behörden der Staatssicherheit und vor den Universitäten.

Bei dem kurdischen Aufstand 2004 in Qamishlo gab es große Demonstrationen, die sich innerhalb von drei Tagen auf viele Gebiete Syriens ausbreiteten (Al-Hasaka, Al-Raqqa, Aleppo und Damaskus). Aber zu jener Zeit gab es noch keine Handys, und Internet war in vielen Gegenden Syriens noch nicht verfügbar. Es gab nicht so viele Internetcafés – eigentlich fast keine, sofern es welche gab, nur in reichen Gegenden. Internet konnte so nur über das sehr langsame Festnetz in den Häusern und Wohnungen genutzt werden.

Der Aufstand 2004 wurde beendet, nachdem der Staat alle kurdischen Männer, die älter als 15 Jahre waren, verhaftet hatte, und weil die anderen Teile Syriens nicht wussten, was genau dort passierte. Die Menschen glaubten den Behauptungen des Regimes, dass die Kurden Separatisten seien und der Staat ihren Aufstand niederschlagen müsse.

Die Proteste 2011: Die ersten sechs Monate

Der erste große dokumentierte Protest begann in Daraa am 18. März 2011. Er wurde als der erste nicht-schweigende Protest angesehen, der durch Mobilkameras augenblicklich aufgezeichnet und ins World Wide Web geladen wurde. So konnten alle SyrerInnen und die Welt sie sehen, und die Menschen aus anderen Gegenden Syriens begannen zu protestieren, denn sie sahen mit ihren eigenen Augen durch die Videos die Geschehnisse in Daraa. Was geschehen war, war, dass das Feuer auf einen großen Protest eröffnet wurde und viele Menschen tötete oder verletzte.

Danach begann die syrische Jugend, die schon vor 2011 Expertin darin war, Facebook und Youtube über verschiedenen Proxies und Server zu nutzen, die immer wieder vom Staat blockiert wurden, Proteste und Demonstrationen in Reaktion auf Daraa zu organisieren. Diese Filmaufnahmen wurden ins Web gestellt, um Solidarität zu zeigen und auszudrücken, dass die dokumentierte Politik der harten Reaktion des Staates, die dieser gegen die friedlichen Stimmen zeigte, unakzeptabel für das syrische Volk war.

Das ist, was die Revolution in den ersten sechs Monaten war: Eine Mobilkamera, ein Video, das auf Youtube hochgeladen und auf Facebook geteilt wurde, und eine Vorbereitung neuer Slogans und Proteste für die nächsten Tage. Große Proteste fanden gewöhnlich freitags statt, wo man sich an den Moscheen traf. Es ist vergleichbar mit der Nikolai-Kirche 1989 in Leipzig, wo die Protestierenden sich jeden Montag trafen, um für die Vereinigung Deutschlands, ein neues Leben und bessere Bedingungen zu demonstrieren. Der einzige Unterschied zwischen der Nikolai-Kirche in Leipzig und den Moscheen in Syrien ist, dass die Sicherheitskräfte in Leipzig nicht auf die Menschen schossen. Das taten sie aber an den Moscheen in Syrien.

Das Regime unterdrückte diese Proteste durch Kampagnen willkürlicher Verhaftungen, Polizei mit scharfer Munition und, gegen Ende dieser sechs Monate, die Verwendung von Scharfschützen, die die Protestierenden ins Visier nahmen, so dass niemand wusste, aus welcher Richtung die Kugeln kamen. (Und man so auch nicht wusste, wohin man fliehen konnte.)

Nach den ersten sechs Monaten

Danach mussten die DemonstrantInnen neue Methoden finden, um diesen Akten der Gewalt zur Unterdrückung der Proteste von Seiten des Regimes zu begegnen. Man begann, Proteste gleichzeitig an vielen verschiedenen Orten zu organisieren, und gab falsche Informationen an die Geheimpolizei, wo solche Proteste stattfinden würden. Zu einem späteren Zeitpunkt blockierte man die Hauptverkehrsstraßen mit Autoreifen, so dass ein Verkehrsstau entstand, der die Polizeiautos und Geheimdienste daran hinderte, rechtzeitig bei den Orten der Proteste anzukommen, so dass sie den Protest nicht auflösen oder die DemonstrantInnen identifizieren konnten.

Die StudentInnen waren gewissermaßen die Katalysatoren und die aktivierenden Kräfte der friedlichen Bewegung. Sie erfanden ständig neue Methoden. Nachdem der Geheimdienst und Sicherheitskräfte anfangen, jeden Mann und jede Frau zu verhaften, die ein Handy mit Kamera oder ein I-Phone in der Hand hatten, mussten sie neue Methoden finden, die Proteste und die

Übergriffe des Regimes auf die TeilnehmerInnen und AktivistInnen festzuhalten. Sie fingen an, neue, sehr kleine Kameras in verschiedenen Formen zu nutzen, die den Geheimdienstlern des Regimes nicht bekannt waren und nicht erkannt wurden. Die Studentinnen waren in dieser Phase des Protestes besonders wichtig bei der Aufzeichnung der Proteste besonders innerhalb der Universitäten und Regierungsgebäuden, denn die Geheimdienste verdächtigten gewöhnlich eher Männer als Frauen.

Jedes Mal, wenn das Regime einen Weg fand, ein Instrument der AktivistInnen zu blockieren, schufen diese eine neue Methode. So finden sie an, verborgene Lautsprecher in öffentlichen und staatlichen Gebäuden einzusetzen.

Zum Beispiel gingen einige AktivistInnen, die Kontakte zu mit der Opposition sympathisierenden, in städtischen Gebäuden tätigen BeamtenInnen aufgebaut hatten, , des Nachts in diese Gebäude und brachten überall verborgene Lautsprecher an. Diese waren mit einem Telefon oder einem anderen Gerät mit einer SD-Karte verbunden, auf der Protestlieder und Slogans gegen das Regime aufgezeichnet waren. Am nächsten Tag dann, wenn das Gebäude voll von BürgerInnen war, die dort Geschäfte zu erledigen hatten, schaltete ein Aktivist die Aufnahmen auf dem verborgenen Gerät an, und dann hörte das ganze Gebäude laute und öffentliche Anti-Regime-Lieder.

Das machte die Geheimdienste verrückt, die sofort begannen, die verborgenen Lautsprecher und das mit ihnen verbundene Gerät zu suchen. Sie wussten nicht, wie das geschehen konnte und wer verantwortlich war, sie zitterten nur, wenn sie die Anti-Regime-Slogans in ihren Zentren hörten, die sie als sicher ansahen. Alle BürgerInnen, die zu diesem Zeitpunkt dort waren – manche waren für, andere gegen das Regime – hatten die Chance, dies zu beobachten. Die RegimebefürworterInnen waren von der Macht der friedlichen Opposition und deren Kreativität überrascht, und manche wurden allmählich zu GegnerInnen des Regimes.

Dies war auch ein effektives Instrument der friedlichen Bewegung, nachdem Proteste und Demonstrationen in Gefahr geraten waren, von den Sicherheitskräften und Scharfschützen beschossen zu werden.

Danach stationierte das Regime mehr Geheimdienstler und Überwachungsanlagen in den staatlichen Gebäuden. So gingen die AktivistInnen zu einer neuen Methode über, die darin bestand, Telefonnummern von wichtigen Geschäftsleuten, KünstlerInnen, SchauspielerInnen, BeamtenInnen und anderen, die für das Regime waren, zu sammeln, und rief sie von einer unbekannten Nummer über Skype oder ähnliche Software an. Die AktivistInnen unterhielten sich am Telefon mit ihnen und fragten: „Warum sind Sie gegen die Freiheit des Volkes? Warum unterstützen Sie das Regime? Es ist besser, wenn Sie mit uns wären, so dass wir das Land verbessern können. Wir, die AktivistInnen, brauchen Ihre Unterstützung. Unsere Stimme wird lauter und lauter werden, wenn Sie sich uns anschließen. Das syrische Volk wird Sie immer respektieren, wenn Sie sich auf unsere Seite stellen und jetzt Ihre Position ändern.“ All diese Telefonate mit diesen wichtigen Leuten wurden aufgezeichnet und auf Youtube veröffentlicht, so dass jede/r innerhalb und außerhalb Syriens sich diese Unterhaltungen anhören konnte.

Die AktivistInnen benutzten auch andere Instrumente, zum Beispiel: Jeden Abend oder Nacht zu einer bestimmten Zeit Licht in den Häusern vieler Nachbarschaften als Zeichen des Zivilen Ungehorsams anzuschalten; Frauen, die in weißen Kleidern tagsüber in Gruppen auf den Straßen von Damaskus spazieren gingen; Graffiti auf den Mauern und Toren von Regierungsbehörden, Schulen und Universitäten; das Hacken von Regierungswebsites, die dann mit revolutionären Slogans versehen wurden, wie z.B. die Website des Bildungsministeriums; und viele andere kreative Instrumente, die je nach Notwendigkeit und Umständen durch die AktivistInnen der friedlichen Bewegung erfunden wurden.

Um zusammenzufassen:

Das Regime verwendete in den ersten sechs Monaten die folgenden Methoden, um die friedliche Revolution zu unterdrücken:

1. Nationale Medien, die die DemonstrantInnen als Terroristen und Verräter bezeichneten und versuchten, die öffentliche Meinung auf die Seite des Regimes zu ziehen.

2. Wichtige AktivistInnen auf Korn zu nehmen und willkürliche Verhaftungskampagnen gegen sie zu starten.
3. Enge Verwandte und Familienmitglieder zu verhaften, um die AktivistInnen zu zwingen, sich zu stellen oder mit ihren Protesten aufzuhören – besonders jene, die das Land verlassen hatten.
4. Zu versuchen, die friedliche Bewegung zu militarisieren, indem im nationalen Fernsehen Waffen und Geld in Fremdwährungen gezeigt wurde, von denen behauptet wurde, dass sie diese von den USA und Europa erhalten hätten.
5. Pistolen und AK-47 Gewehre, um Feuer auf Proteste und Demonstrationen zu eröffnen.
6. Scharfschützen, Panzer und Artillerie, die auf jeden schossen, der sich auf der Straße oder verdächtigten Nachbarschaft oder in einem Gebiet, wo die Mehrheit der Anwohner RegimegegnerInnen waren, bewegte.

Die AktivistInnen der Revolution reagierten mit folgenden Methoden:

1. Revolutionäre Sprüche an Wänden, die Reformen, Gleichheit und mehr Freiheiten forderten.
2. Mobilkameras, Proteste und Demonstrationen.
3. Facebook und Youtube als ihre eigenen glaubhaften Medien und Quellen der Information wie Ort der Kritik der Medien des Regimes.
4. Den Sicherheitskräften falsche Informationen über Orte des Protestes zukommen lassen.
5. Verborgene Lautsprecher in öffentlichen und staatlichen Gebäuden, die mit einem Abspielgerät oder Handy voll mit revolutionären Slogans und Anti-Regime-Liedern verbunden waren.
6. Hauptstraßen zu blockieren und Verkehrsstaus verursachen.
7. Kontaktaufnahme mit bekannten syrischen Persönlichkeiten, um sie zu überzeugen, sich der friedlichen Revolution anzuschließen.

Die friedlichen AktivistInnen zwischen dem bewaffneten Widerstand und dem Regime

Nach sechs Monaten der Revolution benutzten die Revolutionäre zum ersten Mal Waffen gegen die Schläger und Sicherheitskräfte des Regimes, die Homs angriffen. Die schrecklichen Verbrechen, die dort gegen ZivilistInnen in ihren Häusern und in Sicherheitsgebäuden begangen wurden, brachte sie dazu, Waffen aufzunehmen und den bewaffneten Widerstand zu beginnen. Sie mussten ihre Ehre und Würde verteidigen, ihre Töchter und Schwestern, ihre Kinder, und das Recht, Demonstrationen in ihren Nachbarschaften durchzuführen.

Da das syrische Regime schon zu Beginn der Revolution behauptet hatte, dass diese sektiererisch und bewaffnet sei, hatte es keine Hemmungen und behauptete, dass es berechtigt sei, jedes Mittel, selbst verbotene, einzusetzen, um die friedlichen Stimmen, die mehr Freiheiten und Reform forderten, zum Verstummen zu bringen.

Als die Menschen dann begannen, sich zu bewaffnen, durften die Banden und Sicherheitskräfte des Regimes Häuser von ZivilistInnen angreifen, sie plündern, die Frauen vergewaltigen und jeden Jungen, Mann oder alten Mann in Folterzentren verschleppen.

Zu diesem Zeitpunkt gingen die friedlichen Proteste und Demonstrationen in anderen Städten Syriens weiter; nur in Homs musste man Waffen zur Selbstverteidigung einsetzen. Die Menschen in Homs hatten Pistolen und Maschinengewehre, aber das Regime begann zu diesem Zeitpunkt, ferngesteuerte Langstreckengeschütze und Raketen neben Artillerie und Panzern einzusetzen.

Die HauptaktivistInnen und jungen AnführerInnen fingen an, größere Gruppen zu bilden. Mehr Leute in Syrien wurden aktiv und schlossen sich den Protesten an. Die Barrieren der Furcht wurden gebrochen, nachdem man die Panzer, Artillerie und Raketen der syrischen Armee ihre eigenen Leute töten sah. Und zudem beschuldigte das Staatsfernsehen die Protestierenden immer noch als Terroristen und Marionetten anderer Länder, die das Regime stürzen und ‚das letzte Land im Nahen Osten schwächen wollten, das Palästina befreien werde‘, wie das Regime immer behauptete.

Als in Homs wegen der stündlichen Bombardierungen immer mehr Menschen getötet wurden, verlagerten viele AktivistInnen, vor allem MedizinstudentInnen, ihre Aktivitäten von der Organisation von Protesten auf die medizinische Versorgung der Verwundeten in Homs. Untergrund-Lazarette wurden gebaut, die sich dem ständigen Feuer des Regimes ausgesetzt sehen.

Der Bürgerkrieg

Die Raketen des Regimes erreichten andere Städte wie Idlib, während die Ermordung von ZivilistInnen in Homs zunahm. So griffen auch die Menschen in Idlib zu den Waffen, und es entstand die Freie Syrische Armee (FSA), besonders nachdem Soldaten anfangen, von der Armee des Regimes zu desertieren.

Das Regime fing zu diesem Zeitpunkt an, Scharfschützen und Experten der Iranischen Revolutionsgarden zu verwenden, und setzte Hubschrauber und Kampffjets (MIG, ein russisches Kriegsflyzeug) ein. Und die ganze Welt sah immer noch zu, und Politiker gaben Presseerklärungen heraus, dass „Assad zurücktreten müsse“.

Als das staatliche Fernsehen die Menschen nicht mehr mit seinen Lügen täuschen konnte, und nach all dieser Gewalt von Seiten des Regimes waren alle SyrerInnen in den Aufstand einbezogen. Die kleinen aktiven Gruppen, die Demonstrationen durchführten, wurden zu organisierten Kräften und einige entwickelten sich zu landesweiten Netzwerken wie die Local Coordination Committees (LCC) und die Union of Free Syrian Students (UFSS).

Da immer mehr Menschen getötet wurden, wandten sich viele AktivistInnen und Gruppen der Not- und humanitären Hilfe und der Arbeit in den Feldlazaretten zu.

Die internationale Gemeinschaft und EntscheidungsfinderInnen ergriffen keine ernsthaften Schritte. So verlor das syrische Volk die Hoffnung auf Unterstützung, Sympathie oder Hilfe aus dem Ausland, und sah sich gezwungen, seine eigenen Mittel zu finden, um zu überleben und die Revolution in Gang zu halten. Heute gibt es weiterhin eine friedliche Bewegung und Gruppen. Aber die internationalen Medien achten nicht auf sie, und ihre Stimmen und Aktionen werden von der äußeren Welt nicht gehört.

Zugleich gibt es inzwischen einen bewaffneten Widerstand in fast ganz Syrien. Er startet von Zeit zu Zeit seine Operationen, er findet das größte Interesse bei den arabischen und internationalen Medien, und er wird nicht aufhören, bis Assad zurücktritt oder er das Regime selbst gestürzt hat.

Es gibt auch eine politische Bewegung. Sie findet ebenfalls viel Aufmerksamkeit in den Medien. Die PolitikerInnen der internationalen Gemeinschaft vergnügen sich seit zwei Jahren in der syrischen Arena, stellen Theorien auf, halten Diskussionen ab und bereichern ihre Erfahrungen in Konferenzen und Fernsehsendungen, während ZivilistInnen fast an jedem Ort Syriens getötet werden.

Dem Regime reichen Artillerie und Panzer nicht mehr, es hat angefangen, YAK Kampffjets (die moderner als MIG sind) einzusetzen, Land-Land-Raketen und Helikopter. Die stärkste und weitreichendste Rakete in Syrien ist die Skud. Wenn eine Skud-Rakete ein Gebiet trifft, dann zerstört es alles dort, selbst Straßen. Und kürzlich fing das Regime an, von chemischen Waffen zu sprechen, und suchte einige Entschuldigungen, diese versuchsweise gegen sein Volk einzusetzen. Es scheint, dass die Welt zufrieden ist, die Resultate dieser Experimente zu sehen, damit sie ihre Waffen leichter verbessern kann, die sie für zukünftige Zwecke bereithält.

Die Menschen in Syrien sind nicht so gewalttätig und blutrünstig, dass sie an dem gegenseitigen Töten Freude haben und glücklich sind, bewaffneten Widerstand und Waffen innerhalb Syriens zu haben. Sie wollen auch ein friedliches und normales Leben haben. Mütter möchten ihre Kinder zur Schule gehen sehen, Väter möchten ihre Söhne und Töchter auf der Universität sehen und wollen, dass sie eine gute Zukunft haben. Junge Menschen möchten ihr Leben genießen, Parties feiern, Ausflüge in die wunderbare Natur machen, Liebesbeziehungen pflegen und vielleicht heiraten und Kinder in einem friedlichen und besseren Land haben.

Die Menschen in Syrien haben auch Gefühle, sie können weinen und Schmerz fühlen – viel Schmerz, wenn sie sehen, dass jemand verwundet ist, blutet, oder das sein Haus durch eine Rakete zerstört wurde und er jetzt obdachlos ist.

Sie sprechen viele Fremdsprachen in Syrien, sie trinken gerne Bier und veranstalten eine Barbecue Party auf dem Land, wo sich die Familien am Wochenende versammeln.

Wir glauben, dass, wenn jemand von den BürgerInnen der Welt etwas in Bezug auf die gegenwärtige Situation in Syrien tun will, dann sollte sie oder er handeln und nicht weiter auf Erklärungen warten. Nach zwei Jahren der Revolution in Syrien denke ich, dass jeder sehen kann, was was ist, und sehen, dass es sich um eine friedliche Revolution friedlicher Menschen gegen das härteste Regime der Region handelt.

Wenn die weichen Wassertropfen ein Loch machen und den harten Stein auflösen können, so kann dies das syrische Volk auch. Außer, jemand verstopft die Quelle dieser weichen Tropfen, damit der harte Stein überleben kann. In jüngster Zeit gab es keine solche Quelle in Syrien mehr, deshalb müssen die BürgerInnen der Welt die Quelle werden.

2.2 Nicht von Scheindebatten blenden lassen

Eine aktive Friedenspolitik zu Syrien muss mehr umfassen als die Einmischung in eine fiktive Debatte um militärische Intervention

André Find

Seit über zwei Jahren steht der Aufstand und Konflikt in Syrien mit täglicher Berichterstattung im medialen Fokus. Nach den erfolgreichen Diktatorenstürzen in Tunesien und Ägypten schien der arabische Frühling im März 2011 auch das deutlich weniger ins westliche Ausland geöffnete Syrien zu erreichen. In dieser Tradition sahen sich auf jeden Fall die AktivistInnen, die bald nach den ersten Angriffen auf ihre Demonstrationen nicht länger nur von ihrem Präsidenten Bashar al Assad Reformen forderten, sondern das Motto aus Tunesien und Ägypten übernahmen: „*Das Volk will den Sturz des Regimes*“. Doch während es hierzulande wenigstens noch in Ansätzen einen solidarischen Bezug auf die Revolutionen in Tunesien und Ägypten gab, blieb die Solidarität für die zumeist jungen AktivistInnen des Aufstands in Syrien aus.

Unbewaffneter Widerstand ist eine schwierige Angelegenheit in Syrien. Ist das Assad-Regime von Anfang an mit aller Gewalt gegen jegliche Form von systemkritischem zivilgesellschaftlichen Engagement vorgegangen, hat die Bewaffnung von einigen Oppositionsgruppen inzwischen eine ganz eigene gefährliche Dynamik entfaltet. Die Kräfte in der Opposition sind dezentral organisiert und zersplittert, die bewaffneten Rebellen gehen mittlerweile mitunter auch gegeneinander vor, etwa radikal-islamistische und säkulare(re) Gruppen. Syrien ist sicherlich nicht das Land der einfachen Lösungen, trotzdem gibt es viele Akteure, die in all dem versuchen, den unbewaffneten Widerstand weiter zu führen. Während die Lage in Syrien immer verzweifelter wird, sind sie das eigentlich friedenspolitische Potential, welches noch auf eine politische Lösung des Konfliktes hinwirken kann.

Umso merkwürdiger ist, dass ein Teil der Friedensbewegung sich hierzulande ausschließlich auf die Kritik an dem bewaffneten Kampf fokussiert anstatt aktive Friedensarbeit mit den Gruppen im Land zu betreiben, die dringend Unterstützung bräuchten. Andere Teile der Friedensbewegung haben von Anfang an alleinig ihre Aufgabe darin gesehen, vor einer NATO-Intervention zu warnen – eine Debatte ohne jegliche reelle Grundlage. Zwar hat etwa die Bundeswehr Flugabwehrraketen in der Türkei stationiert, doch schon ihre Positionierung rund 80 Kilometer von der türkisch-syrischen Grenze entfernt zeigt, dass die Raketen nicht etwa zur Durchsetzung einer Flugverbotszone eingesetzt werden könnten, sondern Element von Symbolpolitik sind. Und selbst nach mittlerweile über 100.000 Getöteten, 200.000 politischen Gefangenen des Assad-Regimes, rund 1,7 Millionen ins Ausland und weiteren fünf Millionen im Land Geflüchteten, gibt es weiterhin keinerlei Anzeichen, dass ein westlicher Staat seine Militärmacht für einen Angriff in Syrien einsetzen würde. Die von Frankreich und England groß angekündigten Waffenlieferungen

an die Rebellen sind bis dato (Anfang August 2013) im großen Umfang ausgeblieben. Selbst die USA, gemeinhin unter besonderem Verdacht, militärische Interventionen vorzubereiten, haben Berichte über den Einsatz von Chemiewaffen nicht etwa für die Vorbereitung eines Angriffs auf die syrische Armee genutzt. Vielmehr verlangte die US-Regierung nach der Überschreitung dieser von Barack Obama definierten „roten Linie“ eine internationale Überprüfung der Vorfälle. Der Wille zu einem militärischen Abenteuer sieht so jedenfalls nicht aus. Im Gegenteil, unentschlossener könnten westliche Staaten kaum handeln.

So verständlich die Zurückhaltung der meisten Organisationen aus der Friedensbewegung in Bezug auf die aktuelle sehr schwierige und komplexe Lage in Syrien ist, so unverständlich bleibt der Mangel an positivem Bezug auf die Revolution in ihren Anfängen. Ausgehend von der wirtschaftlich wenig entwickelten Provinz Daraa im Süden des Landes breiteten sich binnen weniger Tage landesweite Demonstrationen aus. Und obwohl die Sicherheitskräfte mit willkürlichen Festnahmen und massiven gewaltsamen Angriffen auf die Proteste reagierten, hielten die Demonstrationen über Monate in genau dieser friedlichen Form an – trotz der Angriffe mit Waffengewalt. Schon in den ersten Tagen gab es Tote, aber die junge Demokratiebewegung hielt nach jedem Schlag die Wange weiter hin und verfolgte weiter die Strategie der unbewaffneten Versammlungen. Um diese Proteste vorzubereiten, organisierten sich AktivistInnen in lokalen Komitees, sie dokumentierten ihre Aktionen, verbreiteten sie im Internet und kümmerten sich um die Versorgung der Verwundeten. Und selbst als das Regime immer gewalttätiger gegen die Demonstrationen vorging und jede Demonstration zu einem Begräbnis wurde, wurde weiterhin auch jedes Begräbnis zu einer neuen Demonstration.

Viel friedfertiger kann ein Aufstand kaum agieren, doch selbst wenn seine Anfänge geradezu nach einer Anleitung zum Sturz einer Diktatur mit friedlichen Mitteln klingen, erfuhren die Komitees nahezu keine Unterstützung von außerhalb des Landes. Schon bevor nach über sechs Monaten der Proteste die ersten Soldaten, die den Befehl verweigerten, ihre Waffen gegen die Sicherheitskräfte wandten und damit den Grundstein für einen bewaffneten Arm des Aufstands legten, hatten die verfolgten AktivistInnen im syrischen Untergrund auf jede Solidarität von außen verzichten müssen. Den emanzipativen Charakter des Aufstands in seinen Anfängen und später die friedenspolitischen Wirkungen des zivilen Widerstands relativ zum bewaffneten Aufstand erkannte die Friedensbewegung hierzulande nicht. Zu groß war die Furcht vor einer weiteren NATO-Intervention, wie er in Libyen gerade erfolgte. Statt die Befreiung von einem repressiven Regime durch eine Bewegung von unten zu sehen, fürchteten Friedensbewegte hierzulande vor allem ein weiteres Beispiel eines gewaltsamen Sturzes eines Diktators. Die Verweigerung von Solidarität und aktiver Unterstützung für die Revolution als Folge der Furcht vor einem militärischen Engagement erwies sich dabei für die weitere Entwicklung in Syrien schon bald als fatal. Und für die friedenspolitische Position hierzulande stellt sie weiterhin ein zentrales Problem dar.

Die Eskalation der Entwicklungen in Syrien ist von westlichen Regierungen und Zivilgesellschaften verschuldet. Aufgrund des mangelnden Interesses und der fehlenden Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Bewegung prägten nicht länger die friedlichen Demonstrationen das Bild des Aufstands, sondern Bewaffnung und Kämpfe, gezielte Anschläge auf Regierungseinrichtungen und schließlich Radikalisierung, Islamisierung und Zersplitterung des Landes. Angetrieben wurden diese Entwicklungen immer auch durch die Bereitschaft des Assad-Regimes, alle militärischen Mittel gegen die Opposition im Land einzusetzen. Doch die Reaktionen sowohl ausländischer Regierungen als auch der Zivilgesellschaft auf den ständig zunehmenden Einsatz von Gewalt gegen die syrische Bevölkerung sieht bisher doch eher milde aus. Die diplomatischen Beziehungen zum Assad-Regime bestehen in vielen Ländern weiter fort, und wenn vor den syrischen Botschaften Protestaktionen stattfinden, sind es nahezu ausschließlich SyrerInnen, die auf die Straße gehen. In der Folge haben sich viele Oppositionelle in Syrien andere Partner gesucht: Waffenlieferanten aus den Golfstaaten, Dschihadisten aus anderen Krisenregionen der Welt und radikale Islamisten. Eine Perspektive auf Unterstützung seitens emanzipatorischer, säkularer, ziviler und demokratischer Kräfte von außen tat sich einfach nicht auf. Unter SyrienerInnen mit Kontakt zur Basisbewegung im Land gilt längst als Gemeinplatz, dass die zögerliche Haltung im Westen – staatlicherseits genauso wie aus der Zivilgesellschaft – zur Eskalation in Syrien beiträgt.

Gleichzeitig finden die Fehler vom Anfang in Bezug auf den Aufstand in Syrien weiterhin statt. Denn trotz der militärischen Eskalation gibt es heute weiterhin deutlich mehr zivile Aktionen, Proteste, Gruppen, Medien, Grassroots-Organisationen und aktivistische Netzwerke als je zuvor in der syrischen Geschichte. Diese bestehen zum einen aus der Not heraus, in weiten Teilen des Landes die zusammengebrochenen staatlichen Strukturen, inklusive Gesundheits- und Sozialsystem, ersetzen zu müssen. Wichtiger ist allerdings, dass die zivilen AktivistInnen, die den Aufstand von Anfang an geprägt hatten, weiter für Bürgerrechte, demokratische Beteiligung, Nicht-Diskriminierung, Antikonfessionalismus und politische Freiheiten streiten. Dabei sind sie sowohl gegenüber dem Assad-Regime aktiv als auch vis-à-vis neuen, regionalen Autoritäten wie der PKK-nahen PYD in den kurdischen Gebieten oder radikal-islamistischen Kämpfern in der Provinzhauptstadt Ar-Raqqa. Der Beitrag dieser zivilen Bewegung dazu, eine neue repressive Gesellschaftsordnung auf der einen und eine weitere Radikalisierung und Bewaffnung der Opposition auf der anderen Seite zu verhindern, ist kaum zu unterschätzen: Ob im Bereich toleranter Schulbildung, kritischer Medienberichterstattung oder Protestaktionen: In fast jedem Gesellschaftsbereich versuchen zivile oppositionelle Kräfte ihren Einfluss zu stärken. Gesehen oder unterstützt werden sie darin von außen jedoch kaum.

Adopt a Revolution

Eins der wenigen Beispiele solidarischer Unterstützung der zivilen syrischen Aufstandsbewegung ist die Kampagne Adopt a Revolution. Seit Dezember 2011 sucht sie Menschen, die mit – nach Möglichkeit monatlichen – finanziellen Beiträgen die Arbeit von Projekten und Revolutionskomitees in Syrien unterstützen. Während in der Anfangszeit vor allem Technik und Kommunikationsmittel sowie der Lebensunterhalt von AktivistInnen im Untergrund und Materialien für Demonstrationen und Proteste unterstützt wurden, sind inzwischen – insbesondere in den nicht mehr vom Assad-Regime kontrollierten Gebieten – Maßnahmen zum (Wieder-)Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und Infrastruktur zur Versorgung mit dringend benötigter humanitärer Hilfe relevanter geworden. Dabei stützt sich die Kampagne insbesondere auf die Zusammenarbeit mit den lokalen Komitees, von denen sich zahlreiche inzwischen zu lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen weiterentwickelt haben. Bei der Auswahl der Kooperationspartner achtet Adopt a Revolution darauf, dass diese sich den Zielen von Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechten verpflichten und diese nur mit zivilen Mitteln zu erreichen suchen.

Trotz dieser explizit auf zivilen und unbewaffneten Protest abzielenden Positionierung von Adopt a Revolution gibt es an der Initiative von friedensbewegten Akteuren Kritik vor allem aus drei Richtungen. Die erste, die ich als *anti-imperialistische Position* bezeichne, sieht den Aufstand in Syrien lediglich vor dem Hintergrund geopolitischer Interessen. Sie erkennt vor allem ein Interesse der westlichen Staaten, Bashar al Assad zu stürzen oder wahlweise, das mit dem Iran verbündete Syrien durch innere Unruhen zu schwächen. Vor dieser Einordnung wird jede Initiative zur Unterstützung der Revolution in Syrien als kohärent mit der westlichen Außenpolitik erkannt und deshalb als potentiell von Geheimdiensten gesteuert angesehen. Fremd ist dieser Position, dass Syriens Herrscher Assad noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Aufstands sehr gut mit westlichen Staaten kooperiert hat, etwa um Terrorverdächtige foltern zu lassen. Sie verkennt zudem, dass der Aufstand spontan und unvorbereitet im Land selbst entstanden ist und sagt in der Konsequenz aus, dass sich die AktivistInnen letztlich für die Interessen anderer Staaten Instrumentalisieren ließen. Diese Position stellt die politische Ideologie über die selbst formulierten politischen Ziele des Aufstands und das Wohl der Menschen, die für politische Veränderungen in Syrien auf die Straße gegangen sind. Letztlich mutet sie wie eine vermessene Diktatorenliebe an, die das Aufbegehren gegen den repressiven Charakter des Assad-Regimes völlig verkennt.

Eine zweite Position unterstellt, die Initiative würde durch einen unhinterfragt positiven Bezug auf die Forderungen der AktivistInnen in Syrien letztlich eine militärische Intervention von außen befürworten oder sogar helfen, diese vorzubereiten. Diese *Unteilbarkeits-Position* geht davon aus, dass zum einen die politischen Forderungen und Positionen der syrischen Opposition einheitlich sind und zum anderen Adopt a Revolution alle Forderungen teile, die in Syrien formuliert werden. Doch die syrische Opposition ist sich keineswegs in ihren politischen Forderungen einig,

sondern bildet ein breites politisches Spektrum ab. Zudem positioniert sich die Initiative durchaus kritisch gegenüber Positionen der syrischen Opposition, etwa in Bezug auf eine im Land zeitweilig geforderte Militärintervention von außen oder die Bewaffnung der Freien Syrischen Armee. Selbst wenn im persönlichen Kontakt mit den AktivistInnen einige Forderungen vor dem Hintergrund der persönlichen Bedrohungslage vor Ort verständlich werden, bedeutet das noch nicht, diese zu übernehmen.

Schließlich kritisiert die dritte, als *radikal gewaltfrei* bezeichnete Position, dass die Arbeit der von Adopt a Revolution unterstützen Projekte und Komitees nicht als gewaltfrei im hiesigen Sinne bezeichnet werden könnten. Sie geht davon aus, dass die Anerkennung der Freien Syrischen Armee oder der kurdischen Befreiungsarmee YPG als Beschützer vor den Angriffen des Regimes oder durch radikale Islamisten, durch die Komitees, diese als friedenspolitische Akteure disqualifizieren würde. Letztlich würden sie einen bewaffneten Arm der Revolution gutheißen und damit zu einer weiteren militärischen Konfrontation beitragen. Den Gegebenheiten im Land wird diese Position jedoch in keiner Weise gerecht.

Zwar besitzt sicherlich jeder dieser Kritikpunkte einen gewissen wahren Kern, und westliche Geheimdienste werden versuchen, den Aufstand für die Interessen ihrer Regierungen zu nutzen, wie auch ehemals zivile AktivistInnen aus persönlicher Verzweiflung heraus zu den Waffen gegriffen haben. Doch weder kann ein derartig dezentral organisierter Aufstand von Geheimdiensten gesteuert sein, noch haben sich alle zivilen Gruppen aufgelöst. Es haben sich im Gegenteil so viele Menschen auf die Seite des zivilen Aufstands gestellt, die keinesfalls wieder unter der Herrschaft der Baath-Diktatur leben können, dass für sie gar keine Alternative dazu besteht, sich mit dem Aufstand gegen das Regime durchzusetzen. Sie werden folglich ihren Aufstand fortsetzen, und es bleibt zu hoffen, dass diese Gruppen über das Ende des militärischen Konflikts hinaus weiterbestehen und dann einen möglichst großen politischen Einfluss ausüben können. Heute wirken sie mäßigend in Bezug auf die anhaltende Eskalation im Land; nach Ende des gewaltsamen Konflikts werden sie dazu beitragen, innergesellschaftliche Konflikte zu überwinden.

Doch statt dieses friedenspolitische Potential zu nutzen, verschließen sich viele Akteure der Friedensbewegung derzeit jeder Handlungsmöglichkeit. Die Fokussierung auf die Ablehnung einer militärischen Intervention durch NATO-Staaten macht die Friedensbewegung im stattfindenden Konflikt bedeutungslos; und durch das Teilen eines der drei aufgezeigten Kritikpunkte an der praktischen Solidaritätsarbeit zwingen sich Viele in der Friedensbewegung selbst in die Passivität. Dabei läge es in der Logik eines positiven, Frieden schaffenden Beitrags, sich mit den zivilen Kräften zu solidarisieren und diese von außen zu unterstützen, damit sie weiterbestehen können und ihr Gewicht relativ zu bewaffneten, radikal-islamistischen oder konfessionellen Kräften gestärkt wird.

Eine aktive Friedensbewegung darf sich deshalb nicht von den Scheindebatten um eine kriegeri-sche Intervention in Syrien blenden lassen. Sie muss sich intensiv mit den Gegebenheiten im Land selbst beschäftigen und die bestehenden positiven Ansätze suchen und solidarisch stärken. Andernfalls macht sich die Bewegung selbst irrelevant.

3. Handlungsfähig trotz Repression in Belarus

Vasilij Pinchuk, Sarah Roßa und Björn Kunter

Angesichts der starken repressiven Maßnahmen der Regierung und ihrer Sicherheitsdienste gegenüber belarussischer Opposition und Zivilgesellschaft scheint es derzeit fast unmöglich, gesellschaftspolitisch im Land aktiv zu sein. „Nasch Dom“ (Russisch für „Unser Haus“) – ein Netzwerk für den Schutz von BürgerInnenrechten, mit dem der „Bund für Soziale Verteidigung e.V. (BSV)“ seit 2005 zusammenarbeitet – gelingt es jedoch weitestgehend, AktivistInnen vor staatlicher Repression zu schützen.

3.1 Zivilgesellschaftliche Kampagne Nasch Dom

Vasilij Pinchuk

Die zivilgesellschaftliche Kampagne Nasch Dom⁵ besteht seit 2005 und hat eine Vision: Belarus ist unser gemeinsames Haus – daher wollen wir es auch selbst gestalten. Wir selbst müssen die EntscheidungsträgerInnen darin sein und nicht wie derzeit eine einzelne Person, die alles bestimmt: Präsident Lukaschenko. Er legt den finanziellen Haushalt fest, setzt RedakteurInnen von Medien ein und gibt staatliche Zeitungen heraus. Zudem bestimmt er die LeiterInnen der staatlichen Verwaltungen aller Ebenen bis hin zu BürgermeisterInnen und RichterInnen und kontrolliert die Wahlen lokaler StadträtInnen sowie zum nationalen Parlament.

Um die Gestaltung in unserem Haus Belarus selbst in die Hand zu nehmen, ist unsere erste Aufgabe zu erreichen, dass Menschen auf kommunaler Ebene selbst mitentscheiden können. Dazu gehört die Transparenz politischer Entscheidungen, beispielsweise wofür die Regierung unser Geld ausgibt. Die zweite wichtige Aufgabe ist es, dass freie Wahlen als fundamentale Basis für ein demokratisches Belarus stattfinden.

Aktivitäten

Um Beteiligung an Entscheidungsprozessen und freie Wahlen zu erreichen, nutzt das Grasrootsnetzwerk Nasch Dom verschiedenste Formen Gewaltfreier Aktion. So verteilen wir beispielsweise Informationen auf Flugblättern, kleben Aufkleber, schreiben Artikel in unserer Zeitung Nasch Dom und in anderen Medien. Zudem bieten wir rechtliche Beratung und Vertretung an und machen kleine Straßenaktionen.

Beispielsweise haben wir die Kampagne „Achtung, Polizei!“ gestartet, die sich gegen Polizeigewalt insbesondere gegenüber Frauen einsetzt. In diesem Rahmen haben wir erreicht, dass der Ruf eines gewalttätigen Polizisten nachhaltig geschädigt wurde und er in langfristiger Folge der Auswirkungen unserer Kampagne seine Arbeitsstelle verlor. Ausführende der Gewalt sind oftmals PolizeibeamtInnen, aber auch der Geheimdienst, der in Belarus immer noch KGB⁶ heißt oder medizinische Einrichtungen wie Psychiatrien und Jugendämter. Betroffen sind von der Gewalt beispielsweise JournalistInnen, PolitikerInnen der Opposition, öffentliche Personen oder Familienangehörige von AktivistInnen.

Momentan kann BürgerInnen alles gefährlich werden, sogar der Gang zum Doktor mit einem kranken Kind: Das vehemente Eintreten für eine Behandlung kann dazu führen, dass die Eltern beim KGB gemeldet werden, weil sie angeblich zu aktiv sind. Das kann soweit gehen, dass diese Eltern dann sogar Probleme auf ihrer Arbeitsstelle bekommen – ohne jemals gesellschaftspolitisch aktiv gewesen zu sein. Bezüglich politischer Aktivitäten ist die Gefahr von Repressionen selbstverständlich wesentlich größer. AktivistInnen unseres Netzwerkes verbrachten bereits mehrere Tage in Gewahrsam oder haben ihre Studienplätze und Arbeitsstellen verloren. Andere

⁵ Nasch Dom = russisch für „Unser Haus“: www.nash-dom.info.

⁶ Komitet Gosudarstvennoi Besopasnosti = Komitee für Staatssicherheit.

wurden auf der Straße aufgegriffen und in die Psychiatrie eingewiesen und dort medikamentös zwangsbehandelt. Was wie historische Erzählungen aus Sowjetzeiten klingt, ist heutige Realität in Belarus.

Ziele und Arbeitsweisen der Kampagne

Viele Menschen in Belarus wissen gar nicht, welche Gesetzesgrundlagen es gibt und wie wir diese auch gegen die Machthabenden einsetzen können. Ziel von Nasch Dom ist es, die Bevölkerung darin zu unterstützen, selbst aktiv zu werden und an gesellschaftspolitischen Prozessen teilzuhaben. Wir versuchen alles aufzudecken, wo es zu Konflikten zwischen der Bevölkerung und den Regierenden kommt und die Bevölkerung zu mobilisieren, für ihre Interessen einzutreten. Unsere Kampagne „Abgeordnete zur Verantwortung“ hat beispielsweise das Ziel, Abgeordnete auf gesetzlicher Basis zu ihrer Arbeit zu zwingen, die sonst nach der Wahl in einen vierjährigen Winterschlaf zu fallen scheinen. Über solche Kampagnen können wir direkt die Interessen der Bevölkerung vertreten und Transparenz einfordern.

Freie Medien

Um unsere Kampagnen publik zu machen und über repressive Vorkommnisse zu berichten, ist es für uns besonders wichtig, auf freie Medien zurückgreifen zu können. Diese gibt es in Belarus kaum. Wenn wir jedoch etwas verändern wollen, brauchen wir einen Kontakt in die Bevölkerung und öffentliche Plattformen zum inhaltlichen Austausch. Dazu haben wir eigene Zeitungen gegründet, wie unsere Zeitung „Nasch Dom“, mit einer monatlichen Auflage von etwa 200 000 Stück. Sie ist derzeit die größte unabhängige Zeitung in Belarus. Wir verteilen sie kostenlos in die Briefkästen großer Hochhäuser und haben dafür ein Netzwerk von freiwilligen VerteilerInnen. Zudem unterstützen wir die unabhängige Zeitung „Witebsker Kurier“, die eine wöchentliche Auflage von 10.000 Exemplaren hat.

Wie kann es weitergehen in Belarus?

Nach 19 Jahren Herrschaft und seiner angeblichen Kooperation mit demokratischen Ländern ist uns heute klar, dass Lukaschenko seinen Kurs nicht ändern wird. Weder seine Wirtschaftspolitik (die belarussische Wirtschaft ist zu großen Teilen in staatlicher Hand), noch seine Politik gegenüber den Nachbarländern, weder seine Ideologie, noch die Einschränkung der Medien. Er wird weiter Katz und Maus mit der öffentlichen Meinung in Belarus und der internationalen Gemeinschaft spielen. Denn eine politische Strategie ist nicht erkennbar, nur ein Spiel – mit DemokratInnen, mit der EU oder den USA.

Wir glauben jedoch, dass die belarussische Bevölkerung bereit für einen demokratischen Wandel ist. Dies wird daran deutlich, dass in größeren belarussischen Städten freie Medien und politische Bewegungen entstehen. In kleineren Städten ist dies schwieriger, weil es dort nur eingeschränkten Zugang zu freien Medien gibt. Doch auch die Menschen hier möchte Nasch Dom erreichen. Nur so können wir die Informationsblockade und die Propagandamaschine des Regimes überwinden, Betrugereien der Staatsbediensteten und die Lügen des staatlichen Fernsehens aufdecken. Wir zwingen mit unserer Öffentlichkeitsarbeit den Staat seine Arbeit zu tun und Häuser zu renovieren, Spielplätze zu reparieren und Straßen zu asphaltieren.

Dazu arbeiten wir direkt mit der lokalen Bevölkerung zusammen, mit NachbarInnen und ihren FreundInnen. Denn unsere Arbeit basiert dabei auf dem Kollektivitätsprinzip: Nasch Dom arbeitete mit AktivistInnen aller sozialer Gruppen zusammen: PensionärInnen, StudentInnen, ArbeiterInnen und verschiedenen sozialen Bewegungen. Als zivilgesellschaftliche Kampagne haben wir uns insbesondere auf konkrete soziale Probleme in der Bevölkerung spezialisiert und nutzen Beschwerdebriefe an lokale BeamtenInnen, Unterschriftensammlungen oder Gerichtsprozesse um soziale und politische Rechte durchzusetzen. Nasch Dom ist daher keine politische Struktur im engeren Sinne, sondern eine soziale Kampagne, die mit den alltäglichen Problemen der Bevölkerung arbeitet. Für unsere Arbeit erhalten wir daher sehr gute Rückmeldungen aus der Bevölkerung. Unsere wichtigsten beiden Waffen sind dabei Information und Aktivität.

3.2 Handlungsfähig unter Repression ⁷

Sarah Roßa

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) arbeitet seit 2005 mit dem Netzwerk Nasch Dom in Belarus zusammen. Dabei begleitet der BSV verschiedene Strategien der gewaltfreien Verteidigung gesellschaftspolitischer AktivistInnen gegen staatliche Repressionen. Daran wird sichtbar, wie zivilgesellschaftliche AkteurInnen in Belarus, trotz Repression, durch bestimmte Aktionsformen handlungsfähig⁸ bleiben können.

Belarus ist ein autokratisch⁹ regiertes Gesellschaftssystem, in dem zivilgesellschaftliche AkteurInnen vor große Schwierigkeiten gestellt sind. Im Zuge des Systemwandels nach dem Zerfall der Sowjetunion gab es in Belarus im Gegensatz zu Ländern wie Georgien oder der Ukraine bisher keine Revolution demokratisch orientierter AkteurInnen.¹⁰ Präsident Alexander Lukaschenko ist seit 1994 an der Macht und gilt in Europa wegen seines autokratischen Führungsstils als letzter europäischer Diktator.¹¹

Repression in Belarus

Die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen ist in Belarus stark eingeschränkt. Viele nicht-staatliche Organisationen (NGOs) wurden bereits verboten und ihre Mitglieder sind ständig der Gefahr von Verhaftungen oder Hausdurchsuchungen ausgesetzt. Zentrale Personen aus oppositionellen Bewegungen werden verhaftet, um Organisationen und Bewegungen zu schwächen oder zu zerschlagen.¹² Dabei lassen sich bestimmte Formen von Repression ausmachen. Dies sind unter anderem:

- Administrative Repressionen und Gesetzesänderungen: z.B. können nichtstaatliche Organisationen sich nicht registrieren
- Verlust von Arbeits-, Schul- und Studienplätzen
- Arreste, Strafen und Strafverfahren
- Hausdurchsuchungen und Konfiszierung von Materialien
- Physische Gewalt¹³, beispielsweise bei Verhaftungen.

Um die Methoden der Unterdrückung in Belarus zu analysieren und Strategien zu entwickeln, mit denen die belarussische Opposition der Repression begegnen kann, können verschiedene Ebenen und AkteurInnen politischer Repressionsausübung und unterschiedliche Arten von Opfern unterschieden werden: Repression erfolgt in Belarus sowohl auf Anordnung lokaler Autoritäten als auch auf der Ebene der Zentralmacht. Zudem lassen sich Akte gezielter und allgemei-

⁷ Dieser Teil des Artikels entstand auf Basis eines Artikels von Björn Kunter und Sarah Roßa, der im Rundbrief Nr. 3/2012 des Bundes für Soziale Verteidigung erschien, auf Grundlage eines Artikels, der am 14.12.2012 in "Das Zerbrochene Gewehr" No. 94 der War Resisters International (WRI) erschien, sowie in Anlehnung an die Masterarbeit von Sarah Roßa mit dem Titel „Aktionsformen sozialer Bewegungen unter Repression. Das Beispiel der Demokratiebewegung in Belarus“ (2013). Die (nicht publizierte) Masterarbeit basiert auf sieben ExpertInneninterviews in fünf Gruppierungen der belarussischen Demokratiebewegung.

⁸ Unter Handlungsfähigkeit verstehe ich hier die Möglichkeit kollektiv zu handeln. Eine soziale Bewegung handelt kollektiv, wenn sie ihre Aktionsformen anwendet. Dabei ist jeweils mindestens eine Regierung involviert und es werden Forderungen artikuliert, welche die Interessen mindestens einer der HerausfordererInnen betreffen.

⁹ Ich verwende den Begriff autokratisch hier als recht generelles Konzept, um repressive Staaten zu bezeichnen. Dies können militärische oder bürokratische Autokratien sein, sowie Parteiautokratien. Autokratien bieten mehr Freiheiten als totalitäre Regime und haben unter Umständen eine gewisse Legitimität in der Bevölkerung.

¹⁰ Nikolayenko 2007

¹¹ Steinsdorff 2006: 429

¹² Amnesty International 2011

¹³ Psychische Gewalt ist damit nicht ausgeschlossen aus dieser Auflistung. Sie liegt vielmehr dem allgemeinen repressiven Klima zu Grunde. Explizit in den Interviews genannt, wurde aber unter anderem die physische Gewalt, die sich in den letzten Jahren verstärkt hat.

ner, wahlloser Repression unterscheiden. Gezielte Repression richtet sich direkt gegen ausgewählte Personen oppositioneller oder zivilgesellschaftlicher Gruppierungen, während bei allgemeiner Repression zum Beispiel bei Demonstrationen oder Hausdurchsuchungen wahllose Verhaftungen vorgenommen werden.¹⁴ Dies dient in autokratischen Regimen dem Aufbau eines Klimas der Angst, um durch die ständige Suche nach angeblichen „StaatsfeindInnen“ die Bevölkerung von gesellschaftspolitischer Aktivität abzuschrecken und die Herrschaft zu sichern.¹⁵

Diese verschiedenen Arten der Repression wirken sich stark einschränkend auf die Handlungsfähigkeit gesellschaftspolitischer AkteurInnen in Belarus aus. Das heißt, es besteht die Gefahr, dass Gruppierungen der belarussischen Zivilgesellschaft, wie das Netzwerk Nasch Dom, durch Repressionen komplett daran gehindert werden, kollektive Aktionen durchzuführen. Sie können nicht öffentlich auftreten, können Eliten durch Protest und Intervention nicht herausfordern und zur Reaktion zwingen und haben keine Möglichkeit gesellschaftspolitische Diskurse zu beeinflussen.

Angesichts dieser Repressionen kann der Eindruck entstehen, dass zivilgesellschaftliche AkteurInnen in Belarus kaum handlungsfähig sind. Dennoch gibt es Ansätze sozialer Bewegungen, bestehend aus nichtstaatlichen Organisationen, Gruppen, Kampagnen und Netzwerken. Laut ausländischen BeobachterInnen der belarussischen Zivilgesellschaft¹⁶ waren im Jahr 2008 insgesamt 2000 NGOs in Belarus offiziell beim Staat registriert.¹⁷ Hinzu kommen diverse nichtregistrierte Organisationen, Netzwerke und Bewegungen. Einige von ihnen kämpfen für Umweltthemen, insbesondere in Zusammenhang mit dem Unglück von Tschernobyl oder für Frauenrechte. Andere haben sich auf die Verteidigung von Menschenrechten gegen staatliche Übergriffe spezialisiert, opponieren gegen das Regime und setzen sich für eine Demokratisierung in Belarus ein.¹⁸

Um kollektiv zu handeln, entwickeln soziale Bewegungen in den verschiedensten gesellschaftspolitischen Zusammenhängen und Ländern Aktionsformen, die der Bevölkerung zugänglich sind.¹⁹ Diese Aktionsformen wandeln sich abhängig von den politischen Rahmenbedingungen für die Handlungsmöglichkeiten sozialer Bewegungen und können durch verschiedenste Arten von Repression stark eingeschränkt sein, wie das belarussische Beispiel zeigt.²⁰ Dies erfordert gerade in autokratischen Regierungssystemen wie Belarus die Entwicklung spezieller Aktionsformen, um die Handlungsfähigkeit sozialer Bewegungen unter Repression zu erhöhen. Durch den repressiven gesellschaftspolitischen Hintergrund, erhalten Aktionsformen zivilgesellschaftlicher AkteurInnen, die auf den ersten Blick als gewöhnlich erscheinen, weil sie in demokratischen Regimen regelmäßige Praxis sind, im Kontext eines repressiven Regimes eine andere Bedeutung.²¹

Diese Aktionsformen gruppieren sich um verschiedene Zwecke: Bewegungsextern versuchen die AktivistInnen eigene Rechte zu schützen, Öffentlichkeit herzustellen, Informationen zu verbreiten und die Bevölkerung zu aktivieren. Dazu verwenden sie Aktionsformen wie Anfragen und Beschwerdebriefe an staatliche Behörden, eigene Publikationen oder kleine Protestaktionen. Um unter Repression handlungsfähig zu bleiben, müssen sie dabei – intensiver als soziale Bewegungen in demokratischen Regimen – bestimmte Sicherheitsvorkehrungen beachten und spezifische Strategien entwickeln. Bewegungsintern verfolgt die Bewegung daher den Aufbau funktionierender Koordinationsstrukturen, mobilisiert AktivistInnen und schützt ihre Strukturen vor Zerschlagung durch den Staat durch bestimmte Sicherheitsmaßnahmen. Dies sind unter anderem

¹⁴ .Kunter und Roßa 2012

¹⁵ Davenport 2005: xix

¹⁶ Eine ausführliche Analyse der zivilgesellschaftlichen Strukturen in Belarus biete ich hier nicht. Nachgelesen werden kann dies beispielsweise in Chernov , Sahm und Wolodaschkaja et al. . Aktuelle Englischsprachige Analysen zur Menschenrechtssituation in Belarus finden sich bei Human Rights Watch oder Freedom House.

¹⁷ Bertelsmann Stiftung 2008: 10

¹⁸ Wodolashkaja und Egorov et al. 2012

¹⁹ Tarrow 2008: 146; Tarrow 1994.

²⁰ Earl 2011: 263; Tarrow 1989

²¹ Roßa 2013

verdecktes beziehungsweise unauffälliges Verhalten im Alltag und dezentrale Organisationsstrukturen.²²

Der Repression begegnen: das Beispiel Nasch Dom

Nasch Dom setzte seit Gründung des Netzwerkes 2004 die Verteidigung seiner AktivistInnen an erste Stelle, entwickelte systematisch Strategien und Methoden dafür und sammelte Erfahrungen. In den ersten Jahren agierte Nasch Dom dabei unauffällig und ausschließlich auf lokaler Ebene zu lokalen Problemstellungen, wie beispielsweise der Asphaltierung von Straßen oder der dringend notwendigen Renovierung von Häusern. Erst mit zunehmender Stabilität gab sich das Netzwerk eine landesweite Identität, trat damit öffentlich in Erscheinung und begann die Zentralmacht durch verschiedene Aktionsformen herauszufordern.²³ Die Methoden und Strategien von Nasch Dom lassen sich dabei in vier Handlungsebenen unterteilen:

1. Sich dem staatlichen Zugriff entziehen
2. Solidarität mit den Verfolgten aufbauen
3. Die RepressorInnen verfolgen
4. Die eigenen Strukturen vor Zerschlagung schützen

Zu 1. Sich dem staatlichen Zugriff entziehen

Bei Verteidigung gegen allgemeine Repression spielt die Begrenzung des Zugriffs auf die AktivistInnen von Nasch Dom eine wichtige Rolle. Sich dem staatlichen Zugriff zu entziehen bedeutet dabei, sich nicht als leichtes Opfer in Szene zu setzen. Dazu gehört es zu beachten, dass bestimmte AktivistInnen schneller ins Visier der Repressionsorgane geraten als andere. Junge Männer beispielsweise werden schneller als „Systemfeinde“ dargestellt, indem ihre politischen Aktivitäten als Randaliererei bezeichnet und damit ihre Verfolgung legitimiert wird. Daher sind junge Männer schwerer zu schützen als beispielsweise Großmütter. Die Erfahrung zeigt, dass es deshalb vorteilhaft sein kann, nicht junge „typische AktivistInnen“ mit riskanten Aufgaben zu betrauen, sondern ältere Menschen und insbesondere Frauen. Sie geraten nicht so leicht unter allgemeine, wahllose Repression und können sich der Polizei gegenüber mehr erlauben. Frauen gelten als ungefährlicher und Polizeigewalt gegen sie wird nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der Polizei klar verurteilt.

Sich dem staatlichen Zugriff zu entziehen, kann auch bedeuten, bei Hausbesuchen von der Polizei die Wohnungstür nie freiwillig zu öffnen, auch wenn der KGB oder die Polizei angeblich nur um ein Gespräch bitten. Denn während die Polizei solche Gesprächssituationen regelmäßig dazu nutzt Straftaten (Beleidigung, Widerstandshandlungen) zu konstruieren, besitzt sie vor dem Gespräch noch keine rechtliche Grundlage die Wohnungstür aufzubrechen. Daher ist es insbesondere bei allgemeiner, wahlloser Repression wirkungsvoll, konsequent nicht zu öffnen, wenn die Polizei oder der KGB vor der Tür stehen.

Bei gezielter Verfolgung bestimmter Personen und Gruppen hingegen kann es sogar notwendig sein, sich für mehrere Monate außerhalb der Landesgrenzen in Sicherheit zu bringen, sofern dies rechtzeitig möglich ist. Dank moderner Kommunikationsmittel ist ein freiwilliges Exil heute jedoch eine weit geringere Einschränkung der politischen Tätigkeit als es früher der Fall war. Die Koordinatorin des Netzwerkes Nasch Dom, Olga Karatsch, konnte es sogar als Vorteil nutzen, um gezielt in der Öffentlichkeit als Gesicht des Netzwerkes aufzutreten, so dass die anderen Aktiven unbemerkt agieren konnten.

Zu 2. Solidarität mit den Verfolgten aufbauen

Solidarität mit den Opfern politischer Repression erweist sich als wirkungsvoll. So schickt Nasch Dom bei Polizeikontrollen oder Verhaftungen nicht nur RechtsschutzexpertInnen, sondern

²² Die Forschungsergebnisse basieren auf der Masterarbeit von Sarah Roßa. Die Masterarbeit basiert auf sieben ExpertInneninterviews in fünf Gruppierungen der belarussischen Demokratiebewegung.

²³ Kunter und Roßa 2012

mobilisiert auch möglichst viele AktivistInnen und SympatisantInnen. So sammelt sich auf dem Polizeirevier schnell eine Gruppe Menschen, die Druck auf die StaatsdienerInnen ausübt. Dies ist insbesondere bei allgemeiner, wahlloser Verfolgung sehr wirkungsvoll, und konnte bereits Verhaftungen verhindern oder schnelle Freilassungen erwirken. Auch zu Gerichtsprozessen mobilisiert Nasch Dom UnterstützerInnen, die sich mit den Angeklagten solidarisch zeigen und Öffentlichkeit erzeugen.

Die aktive Solidarität kann die Verfolgten zudem bestärken, ihre politische Arbeit fortzusetzen. Damit sie dabei von ihrem sozialen Umfeld unterstützt werden können, hat sich als wichtig herausgestellt, Familie und FreundInnen in die Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit einzubeziehen. Dies gilt umso mehr, da auch Angehörige unter repressivem Druck stehen und ihren Arbeitsplatz verlieren können. Zwar handelt es sich dabei oftmals lediglich um Drohungen, doch dies ist schlecht informierten Verwandten von AktivistInnen häufig nicht bewusst.

Zu 3. Die RepressorInnen verfolgen

Die Verteidigung von Repressionsoffern kann kaum von der Konfrontation der verantwortlichen StaatsdienerInnen getrennt werden, da sich Gegendruck in der Arbeit von Nasch Dom bewährt hat. Um die unterdrückenden StaatsbeamtenInnen zu verfolgen, nutzt Nasch Dom Schwächen des Staatsapparates. Dieser wirkt zwar wie ein monolithischer Block, unterliegt aber internen Machtkämpfen und Konflikten.²⁴ So spielt Präsident Lukaschenko seine KonkurrentInnen gezielt gegeneinander aus, um seine Macht zu sichern. Diese Taktik des Ausspielens kann dabei auch Nasch Dom nutzen: Durch offizielle Beschwerden, Einsprüche, Anfechtungen und ähnliche Maßnahmen fordern die AktivistInnen in der Sprache des bürokratischen Systems geregelte Antworten, Reaktionen und Prozeduren. Diese sind den betroffenen BeamtenInnen lästig, und zwingen sie, Entscheidungen schriftlich zu erläutern, was sie dazu bringt, Verantwortung übernehmen zu müssen, was im Zweifel gegen sie verwendet werden kann. Dabei verstricken sich StaatsbeamtenInnen mitunter in sich widersprechende Regularien, die häufig sogar der Verfassung entgegenstehen. An dieser Stelle fällt es selbst den regimetreuen RichterInnen schwer, umstrittene Auslegungen öffentlich zu rechtfertigen. Auch Verfahrensfehler lassen sich dabei zum Nachteil von BeamtenInnen aufdecken. Zusätzlich macht Nasch Dom formal oder moralisch nicht korrektes Verhalten öffentlich, wodurch das Netzwerk Druck auf die SachbearbeiterInnen ausüben kann.

Um diesen Druck zu erhöhen, spricht Nasch Dom Familien und NachbarInnen repressierender StaatsdienerInnen an, sowie auch die KollegInnen der BeamtenInnen. Dies führte bereits zu öffentlichen Schneidungen von PolizistInnen und dazu, dass KollegInnen sich gegenseitig auf korrektes Verhalten kontrollieren. Derzeit bittet Nasch Dom beispielsweise über 1000 PolizistInnen landesweit um Mithilfe bei der Überwindung von Polizeigewalt gegen Frauen. Seitdem werden Aktivistinnen von Nasch Dom von PolizistInnen oft höflich und vorsichtig behandelt.

Zu 4. Die eigenen Strukturen vor Zerschlagung schützen

Neben den beschriebenen Strategien müssen sich zivilgesellschaftliche Strukturen vor Zerschlagung schützen. Mit zunehmender Größe und Sichtbarkeit einer Organisation oder sozialen Bewegung steigt in Belarus die Gefahr einer gezielten Zerschlagung durch die Zentralmacht. Wird eine zentrale Person inhaftiert oder öffentlich wirkungsvoll diffamiert, ist die Organisation steuerungslos. Um sich vor einer solchen Zerschlagung zu schützen, müssen Organisationen, Netzwerke und Kampagnen ihre Struktur entsprechend ausrichten und eine Sicherheitskultur entwickeln. Wie dies im Detail erreicht werden kann, muss jede Organisation für sich ausarbeiten, und kann an dieser Stelle aus Sicherheitsgründen auch nicht am Beispiel von Nasch Dom erläutert werden.

Eine entscheidende Grundlage ist zudem, sich vor politischer Diffamierung durch staatliche Propaganda zu schützen. Dies verfolgt Nasch Dom durch das eigene Ansehen als „AnwältIn der

²⁴ RoBa 2013.

kleinen Leute“, den Aufbau einer soliden AnhängerInnenschaft und eigene Kommunikationskanäle mit der lokalen Bevölkerung. Die Möglichkeit, die Bevölkerung zur Verteidigung zu mobilisieren, lässt die Behörden bisher vor einer Zerschlagung von Nasch Dom zurückschrecken.

Von Nasch Dom zu Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher AkteurInnen unter Repression

Die Arbeit des Rechtsschutznetzwerkes Nasch Dom zeigt, dass es trotz verstärkter Repression möglich ist, die belarussische Bevölkerung gewaltfrei zu verteidigen. Solidarität und Verteidigung im Falle politischer Repression kann insbesondere die Bevölkerung übernehmen, die nun zunehmend unter Druck des Repressionsapparates gerät. So gewinnt sie durch eigene Erfahrung langsam Interesse an der Kontrolle von Polizei und Geheimdiensten.²⁵

In einer Forschungsarbeit zu Aktionsformen gesellschaftspolitischer AkteurInnen in Belarus habe ich gezeigt, dass verschiedene Gruppierungen in der belarussischen Demokratiebewegung durch die Anpassung ihrer Aktionsformen an die repressiven gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, ihre Handlungsfähigkeit erhalten und vergrößern können. Der Konzentration der Macht im belarussischen Regime, den exklusiven politischen Partizipationsmöglichkeiten und der Dominanz informeller Herrschaftsmechanismen, setzt die belarussische Demokratiebewegung verschiedenste Formen kollektiven Handelns entgegen.²⁶

Sofern es eine einzelne Fallstudie zulässt, kann anhand der Zusammenarbeit des BSV mit Nasch Dom und meiner bisherigen Forschung folgendes beobachtet werden: Die Anpassung von Aktionsformen sozialer Bewegungen an den repressiven gesellschaftspolitischen Hintergrund in autokratischen Regimen führt zu mehr Handlungsfähigkeit. Es gibt offensichtlich bestimmte Aktionsformen, die eine soziale Bewegung unter Repression handlungsfähiger machen. Indem AktivistInnen beispielsweise legale Räume ausnutzen, über formale Prozeduren und Öffentlichkeitsarbeit gezielt Druck auf Repressionsverantwortliche ausüben, sinkt das Repressions- und Verhaftungsrisiko. Die Bevölkerung zu informieren, Gegenöffentlichkeiten erzeugen und kleine Freiräume zu schaffen, in denen Engagement ungefährlicher möglich ist, mobilisiert die Bevölkerung zur Beteiligung an Aktionsformen.²⁷ Im Falle von Nasch Dom sind dies beispielsweise Anfragen und Beschwerden an Staatsangestellte, Unterschriftenlisten, Gerichtsprozesse, die Erstellung und Verteilung von Informationsmaterialien oder kleine Straßenaktionen. Wichtig sind dabei innerhalb der Bewegung funktionierende Koordinations- und Organisationsstrukturen. Dezentralität schafft hierbei die Möglichkeit, trotz auftretender Verhaftungen zentraler Personen, handlungsfähig bleiben zu können. Dazu gehören auch bestimmte Sicherheitsvorkehrungen, die manchmal soweit reichen, dass Personen oder Gruppierungen in den Untergrund oder ins Exil gehen. Allen diesen Aktionsformen liegt dabei das gemeinsame Ziel verschiedenster gesellschaftspolitischer AkteurInnen in Belarus zu Grunde, in einem demokratischen Land, mit freien Wahlen, der Möglichkeit zur Beteiligung an gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen und der Achtung der Menschenrechte leben zu wollen. Dabei können externe PartnerInnen wie der BSV unterstützend aber auch gefährdend wirken, wie Björn Kunter in seinem folgenden Artikel zeigt.

Quellen

Amnesty International (2011) *Die Menschenrechtslage in Belarus. Stellungnahme zur 18. Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen*. Berlin: Amnesty International.

Bertelsmann Stiftung (2008): ‚Belarus Country Report.‘ In: University, Bertelsmann Stiftung and the Center for Applied Policy Research (Cap) at Munich (Hrsg.) *Bertelsmann Transformation Index (BTI)*. Gütersloh.

Chernov, Viktor. (2008) *Tretij sektor v Belarusi* (1) [Der dritte Sektor in Belarus]. Verfügbar: <http://nvnby.eu/news/analytics/1296.html> [27.02.2013].

Davenport, Chris (2005) ‚Repression and Mobilization: Insights from Political Science and Sociology.‘ In: Davenport, Chris, Johnston, Hank & Mueller, Carol (eds.) *Repression and Mobilization*. Minneapolis, MN, USA: University of Minnesota Press.

²⁵ Kunter und Roßa 2012.

²⁶ Roßa 2013.

²⁷ Roßa 2013.

- Earl, Jennifer (2011) ,Political Repression: Iron Fists, Velvet Gloves, and Diffuse Control.' *The Annual Review of Sociology*, 261–284.
- Freedom House. (2012) Belarus. *Freedom in the World* [Online]. Verfügbar: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2012/belarus-0> [12.01.2013].
- Human Rights Watch. (2012) *Belarus*. Verfügbar: <http://www.hrw.org/europecentral-asia/belarus> [abgerufen am 27.02.2013].
- Johnston, Hank (2011) *States and social movements*. Cambridge, Polity Press.
- Kunter, Björn & RoBa, Sarah. (2012) ,Schutz vor Repression in Belarus.' *The Broken Riffle. Newsletter of 'War Resisters' International'* [Online], No. 94. Verfügbar: <http://www.wri-irg.org/de/node/20826> [12.01.2013].
- McAdam, Doug, Tarrow, Sidney G. & Tilly, Charles (2001) *Dynamics of Contention*, Port Chester, NY, USA, Cambridge University Press.
- Nikolayenko, Olena (2007) ,The Revolt of the Post-Sovie Generation. Youth Movements in Serbia, Georgia and Ukraine.' *Comparative Politics*, 39, 169-188.
- RoBa, Sarah (2013) *Aktionsformen sozialer Bewegungen unter Repression. Das Beispiel der Demokratiebewegung in Belarus*. Masterarbeit. Frankfurt am Main: Goethe Universität Frankfurt
- Sahm, Astrid (2009) ,Civil Society and Mass Media in Belarus.' In: *Back from the cold? The EU and Belarus in 2009*. Chaillot Paper. Paris, European Union Institute for Security Studies (EUISS).
- Steinsdorff, Silvia von (2006) ,Das politische System Weißrusslands (Belarus).' In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden.
- Tarrow, Sidney (1989) *Struggle, Politics, and reform: Collective Action, Social Movements, and Cycles of Protest*, Cornell, Cornell University Center for International Studies.
- Tarrow, Sidney (1994): *Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Tarrow, Sidney (2008) ,Power in Movement.' In: Montagna, Nicola & Ruggiero, Vincenzo (Hrsg.) *Social Movements. A Reader*. Oxon: Routledge.
- Tilly, Charles (2006) *Regimes and Repertoires*, Chicago: University of Chicago Press.
- Wodolaschskaja, Tatjana, Egorov, Andrej, Plaschtschinskij, Georgij, Gurinowitsch, Tatjana, Smoljanko, Olga & Erma-kowa, Violetta (2012): ,Programmnyj Monitoring Grazhdanskogo obshhestva' [Programm-Monitoring der Zivilgesellschaft]. In: Centre for European Transformation (Hrsg.) *Sbornik kvartal'nyh analiticheskikh otchetov* [Sammlung vierteljährlicher analytischer Berichte]. <http://eurobelarus.info/>.

3.3 Nutzen und Schaden ausländischer Demokratieförderung in Belarus

Björn Kunter

Die Rolle ausländischer Unterstützung für gewaltfreie Bewegungen ist umstritten. Während KritikerInnen darin vor allem eine Verletzung der Souveränität des Landes sehen und hinter jeder Einmischung pauschal Interessen der Großmächte und Nachbarstaaten und ihrer Geheimdienste vermuten, versteht der BSV sein auswärtiges Engagement (in Belarus) als gelebte Solidarität zwischen den Bewegungen.²⁸ Dies schließt eine auswärtige Einflussnahme etwa staatlicher Geldgeber nicht vollständig aus, allerdings zeichnet sich gerade die westliche Politik durch fehlende Kooperation zwischen den Regierungen und vor allem auch innerhalb der Regierungsstellen aus.²⁹ Wo wie etwa in der Hilfe für Afghanistan versucht wurde, diese Kohärenz zu erhöhen, stieß dies auf den deutlichen Widerstand der beteiligten Nichtregierungsorganisationen.

Auch die ausländische Demokratisierungshilfe für Belarus ist nur im Hinblick auf die politischen Auseinandersetzungen und Interessenkonflikte in den Geberländern zu verstehen. Die Situation ist insofern einzigartig, als dass Belarus einerseits als Nachbarstaat der EU besonders nah ist, andererseits aber nur wenig strategische Bedeutung hat. Auch ist Belarus für die innenpolitische Profilierung der Geldgeber besonders geeignet, weil es nach der Tschernobylkatastrophe große zivilgesellschaftliche Kontaktnetzwerke gibt (Deutschland, Italien) und die Narration von der unterdrückten Opposition im Kampf gegen Lukaschenko gut an den persönlichen Erfahrungen vieler Entscheider in den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten (inklusive der ostdeutschen Politiker) anknüpft. In der Folge wurde Belarus, seit dem Herauswurf der westlichen Botschaften aus ihrer Datschen-Siedlung (Drosdy) 1998³⁰, zu einem Experimentierfeld einer Menschenrechts geleiteten Politik, wodurch Mittel in nicht außergewöhnlicher Höhe in die Opposition, die unabhängigen Medien und die Zivilgesellschaft in Belarus geflossen sind.

Grundsätzlich ist dies durchaus gerechtfertigt, dass man die Chancenungleichheit einer unterdrückten Opposition nicht einfach hinnehmen will, der es gesetzlich oder administrativ verboten wird, eigene Spenden oder andere Einnahmen im Land zu erzielen. Massenzeitungen, wie sie Vasilij Pinchuk in seinem Artikel für Nasch Dom mit einer in die Hunderttausende gehenden Auflage beschrieben hat, lassen sich nicht aus eigener Kraft finanzieren, sind jedoch unverzichtbar, um die Zensur der offiziellen Medien zu umgehen und eigene Kommunikationskanäle mit der Bevölkerung zu unterhalten. Doch der miserable Zustand der Opposition in Belarus heute ist nicht nur auf interne Streitigkeiten und Unfähigkeiten zurückzuführen, sondern auch eine systematische Folge der Art und Weise ausländischer Unterstützung.³¹

Insbesondere hat die massive Unterstützung der Opposition dazu geführt, dass interne Macht innerhalb der Parteien und Bewegungen vom Zugang zu auswärtigen Geldgebern abhängig wurde. Da diese Finanzierung zwar legitim, aber nach belarussischen Gesetzen illegal ist, erfordert sie zudem ein hohes Maß an Geheimhaltung auch gegenüber der eigenen Mitgliedschaft und verhindert eine effektive innere Demokratisierung in den belarussischen Gruppen. Zudem sind es immer nur eine Handvoll Schlüsselpersonen, die auf belarussischer Seite, wie auch bei den Geldgebern, Mittel verteilen können. An den Brückenstellen entstehen Monopole, die dazu

²⁸ Siehe zusammenfassenden Beitrag von Christine Schweitzer in diesem Band, sowie Björn Kunter: „Grundsätze der Gewaltfreien Intervention in Belarus“, in *Friedensforum* 12/01, bzw.: <http://www.soziale-verteidigung.de/international-gewaltfrei/belarus/unser-haus/grundstzebelarus/>

²⁹ u.a.: Stephen Brown: „Still a Bumpy Road. The Multiple Challenges of External Democracy Promotion“. *Global Governance Spotlight 2/2013* der Stiftung Entwicklung und Frieden; <http://www.sef-bonn.org/en/publications/global-governance-spotlight/global-governance-spotlight-22013.html>

³⁰ Als offizieller Wendepunkt und Auslöser der diplomatischen Krise gilt gemeinhin das Referendum von 1996, in dem Lukaschenko die Gewaltenteilung aufhob, woraufhin der Europarat eine Reihe symbolischer Maßnahmen ergriff und die OSZE eine Mission in Minsk einrichtete. Darüber ob auch ohne die Brückierung des diplomatischen Korps in der Drosdy-Krise (Juni 1998) 1999 umfassende Sanktionen gegen das Regime Lukaschenkos eingeleitet worden wären, kann nur spekuliert werden.

³¹ Siehe auch: „Björn Kunter 2007: „Belarus: Do No Harm – Forderungen an externe Demokratieförderung“ in *Osteuropa*, 57. Jg., 1/2007, S. 35–48

führen, dass immer die gleichen Personen und Organisationen an den internationalen Konferenzen vertreten sind, und meiner Schätzung nach weniger als zehn BelarussInnen über die Hälfte aller Belarus-Demokratisierungs-Mittel verfügen. Demokratisierung ist somit kein „idealer Markt“, in dem sich die besten Ideen von alleine durchsetzen, sondern selbst Teil von Machtkämpfen.

In dieser Konstellation spielt die Bevölkerung an sich eine untergeordnete Rolle. Wichtigste stakeholder für politische Bewegungen in Belarus sind stattdessen oftmals die Geldgeber. So wird es wichtiger, die eigenen Aktivitäten den Geldgebern zu präsentieren, als sie qualitativ gut oder überhaupt durchzuführen. Zudem üben viele Geldgeber keine effektive Kontrolle der Mittelnutzung aus. Zu häufig kommt es vor, dass hunderttausende Materialien bezahlt, aber nicht verteilt werden. Doch was in Belarus die Spatzen von den Dächern pfeifen, ist den Geldgebern entweder unbekannt oder egal, haben die westlichen Verantwortlichen in den Projekten doch ebenfalls kein Interesse daran, Probleme oder gar ein Scheitern „ihrer“ Projekte offen zu legen und so ihre eigenen Geldmittel zu gefährden.

Die besondere Bedeutung des Auslands lässt sich auch daran erkennen, dass Informationen über Menschenrechtsverletzungen und politische Verfolgung in der Regel im Ausland breiter und oftmals sogar schneller bekannt sind als in Belarus selbst. Dies hat Folgen für die Förderpolitik und die Situation in Belarus. Im Ausland stabilisiert die politische Gewalt des Regimes die Geldflüsse, da die Opposition mit der politischen Verfolgung Solidarität einfordern kann, die in Form von Geldmitteln bereitgestellt wird. So hat nach der brutalen Zerschlagung der Opposition vom 19. Dezember 2010 alleine die Europäische Union ihre Mittelzuwendungen für die belarussische Opposition und Zivilgesellschaft verfünffacht.³² Zugleich ist die Verfolgung auch eine willkommene Entschuldigung für das eigene Scheitern, obwohl es auch in Belarus auch immer wieder Gruppen wie Nasch Dom gibt, die beweisen, dass sie erfolgreich gegen das Regime arbeiten können. Solche Erfolge passen allerdings nicht in das Klischee der öffentlichen Wahrnehmung und Medien, auch nicht innerhalb von Belarus. So erschienen direkt im Anschluss an die Verhaftung aller Teilnehmenden eines Nasch Dom Treffens in Minsk am 19. April 2011, mehr Artikel über die Organisation als im gesamten sonstigen Jahr. Somit führen gute Sicherheitsverfahren, in deren Folge weniger AktivistInnen verhaftet oder wie seit 2006 bei Nasch Dom keine Mitglieder strafrechtlich verurteilt werden, gleichzeitig dazu, dass diese in der öffentlichen Wahrnehmung weniger vorkommen und weniger Mittel aus dem Ausland erhalten.

Spätestens hieran wird deutlich, dass auch ausländische Förderung in der Regel nicht auf langfristigen Konzepten basiert, sondern oft kurzfristig auf besondere Ereignisse und Trends reagiert. Die sich daraus ergebenden Schwankungen, die zum Beispiel dazu führen, dass zeitweise sehr viel und dann wieder kaum Mittel nach Belarus fließen, haben für Nasch Dom zum Beispiel dazu geführt, dass in den zwei Monaten vor politischen Wahlen fast alle Aktivitäten zum Erliegen kommen, weil die politischen AktivistInnen im Wahlkampf Geld verdienen (müssen). Die Förderungswellen berücksichtigen auch nicht, welche Kapazitäten in Belarus überhaupt vorhanden sind, um die Projekte umzusetzen. So steigen die Honorarsätze in den Hochzeiten an und Aktivitäten, die sonst von Freiwilligen gemacht werden, wie das Verteilen von Materialien und Sammeln von Unterschriften, werden bezahlt, so dass mit dem Ende des Geldflusses viele politischen Parteien und Organisationen in sich zusammenfallen.

All diese Schwächen und auch die schädlichen Wirkungen ausländischer Unterstützung sind in Belarus deutlich erkennbar und haben mit dazu geführt, dass die Opposition heute schwächer ist als je zuvor. Nach der effektiven Zerschlagung der belarussischen Opposition im Nachgang des 19. Dezember 2010 haben daher die meisten Geldgeber begonnen, ihre Programme zu überprüfen und Alternativen zur bisherigen Opposition zu suchen. Doch leider werden der eigene Anteil am Scheitern und die oben beschriebenen systematischen Probleme der Demokratieförderung in Belarus dabei weitestgehend ausgeblendet.

³² „...our financial assistance to civil society has increased fivefold since the 2010 post electoral crackdown ... (assistance increased from €2.2 million before the crisis to 11.1 and 13.1 million respectively in 2011 and 2012)“ letter from Catherine Ashton & Štefan Füle to Ministers of Foreign Affairs of the EU Member States, [eeas.sg.1\(2012\)1373982](http://eeas.sg.1(2012)1373982)

Schon jetzt ist daher absehbar, dass die zwei wichtigsten Konstruktionsfehler bis auf weiteres nicht korrigiert werden. Erstens wurden innerhalb der Monopolkonstruktion zwar etliche Personen (fast ausschließlich auf der belarussischen Seite) ausgetauscht, doch die Konzentration der Förderflüsse in den Händen weniger Personen und Organisationen hat sich eher noch verstärkt. Zweitens sind die meisten der jetzt zentralen belarussischen Personen und Organisationen zwar ausgesprochen intelligent und haben im Bereich ihrer Nichtregierungsorganisationen herausragende Leistungen erbracht, doch haben sie über ihre kleinen Nischen hinaus keinen Zugang zur belarussischen Bevölkerung.

So wird die Donor-Gemeinschaft denn auch weiterhin über die Auslandsorientierung ihrer Partner klagen³³ und gleichzeitig ihre belarussischen Partner aus den Minsker, Brüsseler und Vilniuser Büros zu internationalen Konferenzen einladen, auf denen weitere internationale Aktivitäten mit immer den gleichen Leuten geplant werden. Mit Demokratieförderung in Belarus hat das allerdings nur wenig zu tun.

³³ Schon 2008 hieß es etwa in einem breit abgestimmten Strategiepapier: „The opposition has put in too much effort to reach out to its own followers in the opposition community and to the international community, while at the same time **losing contact with the population in general**, since too few efforts were made to communicate effectively with the people.“ (A European Alternative for Belarus - Report of the Belarus Taskforce, 2008, <http://www.icdt.hu/documents/publications/Report-of-the-Belarus-Task-Force.pdf>)

4. „Ich lasse die Menschen ihre traurigen Geschichten LAUT erzählen“

Interview mit Ali Kareem über Theaterarbeit im Irak und in Deutschland

Ali Kareem macht Theaterperformances und Workshops für und mit Menschen im Irak. Auch seine deutschen TeilnehmerInnen nimmt er mit auf eine Erfahrungsreise in die eigene Biographie, wie beispielsweise auf der BSV-Jahrestagung 2013 in Würzburg. Die eigene Geschichte wichtig zu nehmen und gleichzeitig anderen Menschen zuzuhören, lässt Menschen eine andere Perspektive auf traumatische Erlebnisse einnehmen. Das Interview wurde im Juni 2013 von Sarah Roßa (SR) geführt.

SR: Du hast den größten Teil Deines Lebens im Irak verbracht. Wie erlebst Du die gesellschafts-politische Situation, insbesondere der Zivilgesellschaft, derzeit?

AK: Ich habe bis vor etwas über einem Jahr im Irak gelebt und habe dort mein gesamtes Leben verbracht. Seit 2003 arbeite ich mit verschiedensten NGOs zusammen.

Die irakische Gesellschaft ist geprägt von vier Kriegen in den letzten 30 Jahren: Acht Jahre Krieg mit dem Iran, zwei Jahre mit Kuwait, die US-amerikanische Besatzung 2003 und dann jahrelang Bürgerkrieg. Man kann sich vorstellen, was das für Auswirkungen auf eine Gesellschaft und ihre Menschen hat. Die Gewalt, die wir jeden Tag um uns herum erleben, zieht sich bis ins private Umfeld und in unsere persönlichsten Beziehungen.

Die US-amerikanische Besatzung war ein besonderer Einschnitt für die irakische Zivilgesellschaft, denn die Besatzung brachte viele neue Restriktionen mit sich. Die Zivilgesellschaft bekam zu spüren, dass es nicht um eine Demokratisierung des Landes handelte, sondern in erster Linie um Rohstoffe ging. Die Zivilgesellschaft fiel dabei hinten herunter. Die US-amerikanischen Truppen zerstörten weite Teile der irakischen Infrastruktur, außer den Ölfeldern, die sie für ihre Rohstoffsuche dringend benötigten und daher unter ihre Kontrolle brachten. Besonders Uran stand im Interesse der US-AmerikanerInnen, doch Abbau, Verarbeitung und Nutzung von Uran sind hochgefährlich für Umwelt und Bevölkerung. Verarbeitetes Uran aus dem Irak wird für Raketen verwendet, die wiederum gegen die irakische Zivilbevölkerung eingesetzt wurden. In Basra, im Südirak, gibt es Landstriche, in denen Teile der Bevölkerung starke gesundheitliche Probleme wegen der Spätfolgen von Uranmunition haben. Hinzu kommt, dass die Menschen, die dort leben, sehr arm sind und sich keine Medikamente leisten können.

Auch irakische Kulturgüter fielen den US-amerikanischen BesatzerInnen zum Opfer. Diese plünderten Museen und nahmen keinerlei Rücksicht auf die irakische Bevölkerung und ihre Kultur.

SR: Was gibt es für gewaltfreie Initiativen und AkteurInnen in der irakischen Zivilgesellschaft? Mit welchen Ansätzen arbeiten sie?

AK: Seit 2003 können – im Gegensatz zur Zeit unter Saddam Hussein – NGOs legal im Irak arbeiten. Seitdem gibt es unzählige NGOs im Irak, wobei jedoch viele von ihnen lediglich Gelder einstecken, aber keine Arbeit für die Gesellschaft leisten. Nur ein kleiner Teil der Organisationen arbeitet sehr aktiv für und mit der irakischen Zivilgesellschaft. Sie beschäftigen sich zum Beispiel mit Gewalt gegen Frauen und Kinder. Gewaltfreie Ansätze explizit als Aktions- und Interventionsform verwenden jedoch wenige Organisationen und Gruppierungen.

In erster Linie sind da Al Masala und das Netzwerk LaOnf (arabisch für Gewaltfreiheit), das Gruppen in verschiedenen Städten hat und in dem ich auch aktiv bin. Allein in Bagdad haben wir 15 Mitglieder, in Basra 15-20. In den 18 größten irakischen Städten haben wir jeweils etwa 10-15 AktivistInnen. Zusätzlich gibt es jetzt ein paar kleinere neue Gruppen, die im Irak mit gewaltfreien Ansätzen arbeiten. Mit diesen neuen Gruppen hatte ich bisher aber noch nichts zu tun, und wir arbeiten unabhängig voneinander.

Wir beschäftigen uns aktiv mit den Ansätzen Gandhis und Martin Luther Kings. Einmal im Jahr veranstalten wir am 2. Oktober zum Geburtstag Gandhis ein großes Festival in den Straßen von Bagdad. Wir machen dort Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen und Theaterperformances und behandeln dabei Gewaltfreiheit in all ihren Facetten, um sie an die Bevölkerung heranzutragen. Wir können damit natürlich keine großen gesamtgesellschaftlichen Dinge verändern, die Breitenwirkung haben, aber wir können kleine Dinge bei und mit den Menschen verändern.

Freiwilligengruppen wie unsere kommen im Irak nur schwer an die Bevölkerung heran. In größeren Städten geht es, aber die Menschen auf dem Land sind wenig zugänglich für Freiwilligenarbeit oder für Ideen

der Gewaltfreiheit. Zum Beispiel habe ich einmal eine Theaterperformance in einer berühmten Moschee veranstaltet. Die Moschee gehört zur Almahdy Armee, einer Gruppe, die mit militärischen Mitteln gegen die US-amerikanische Besatzung gekämpft hat. In der Performance habe ich Dinge gesagt wie, dass wir nur auf gewaltfreiem Wege gegen die Besatzung kämpfen können, so wie auch Gandhi das getan hat. Ein bewaffneter Kampf gegen die BesatzerInnen führt nur zu mehr Gewalt und zur Zerstörung der Gesellschaft von innen. Die Zivilgesellschaft hat nichts davon. Das Publikum verstand die Aussage meiner Performance, hieß sie aber nicht gut und bezeichnete gewaltfreie Ansätze als Schwäche.

SR: In der letzten Zeit hat es eine Reihe von Terroranschlägen im Irak gegeben. Wie wirkt sich die Gewalt auf die Aktivitäten der Zivilgesellschaft aus? Sind AktivistInnen speziell – vom Staat oder von radikalislamischen Gruppen – bedroht?

AK: Allein im letzten Mai sind im Irak etwa 1.000 Menschen aufgrund von Autobomben ums Leben gekommen. Eine Veränderung der Situation ist bisher nicht in Sicht. Auf die Aktivitäten der Zivilgesellschaft wirkt sich die Gewalt auf verschiedene Art und Weise aus. Während des Bürgerkrieges nach der US-amerikanischen Besatzung beispielsweise haben wir mehrere Theaterperformances in Kirchen gemacht. Allein wegen des Veranstaltungsortes dachten mehrere Menschen, ich sei zum Christentum konvertiert und ich geriet unter Druck von radikalen islamischen Gruppen. Daher habe ich in der Zeit drei Mal meinen Wohnort wechseln müssen. Es werden ja auch immer wieder Menschen während christlicher Gottesdienste getötet.

Haddi, ein Journalist, der einen provokanten Artikel verfasst hat, wurde 2011 tot aufgefunden, es blieb allerdings unklar, ob die Regierung oder terroristische Gruppen daran beteiligt waren.

Ein Großteil der irakischen Bevölkerung sind Schiiten, weshalb der Irak recht liberal ist. Salafisten oder Muslim Brüder gibt es kaum. Während es unter Saddam Hussein hoch gefährlich war, die Regierung zu kritisieren, ist dies heute möglich. Jedoch gibt es auch heute noch gewisse Einschränkungen der Meinungsfreiheit, die zivilgesellschaftliche Aktivitäten behindern. Dabei spielt es allerdings keine Rolle, ob gerade beispielsweise SchiitInnen oder SunnitInnen an der Regierung sind. Beide Bevölkerungsgruppen befinden sich auf politischer Ebene in andauernden Konflikten miteinander und versuchen sich gegenseitig die Verantwortung für Bombenanschläge und andere Probleme zuzuschieben. Die Bevölkerung jedoch hat keinen Anteil an diesen Konflikten und lebt im Alltag friedlich miteinander.

Zudem finden viele der Kämpfe im Irak um Erdöl statt. Wir haben zwar touristische Attraktionen, aber keine funktionierende Wirtschaft. Wir müssen die meisten Güter importieren und exportieren dafür Erdöl. Vom Erdölexport allein bekommen wir aber keine gute Bildung und die Bevölkerung hat nichts von den Einnahmen durch Erdölexporte. Daher sind große Teile der irakischen Bevölkerung sehr arm. Die Menschen sind müde von den ganzen Kriegen und Kämpfen und wollen einen Wandel, sie wollen einfach leben.

SR: Du studierst derzeit in Deutschland. Wie kamst Du auf die Idee, politisches Theater zu machen? Was hat Theater für Dich mit Gewaltfreiheit und Frieden zu tun?

AK: Ich spiele schon seit meiner Jugend Theater und habe Kunst und Schauspiel in Bagdad studiert. Bis 2003 war Kunst im Irak dazu da, das Regime zu verherrlichen und seine Heldentaten zu rühmen. Nach 2003 konnte die Bevölkerung nicht mehr ins Theater gehen, da es wegen der Anschläge zu gefährlich wurde, sich in der Stadt zu bewegen. Daher beschloss ich Theateraufführungen in den Straßen und in Kirchen und Moscheen zu machen. Die irakische Bevölkerung hat kaum eine Theaterkultur und versteht komplizierte literarische Dialoge auf Hocharabisch oftmals nicht. Da sind Codes enthalten, die man nur durch detaillierte Analysen erfassen kann. Daher vereinfache ich die Sprache für meine Aufführungen und verwende den herkömmlichen irakischen Dialekt im Arabischen. Ich verpacke Ideen von Gewaltfreiheit in einfache Dialoge, um sie auf der Straße unter die Menschen zu bringen. Das wichtigste ist für mich, dass die Menschen mich verstehen. Dafür bekomme ich immer wieder sehr positives Feedback nach meinen Straßenaufführungen. Das macht mich sehr zufrieden.

Um mehr Möglichkeiten für Auftritte zu bekommen, begann ich mit NGOs zu arbeiten, die Festivals veranstalteten, an denen ich mich mit meinen Theaterprojekten beteiligen konnte. Die Organisationen nahmen meine Idee fast alle dankend an, da sie Interesse an der Verknüpfung von Theater mit Konzepten der Gewaltfreiheit hatten. So habe ich fast 20 Theateraufführungen gemeinsam mit NGOs veranstaltet. Zudem mache ich jedes Jahr eine Aufführung an der Universität in Bagdad.

Nach einer meiner Aufführung sprach die mich die in Italien lebende niederländische Regisseurin Annet Henneman an und wollte mit mir zusammen Theaterworkshops in Italien veranstalten. Zu der Zeit sprach ich nicht einmal Englisch. Mich hat es natürlich wahnsinnig interessiert, nach Europa zu kommen und damit eine für mich völlig neue Welt kennen zu lernen. Seit fünf Jahren mache ich nun diese Theaterprojekte in Italien und bin inzwischen sogar zum Studieren in Deutschland gelandet.

Derzeit plane ich, Theaterworkshops zu Gewaltfreiheit an der Universität in Bagdad zu geben und bin dort bereits in Vorbereitung mit einem Professor. Momentan suchen wir noch eine Finanzierung für das Projekt. Im Juli machen wir einen Workshop im Südirak, wo es viele Menschen gibt, die sehr gravierende Gewalterfahrungen im iranisch-irakischen Krieg und unter US-amerikanischer Besatzung gemacht haben. Außerdem machen wir eine Theateraufführung, die „Voices of Bagdad“ heißt, die in verschiedenen Städten im Irak, sowie in Oxford und verschiedenen italienischen Städten gezeigt wird.

Nach der US-amerikanischen Besatzung kam ich zudem auf die Idee, eine Theaterperformance gegen die Unterdrückung von Frauen zu machen. Frauen haben kaum Rechte im Irak und es gibt diverse NGOs, die daran arbeiten, Frauen in ihrer Eigenständigkeit zu unterstützen. Dazu gehören einfache Dinge wie die Möglichkeit zu haben, einen Beruf zu erlernen oder sich selbstständig zu machen, beispielsweise als Näherin.

Meine Theaterperformance verfolgte in diesem Zusammenhang die Idee, insbesondere Frauen zu aktivieren und zu motivieren, Veränderungen in ihren Familien anzustoßen. Dazu benötigen sie mehr Selbstbewusstsein, dafür zu kämpfen was sie wollen und brauchen. Theater kann dabei ein Medium sein, solche Prozesse bei Menschen anzuregen.

Hier in Deutschland mache ich zum Beispiel Theaterworkshops wie auf der BSV-Jahrestagung in Würzburg. Vor etwa einem Monat habe ich begonnen, mit der lokalen Greenpeacegruppe in Gießen zusammenzuarbeiten.

SR: Was genau machst Du in Deinen Workshops? Wie nehmen die Teilnehmenden Deine Workshops an? Was kannst Du bei ihnen beobachten?

AK: Meistens arbeite ich mit Jugendlichen, da sie weniger desillusioniert sind. Ältere Menschen, die ihr gesamtes Leben in einer von Gewalt geprägten Gesellschaft verbracht haben, sind viel schwerer davon zu überzeugen, dass eine gewaltfreie Gesellschaft möglich ist. Daher konzentriere ich mich meistens auf jüngere Menschen.

Für meinen Workshop in Würzburg auf der BSV-Jahrestagung hatte ich ebenfalls Jugendliche erwartet. Es war eine ganz neue Erfahrung für mich, mit älteren Erwachsenen einen Workshop zu machen. Ältere Menschen haben eine viel größere Lebenserfahrung, die sich im BSV natürlich stark von der irakischen Lebensrealität unterscheidet. Die Teilnehmenden in Würzburg hatten zudem Erfahrungen mit Gewaltfreiheit, die den Jugendlichen fehlt, mit denen ich sonst arbeite.

Nach meiner anfänglichen Unsicherheit mit einer neuen Zielgruppe habe ich mit den TeilnehmerInnen in Würzburg ähnlich gearbeitet, wie ich es auch mit Jugendlichen im Irak oft tue: Ich bat sie, die traurigste Geschichte aus ihrem Leben aufzuschreiben. Eine Geschichte über irgendetwas – sich selbst, FreundInnen oder NachbarInnen. Das ist einer der Kerne der Workshops, die ich mit irakischen Jugendlichen mache. Es wird dann ganz leise, wenn alle konzentriert ihre Geschichten aufschreiben. Ich bitte die Teilnehmenden dann, ihre Geschichten vorzulesen. Im Workshop in Würzburg beispielsweise hörten wir Geschichten darüber, wie jemand überfallen und ausgeraubt wurde oder darüber, wie jemand eine nahe stehende Person in den Krebstod begleitet hat. Das Vorlesen der Geschichten ist oft sehr bewegend und immer wieder weinen Menschen beim Vorlesen oder beim Zuhören. Manche Menschen brauchen auch sehr lange, um sich zu trauen, ihre Geschichte vorzulesen. Um so beeindruckender ist es dann, wenn sie es doch tun.

Im Workshop in Würzburg bat ich dann die TeilnehmerInnen, ihre individuellen Geschichten alle zusammen gleichzeitig einander vorzulesen. Das war ein Gewimmel von Stimmen und Geschichten und kaum etwas war zu verstehen. Danach haben wir Paare gebildet und einen Kampf mit unseren Geschichten dargestellt. Wir haben die Geschichten in einem Streitgespräch gegeneinander antreten lassen, und uns dabei vorgestellt, eine/r von uns sei irakische/r SunnitIn und der/die andere SchiitIn. Dabei stellten beide Personen sich vor, ihre Geschichte sei die einzig wahre und richtige und die der anderen Person sei falsch und nicht wahr. Wieder gab es ein lautes Stimmengewirr im Raum. Nach einer Pause habe ich alle TeilnehmerInnen mit ihren Geschichten gegen mich antreten lassen und sie schleuderten mir ihre traurigen Geschichten laut ins Gesicht.

Während in der Zwischenpause die Stimmung sehr traurig und bedrückt war, löste sich nun die Stimmung und die Teilnehmenden wunderten sich darüber, dass trotz der traurigen Geschichten nun eine solche gelöste Stimmung entstand – die TeilnehmerInnen fühlten sich gar nicht mehr bedrückt. „Was machst Du mit uns, Ali?“ fragen sie mich. Ich lasse sie einfach ihre Geschichten LAUT erzählen. Wenn Du Deine Geschichte nur für Dich behältst, kann es passieren, dass Du sie als das Zentralste in Deinem Leben und auf der ganzen Welt wahrnimmst. Aber wenn Du sie einer Person erzählst und aufmerksam ihrer Erzählung zuhörst, merkst Du, dass auch andere Menschen traurige Geschichten mit sich herumtragen, manchmal sogar noch traurigere als Du. Genau das ist es, was ich mit Jugendlichen im Irak mache.

Dann machen wir Aufführungen, in denen wir die Geschichten erzählen. Einmal habe ich auch meine eigene Geschichte in so einer Aufführung verarbeitet: Als ich in der fünften Klasse war, ging mein Cousin mit mir zur Schule, obwohl er ein Jahr älter und etwas größer war als ich. Wenn ich geärgert wurde oder Probleme mit anderen Kindern hatte, habe ich meinen Cousin Halid geholt, damit er mir half. Insgeheim wollte ich immer genau so groß und stark sein wie er und beneidete ihn darum. Halid und ich haben viel zusammen erlebt: Wir waren verbotener Weise im Tigris schwimmen, wo wir es nicht durften, haben Orangen aus Gärten geklaut und uns beim Trickfilm gucken gestritten, wer Tom sein darf und wer Jerry. Dabei musste ich meistens den Kürzeren ziehen, weil ich der jüngere und kleinere war.

2007 ist Halid bei einer Bombenexplosion ums Leben gekommen. Nun bin ich der Ältere, inzwischen schon um sechs Jahre. Ich vermisse und brauche ihn und wenn er zurückkäme, hätte ich kein Problem mehr damit, dass er älter, stärker und größer ist als ich. Das wäre ok, denn ich brauche ihn.

Solche Geschichten verarbeite ich in Theaterstücken, um über die Gewalt zu sprechen und die Erlebnisse untereinander oder auch mit Menschen in Westeuropa zu teilen. Als ich aus meiner Geschichte einmal eine Aufführung in Volterra/Italien im Gymnasium gemacht habe, hörten mir die Jugendlichen mit großen Augen zu. Als ich von Tom und Jerry erzählte, sah ich die Wiedererkennung in ihren Augen und sie stellten über diesen Zeichentrickfilm Verbindungen zwischen ihnen und den Menschen in meiner Geschichte her. Als sie von Halids Tod erfuhren, waren sie sehr betroffen.

Diese Geschichten sind der Kern meiner Workshops. Hinzu kommt natürlich die Bewegungs- und Körperarbeit beim Schauspielen. Manchmal behandeln wir auch bestimmte Themen zu Gewaltfreiheit explizit in den Workshops und reden zum Beispiel über Martin Luther King oder Gandhi und über ihre Methoden.

In einer anderen Aufführung habe ich darüber gesprochen, wie normale Menschen zu TerroristInnen werden. Menschen im Westen glauben oftmals, dass der einzige Grund, TerroristIn zu werden, Religion ist. Das stimmt nicht. Der häufigste Grund ist die alltägliche Gewalt. Die US-amerikanische Armee hat beispielsweise immer wieder junge Menschen unter Terrorismusverdacht gestellt und sie verhaftet. Im Gefängnis wurden diese Jugendlichen gefoltert und vergewaltigt und nach über einem Jahr freigelassen, weil sich der Verdacht nicht bestätigte. Man kann sich vorstellen, wie traumatisiert sie das Gefängnis verlassen. Sie versuchen einfach irgendetwas zu tun, um sich besser zu fühlen, und manche beginnen eben Anschläge zu verüben, weil sie ihre Erlebnisse nicht verarbeiten können. Mit religiösen Gründen hat das nichts zu tun. Darüber, wie normale Menschen auf diesem Wege zu TerroristInnen werden, möchte ich im August im Irak eine Kunstinstallation machen.

SR: Wenn Du in Italien oder Deutschland Aufführungen machst und Workshop gibst, arbeitest Du viel mit PartnerInnen zusammen. Was können Deiner Meinung nach ausländische PartnerInnen zur Unterstützung von Initiativen der irakischen Zivilgesellschaft beitragen?

AK: Kontakte in Europa zu haben ist für die irakische Zivilgesellschaft wichtig für den Austausch und zur Unterstützung. Als Iraker habe ich trotz meines Schengen-Visums Probleme, frei zu reisen. Immer wieder muss ich am Flughafen in abgelegene Büros kommen und bekomme viele Fragen gestellt. Das ist sehr nervenaufreibend und behindert mich in meiner Arbeit stark. Daran ist auch schon mal ein Projekt gescheitert, weil ich kein Visum für ein Land bekam. Auch nach Palästina kann ich nicht einreisen, weil ich mit einem israelischen Stempel im Pass nicht mehr zurück in den Irak könnte. Durch solche Probleme stehe ich ständig unter Druck. Freiere Bewegungsmöglichkeiten in allen Schengenländern würden mir und AktivistInnen wie mir schon viel weiterhelfen.

Internationale Politik kann für die Menschen im Irak jedoch kaum etwas verändern. Es gab zum Beispiel eine große Konferenz in Genf gegen den Abbau und Verwertung von Uran für den Waffenbau im Irak. Die meisten Länder in der Welt wollten sich dafür aussprechen, den Uranabbau und die Verwendung für Munition zu verbieten. Sie wurden jedoch durch ein Veto von vier Ländern blockiert. Israel, Frankreich, Großbritannien und die USA haben der internationalen Gemeinschaft diktiert, dass weiterhin Uranmuniti-

on im Irak großen Schaden anrichtet. Auch NGOs können solche Prozesse kaum beeinflussen. Ich habe auch schon mal Theaterperformances vor Parlamentsgebäuden im Irak gemacht, aber da sehe ich keine Wirkungen.

Auch internationale Projekte wie der Marathon in Bagdad sind lediglich nett: Menschen kommen, joggen und fahren wieder nach Hause. Das ist nicht das, was wir brauchen. Ein Marathon hat keine langfristige Wirkung, aber wenn ich einen Rollstuhl in den Irak bringe, hat ein Mensch jahrelang etwas davon, kann das Haus verlassen und die Sonne sehen.

Daher versuche ich eher den Menschen direkt zu helfen, das funktioniert besser. Am allermeisten möchte ich insbesondere Menschen helfen, die arm sind und beispielsweise aufgrund von Behinderung im Irak nicht auf die Straße gehen können. Mit Hilfe meiner ausländischen Freundinnen möchte ich derzeit Rollstühle und Medikamente in Italien und Deutschland sammeln und sie in den Irak bringen. Einige Menschen versuchen, mir dabei zu helfen.

Menschen hier im Westen werfen mir und meiner Kollegin Annet manchmal vor, dass unsere Aufführungen kein richtiges Theater sind, weil wir nur Geschichten erzählen und ein wenig tanzen würden. Es ist aber völlig egal, ob das richtige Theater ist oder nicht, wichtig ist, dass es Menschen erreicht und ihnen hilft. Nach unseren Aufführungen in Europa müssen immer wieder Menschen weinen oder sie geben uns die Rückmeldung, dass sie einen besseren Einblick in die schwierige und für manche Menschen wirklich furchtbare Situation im Irak bekommen haben. In westlichen Medien wird meist nur die Anzahl der Toten bei Anschlägen im Irak verbreitet, mehr Einblicke werden nicht vermittelt. Durch Theater und Musik werden Menschen anders berührt.

5. Buchbesprechung: Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur

Christine Schweitzer

„Mutter Gottes, Jungfrau, vertreibe Putin! / Schwarzer Priesterrock, goldene Schulterstücke - / Alle Gemeindemitglieder kriechen zur Verbeugung / Das Gespenst der Freiheit ist im Himmel / Die Gay Pride wurde in Ketten nach Sibirien geschickt / Der KGB-Chef, ihr oberster Heiliger / Eskortiert die Protestierenden ins Gefängnis/ Um den Heiligen Patriarchen nicht zu kränken / Müssen Frauen gebären und lieben.“ (S. 188f).

Das ist ein Ausschnitt aus dem Punk-Lied, das die drei Frauen von Pussy Riot im Februar 2012 in der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau anstimmten. Zwei von ihnen bezahlten den Auftritt mit zweijährigen Haftstrafen. Pussy Riot steht wie der jüngst im Juli 2013 wegen angeblicher Korruption verurteilte Oppositionspolitiker Alexej Nawalny in der deutschen Wahrnehmung für den Protest in Russland gegen Putin. Diese Protestbewegung hat sich in den letzten zehn Jahren herausgebildet und umfasst deutlich mehr und vielfältigere Aktivitäten als bei uns bekannt ist. Vor und nach Putins Vereidigung im Mai 2012 fanden in Moskau und anderen Orten Demonstrationen und andere Aktionen unter Beteiligung Zehntausender statt; in Moskau wurden bei einer Demonstration (dem „Marsch der Millionen“) am 6. Mai bis zu 60.000 TeilnehmerInnen gezählt. Wie das Musikvideo „Putin kaputt“³⁴, das kurz nach der Duma-Wahl am 9. Dezember 2011 auf Youtube erschien, und die Beteiligung einer Reihe prominenter SchriftstellerInnen³⁵ an der Protestbewegung zeigte, hat diese Protestbewegung zudem eine starke kulturelle Komponente, die die öffentlichen Proteste begleitet und eigene Höhepunkte setzt (S. 196ff).

Mischa Gabowitsch ist Soziologe und Zeithistoriker am Einstein Forum in Potsdam. Er wurde 1977 in Moskau geboren und hat Russland in den letzten Jahren immer wieder besucht, u.a. um TeilnehmerInnen an den Protesten zu interviewen. Wie kaum ein anderer Wissenschaftler außerhalb Russlands kennt er die verschiedenen Strömungen und Aktiven. In seinem jüngst bei Suhrkamp erschienenen Buch „Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur“ befasst er sich mit den Protesten gegen die Regierung in Russland.

Das Buch beginnt mit einer Beschreibung der Massenproteste, die sich vor und nach Putins erneuter Vereidigung als Präsident im Mai 2012 ereigneten. Jedes folgende Kapitel des Buches leitet der Autor mit einem Portrait oder Biographie einer Aktivistin oder eines Aktivisten ein, die / der an den Protesten am oder um den 6. Mai herum teilnahmen. Auf diese Weise erstellt Gabowitsch ein „Kaleidoskop“ von Russlands Protestbewegung (S. 22f). Er beschreibt das „System Putin“, befasst sich mit Wahlbeobachtung, der er einen entscheidenden Anteil an der Bewegung zuschreibt und skizziert die Struktur des Protestes. Anhand des Falles Pussy Riot erkundet er die Rolle von Religiosität und der Kirche in Russland. Im Kapitel „Gewaltfreiheit und Gewaltphantasien“ geht es um die Rolle der Gewaltfreiheit in der Protestbewegung. Danach wendet er sich dem staatlichen Gewaltapparat zu, um mit dem Thema „transnationale Dimension“ zu schließen. Dabei bezieht er stets die jüngsten Phänomene und Entwicklungen auf den historischen Kontext der Entwicklungen der (späten) Sowjetunion und der nachsowjetischen Zeit. Das letzte Kapitel des Buches ist als „Zwischenbilanz“ betitelt: Gabowitsch beschreibt eine Bewegung im Wandel, so dass nach seiner eigenen Aussage auch seine Befunde nur vorläufigen Charakter haben können.

Für das Buch hat der Autor mehr als fünfzig Interviews geführt und auf über einhundert weitere, von KollegInnen durchgeführte, zurückgegriffen. Außerdem hat er zusammen mit zwei Kolleginnen eine Datenbank initiiert, die Proteste erfassen soll, die zwischen November 2011 und Juni 2012 in Russland stattfanden (S. 31).

³⁴ Eine Anspielung auf den Satz „Gitler (Hitler) kaputt“, der als Ausdruck des Sieges über das faschistische Deutschland praktisch allen Menschen in Russland geläufig ist (S. 37).

³⁵ Bei uns dürfte der Krimiautor Boris Akunin zu den Bekanntesten gehören.

5.1 Die Protestkultur

Die russische Protestkultur hat sich seit der Jahrtausendwende geändert. Bis dahin dienten Protestaktionen – vorrangig Streiks - vor allem der Durchsetzung konkreter, meist lokaler Forderungen, etwa nach der Auszahlung ausstehender Löhne (S. 27f). Danach entwickelte sich eine Bereitschaft, mit Protesten in die Öffentlichkeit zu gehen, sei es für Umwelt- oder Denkmalschutz oder für Versammlungsfreiheit. Auch Übergriffe oder Korruption von Behörden waren vielfach Anlass für Proteste. Doch blieb während der gesamten Putin-Ära vor Ende 2011 die außerparlamentarische Opposition sehr klein; Demonstrationen selbst in Moskau sahen kaum mehr als 5.000 TeilnehmerInnen (S. 137). Die Bewegung für faire Wahlen, die im Dezember 2011 einsetzte, markiert einen langfristigen Wandel in Russlands Protestkultur.

Den Protestierenden gemein ist die Kritik an der Staatsführung, wie sie durch Putin verkörpert wird. Das, so führt Gabowitsch aus, ist kein Wunder, sondern kann abgeleitet werden von dem System in Russland, an dessen Spitze Putin und die Partei „Geeintes Russland“ stehen. So richten sich auch die Proteste in erster Linie gegen Putin als Symbol oder „Metapher“ des Systems (S. 39). Dieses System wird in Russland als „Vertikale“ beschrieben. Dieser Begriff, von Putin selbst im Jahr 2000 geprägt (S.42) meint, dass eine abgehobene zentrale Exekutive, auf die sich alles bezieht, das politische Leben prägt. Die Wirklichkeit des Systems ist geprägt von auf persönlichen Beziehungen und Loyalitäten beruhende Seilschaften, die Besetzung von Ämtern durch vom Präsidenten bestimmte, oftmals aus Geheimdiensten oder anderen Teile des Gewaltapparates (S. 49) stammende Personen und die Unterordnung fast aller Institutionen einschließlich von Medien, Justiz und regionalen Gouverneuren unter die Vertikale. Neben einem „*starken patrimonialen und schwachen rechtsstaatlichen Grundsatz*“ (S. 54) sind aber auch noch andere Ordnungsprinzipien zu beobachten. Dazu gehören ein neoliberaler Kapitalismus, viele Staatsorgane, die einen konsultativen Status haben und ihren Sektor gegenüber dem Präsidenten oder anderen exekutiven Instanzen vertreten und Korruption. Auch gehören dazu neofeudale Beziehungen, wo die Träger des Systems ihre Loyalität gegenüber dem System dadurch zum Ausdruck bringen müssen, dass sie die ihnen Untergeordneten mobilisieren können (sei es zur Teilnahme an Pro-Putin-Bekundungen oder zur Verhängung politisch gewünschter Urteile oder Vergabe von Genehmigungen).

Gestützt wird das Regime durch einen Gewaltapparat, der seit Putins Amtsantritt enorm an Bedeutung gewonnen hat und von Gabowitsch als ‚wichtigstes Instrument der Durchsetzung politischer Entscheidungen‘ bezeichnet wird (S. 297). Er besteht aus Militär, Polizei einschließlich der dem Innenministerium direkt unterstellten paramilitärischen Sonderpolizei OMON, Geheimdiensten und dem Zivil-/Katastrophenschutz. Er ist ein Apparat, der in erster Linie Männern offen steht, zumeist ehemaligen Armeeangehörigen, und den eine gemeinsame Ideologie der (männlichen) Körperlichkeit und Gewaltbereitschaft prägt. (Putin selbst kann hier durchaus als Beispiel für diese Ideologie gelten.)

5.2 Die Bewegung für faire Wahlen

Im Dezember 2011 fanden Parlamentswahlen (Duma-Wahlen) statt; am 4. März 2012 wurde Putin erneut im ersten Wahlgang als Präsident gewählt und löste am 7. Mai Medwedjew als Präsidenten ab. Schon vor den Duma-Wahlen hatte es vereinzelt Kampagnen und Demonstrationen für faire Wahlen gegeben, aber es waren die offenkundigen Fälschungen der Ergebnisse der Wahl am 9. Dezember, die Anlass zu ersten großen Protesten in Moskau und auch anderen Großstädten waren. Proteste, die zu zahlreichen Verhaftungen und massiver Gewalt gegen Festgenommene durch die Sondereinsatzkräfte der OMON führten.

Wie in anderen Ländern, z.B. Senegal und Ägypten, entwickelte sich Wahlbeobachtung durch einheimische BürgerInnen zu einer sozialen Bewegung. Koordiniert von zwei russischen Netzwerken, wurden Tausende in Wahlbeobachtung geschult und am Wahltag im Dezember 2011 über das ganze Land verteilt. Ihre Erlebnisse und Beobachtungen, über neue Medien im Internet verbreitet, lösten die Proteste aus (S. 102 ff).

An den Protesten gegen Putin nehmen sehr unterschiedliche Menschen und Gruppierungen teil. Tatsächlich ist sie ein buntes Konglomerat aus Menschen und Gruppen sehr unterschiedlicher Weltanschauung, von rechtsextremen NationalistInnen bis hin zu AnarchistInnen, von FeministInnen und LGBTQ- AktivistInnen bis hin zu homophoben Männern und Frauen, von ehemaligen Soldaten bis hin zu Kriegsdienstverweigerern. Viele TeilnehmerInnen verstehen sich auch gar nicht als politische Opposition, sondern schlicht als BürgerInnen. „*Wir sind keine Opposition, wir sind eure Arbeitgeber. Wir protestieren nicht, wir entlassen euch!*“, zitiert Gabowitsch eine Losung, die einen Plakat-Wettbewerb der Nowaja gaseta gewann (S. 122). „*Bewegung ist keine Gruppierung, sondern ein Zustand*“ (S. 30) schreibt Gabowitsch und warnt davor, anzunehmen, dass die Bewegung mit bestimmten Organisationen oder dem einmütigen Streben nach einer Demokratie westlichen Vorbilds gleichzusetzen. Diese gibt es auch, aber wesentliche Teile der Protestbewegung sind UltrationalistInnen (S. 81) mit einem deutlich fremdenfeindlichen und homophoben Profil. Einer der Symbolfiguren des Protestes, Alexej Nawalny, dessen tägliche Blogs von Tausenden gelesen werden und dessen Bezeichnung der Partei des Geeinten Russlands als „*Partei der Gauner und Diebe*“ (S. 115) in ganz Russland bekannt ist, tut sich „*regelmäßig mit Tiraden gegen Kaukasier, in erster Linie gegen Tschetschenen und Dagestaner hervor, die angeblich ungestraft ihre fremden Sitten ins russische Kernland bringen und russische Frauen bedrohen*“ (S. 117f).³⁶ Oppositionelle Parteien sind Teil des Protestes, wenngleich nur die Kommunistische Partei und die sozialliberale Jabloko über eine landesweite Mitgliedschaft verfügen.³⁷

Die zivilgesellschaftliche Opposition³⁸ zerfällt in drei Sektoren: Erstens einen überschaubaren Kreis von Menschenrechtsorganisationen³⁹ sowie Umwelt- oder Denkmalschutzorganisationen, die teilweise schon in der Zeit der Sowjetunion gegründet wurden. Den zweiten Sektor machen einige tausend Organisationen im sozialen Bereich (freiwillige Altenpflege, Waisen-, Obdachlosen-, Flüchtlings- oder Drogenhilfe) aus. Der dritte sind nach Gabowitsch „*zahlreiche offiziell unabhängige, tatsächlich aber von staatlichen Stellen geschaffene*“ GONGOs⁴⁰ (S. 141).

Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in Russland ist, wie Gabowitsch beschreibt, von der Unterscheidung zwischen „nützlichen“ und „schädlichen“ Vereinigungen geprägt: Als „schädlich“ nach dieser Einteilung gelten in den Augen des Systems dabei jene, die sich seiner Kontrolle entziehen und es zu kritisieren wagen. Auch in der neuen Protestbewegung gibt es unterschiedliche Tendenzen, aber generell kann beobachtet werden, dass – vergleichbar mit der polnischen Solidarnosc und der Bewegung in der DDR – die Aktiven dadurch Glaubwürdigkeit und Effizienz gewinnen, dass sie ihre Distanz zu den politischen Parteien wahren (S. 167).

Politisches Engagement in Russland bedeutet etwas anderes als in westlichen Ländern. „*Den meisten Menschen in Russland widerstrebt es, öffentliches Handeln als eine separate Sphäre zu verstehen, die nicht durch Freundschafts- und Familiennetzwerke sowie Begriffe wie Loyalität und Aufrichtigkeit geprägt ist. Das Hinaustreten in die Öffentlichkeit wird als Ausweitung der häuslichen, familiären Sphäre verstanden – anders als in politischen Kulturen, in denen sie als Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen partikularen Interessen gilt. Besondere Wirkung entfalten emotionale Appelle an patriarchale Werte wie die Verteidigung des Heimatlandes vor Feinden und die Sorge um Kinder und Enkel; wichtige Bezugspunkte sind der Patriotismus als Erbe des Großen Vaterländischen Kriegs (der niemals als Zweiter Weltkrieg bezeichnet wird) und*

³⁶ Nawalny ging im Juli 2013 durch die Presse, als er von einem Gericht in Russland wegen angeblicher Unterschlagung zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt wurde, dann aber vorläufig freigelassen wurde. Er kandidiert im September 2013 für das Amt des Moskauer Bürgermeisters.

³⁷ Gabowitsch listet wichtige Parteien, außerparlamentarische Vereinigungen und Koalitionsversuche in einer Übersicht auf (S. 126).

³⁸ Wobei Gabowitsch den Begriff der Zivilgesellschaft als problematisch ansieht, weil er „*kaum von den damit verbundenen normativen Erwartungen zu trennen*“ (S. 139) und unklar ist, ob auch kommerziell organisierte Medien, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, künstlerische Vereinigungen usw. zu ihr gezählt werden können.

³⁹ Dazu gehören u.a. Memorial, die Soldatenmütter und das russische LGBT-Netzwerk mit Sitz in St. Petersburg (S. 140).

⁴⁰ GONGO steht für ‚Governmental Nongovernmental Organisation‘, also von der Regierung initiierte und/oder finanzierte Nichtregierungsorganisationen.

die Verantwortung von Amtsträgern für ihre Schutzbefohlenen". (S. 150-151) Aus anfänglich lokalen Bewegungen, z.B. gegen zu dichte Bebauung, gegen Atommülltransporte aus Deutschland oder gegen Rentenkürzungen, entstand allmählich in Russland eine Protestkultur, wie sie dann 2011-2012 zum Ausdruck kam. Protestierende lernten, *„die jeweils gesetzlich Verantwortlichen zu benennen: tatenlose Hausverwaltungen, teilnahmslose Abgeordnete, despotische Polizisten"*. (S. 162)

Anhand des „Falles Pussy Riot“, einer feministischen Band, deren Auftritt in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale eine durchaus religiöse Komponente hatte – alle drei Künstlerinnen beschrieben sich vor Gericht als zutiefst christlich motiviert – befasst sich Gabowitsch mit der Rolle der Kirche in Russland. Hier stellt sich das Bild anders da als in vielen anderen autoritär regierten Ländern. Während in Lateinamerika, in Polen und der DDR die Kirche einen Freiraum bot, in dem politische Dissidenz sich entwickeln und treffen konnte, ist die russische orthodoxe Kirche äußerst staatsnah. Das anfangs zitierte Lied von Pussy Riot kann auch nur vor diesem Hintergrund verstanden werden – es ist (auch) ein Protest gegen eine Kirche, die mit dem System Putin untrennbar verbunden scheint. Wie berechtigt die Kritik ist, zeigt, dass der Patriarch Kirill I Pussy Riot in einer Predigt scharf angriff und von Gotteslästerung sprach, diesen Vorwurf aber *„nicht religiös begründete, sondern vor allem die wichtige Rolle Putins und die Rolle der Kirche in Russlands militärischen Erfolgen unterstrich"* (S. 209).

5.3 Gewaltfreiheit und Repression

Russland hat eine beachtenswerte Tradition gewaltfreien Widerstandes aufzuweisen. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es starke pazifistische christliche Sekten⁴¹; Leo Tolstoj gewann weltweite Bedeutung und beeinflusste sowohl Gandhi wie Martin Luther King; und *„auch die militärische Eroberung des Kaukasus provozierte neben bewaffnetem auch gewaltfreien Widerstand seitens der Anhänger des tschetschenischen Mystikers Kunta Haji"* (S. 272). Zahlreiche Aktionen gewaltfreien Widerstands fanden gegen Ende der Zarenzeit bis in die frühe Stalinzeit und auch wieder nach dem Tode Stalins statt – von Industriestreiks seit den 1870er Jahren über die Aufstände von Gulag-Insassen bis hin zu den Massenunruhen in Georgien 1956, Kasachstan 1959 1961 und 1962 in Südrussland und 1965 in Armenien (S. 272f). Relevanter als diese früheren Beispiele sind für Gabowitsch jedoch die *„aus den sechziger Jahren stammende Tradition des Gewaltverzichts bei den Dissidenten"* (S. 273). Auch wenn diese DissidentInnen selbst in Russland durchaus zwiespältig wahrgenommen werden, da viele Menschen sie für den Zusammenbruch der Sowjetunion und das Chaos der 1990er Jahre verantwortlich machen, sieht der Autor doch den Gewaltverzicht der Protestierenden 2011 als Erbe der Menschenrechtsbewegung. Das galt auch für ProtestteilnehmerInnen aus dem ultranationalistischen Lager, obwohl Nationalismus traditionell in Russland eng mit Gewaltbereitschaft und –anwendung verknüpft ist. Interessant ist Gabowitschs allgemeine Beobachtung zu dem Thema: *„Gewaltfreiheit als dominante Tradition der Opposition im brutalen Russland? Eigentlich sollte das nicht verwundern. Man denke nur an die bekanntesten Geburtsstätten gewaltfreier Theorie und Praxis: Südafrika und Indien, Chile und Palästina, die Philippinen und die amerikanischen Südstaaten. In all diesen Gesellschaften gehörte Gewalt zum Alltag. Bewaffneter Widerstand hatte sich als unzureichend oder zwecklos erwiesen. Mit dem Verzicht darauf konnte man ein Zeichen setzen und an bestehende ethische Grundsätze appellieren..."* (S. 276)

Die Gewaltlosigkeit der Protestbewegung ist, idealtypisch gesehen, auch Ausdruck der Lebenswirklichkeit der an ihr Beteiligten: *„Die an den Protesten Beteiligten sind zu einem erheblichen Teil überdurchschnittlich gebildet und nicht selten an Büroarbeit gewöhnt. Gewalt existiert für sie eher als Fantasie oder als Erfahrung im Umgang mit der ihnen größtenteils fremden Welt des staatlichen Apparats. Für dessen Mitarbeiter hingegen ist Gewalt ein vertrautes Mittel der Durchsetzung von Interessen und ein Teil der Lebenswirklichkeit."* (S. 302f)

⁴¹ Molokanen und Duchoborzen.

Ein Fragezeichen setzt der Autor hingegen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Protestbewegung. Es gibt innerhalb des Protestes eine gewisse Rhetorik der Gewaltbereitschaft und Warnungen vor einem blutigen Aufstand. Aber Gabowitsch vermutet, dass es sich hier zumeist lediglich um Gewaltphantasien handelt. Eine Radikalisierung des Protestes in Richtung auf Gewalt sei nur dann zu befürchten, wenn der Staat die derzeit bestehende Politik einer gewissen Zurückhaltung bei der Anwendung eigener Gewalt aufgeben sollte: „... *Russlands Regime [wendet] Gewalt – aus eigener Sicht – nur in sehr kontrollierten Formen [an]. Vorrangiges Ziel ist die Abschreckung. Hunderte werden verhaftet, doch die meisten bleiben nur Stunden oder Tage in Polizeigewahrsam; lediglich an einigen wenigen wird mit langen Freiheitsstrafen ein Exempel statuiert. Auch horrende Geldstrafen sollen die Latte für eine regelmäßige Teilnahme an Protestmärschen sehr hoch ansetzen. Der Zweck dieser Maßnahmen ist, Freunde und Angehörige der Bestraften zu Geiseln statt zu Rächern zu machen. Der Vater eines von der Polizei zu Tode Gefolterten hat womöglich nichts mehr zu verlieren. Wessen Tochter jedoch auf Jahre im Gefängnis landet, wird erpressbar und dadurch kompromissbereit. Die Staatsmacht hat also eine ständige Gratwanderung zu bewältigen. Zu wenig Repression kann als Schwäche ausgelegt werden und den Protestierenden neue Möglichkeiten eröffnen, ihre Forderungen durchzusetzen. Zu viel Repression führt zwangsläufig zu einer Radikalisierung des Protests. In beiden Fällen wird dieser schwerer zu kontrollieren sein.*“ (S. 288f)

Die Sanktionierungskette von Seiten des Staates beginnt mit Übergriffen der Polizei auf Demonstrierende, die oftmals nach der Festnahme zusammengeschlagen werden, und endet mit Verurteilungen zu Gefängnis oder Straflager. Aussichtsreiche Verteidigungsmöglichkeiten haben AktivistInnen zumeist nur in der Zeit, bevor formale Anklage erhoben wird: Da gibt es für Anwälte wohl oft die Möglichkeit, zu verhindern, dass es zu einem Gerichtsverfahren kommt. Eine Verteidigung vor Gericht ist hingegen nur in Ausnahmen erfolgreich - in Russland enden Gabowitsch zufolge 97% aller Strafverfahren mit einer Verurteilung (S. 326ff). Aber: „*Die Gewaltkette von unverantwortlichen oder prügelnden Polizisten über brutale Ermittler und abhängige Richter bis hin zum Straflager bietet durchaus eine Reihe von Ansatzpunkten für gewaltfreie Aktion*“, führt der Autor aus: So wurde 2012 eine Kampagne gestartet, die Einhaltung einer in einem neuen Polizeigesetz festgeschriebenen Identifikationspflicht von PolizistInnen zu überprüfen. Es wurden ein „Monat gegen die Anonymität der Polizisten“ und ein „Tag der Überprüfung der Polizeiwachen“ organisiert (S. 328). Auf Demonstrationen wird versucht, die PolizistInnen anzusprechen und für die Ziele der Protestierenden zu gewinnen. Und es gab eine Aktion, die versuchte, den Apparat zu überlasten, indem sich Protestierende bei den Polizeitransportern anstellten, um mitgenommen zu werden. Während der Untersuchungshaft sind Angeklagte in Hungerstreik getreten und während der Verfahren selbst wird versucht, Medienöffentlichkeit herzustellen. Dennoch seien solche Aktionen bislang zu rar und nur wenige AktivistInnen spezialisierten sich auf diese Form des Schutzes von Protestierenden.

5.4 Internationale Unterstützung

Wie auch in anderen Ländern, werden die DemonstrantInnen vom Regime beschuldigt, aus dem Ausland finanziert zu werden. „*Bereits nach den ersten Großdemonstrationen am 10. Dezember 2011 deutete Putin an, die Proteste seien vom US-amerikanischen State Department finanziert und er wisse, dass Studenten da sogar ein wenig bezahlt wurden (was ja ganz in Ordnung ist, sollen sie, dann verdienen die jungen Leute wenigstens etwas)*‘. Die durchaus typische Anschuldigung entbehrte nicht der Ironie, da die Bezahlung von Teilnehmern ja gerade auf Pro-Putin-Demonstrationen praktiziert wird ... ‚Ich bin gratis hier‘ und ‚Hillary, where’s my money?‘, gehörten zu den Rennern unter den Slogans der nächsten Wochen.“ (S. 67) Dazu passt, dass sich seit Juli 2012 in Russland Organisationen, die Fördergelder aus dem Ausland erhalten und politische Arbeit tun, als „ausländische Agenten“ registrieren müssen.

Dabei ist das Interesse an den Vorgängen in Russland im westlichen Ausland nach Einschätzung des Autors bestenfalls mittelmäßig. Über die ersten Massenproteste im Dezember 2011 wurde noch recht viel berichtet, über die Proteste im Mai 2012 hingegen nur wenig. Gabowitsch beschreibt, wie die Beziehungen zum Ausland von gegenseitigen Vorurteilen geprägt sind. Vielen

Menschen in Russland scheint der Westen ein „*geeintes Subjekt*“ zu sein, „*welches ihr Land durch direkte Einflussnahme schwächen und abhängig machen will*“, während umgekehrt die Einflussmöglichkeiten des Westens auf Russland überschätzt werden und sich das Vorurteil hält, dass „*Demokratisierung gleichbedeutend mit einer prowestlichen Einstellung*“ sei (S. 335).

5.5 „Zwischenbilanz“

Gabowitsch beginnt sein letztes, kurzes Kapitel unter der Überschrift „Zwischenbilanz“ mit den Sätzen: „*Das System Putin ist nicht kaputt, es erscheint aber nur noch wenigen unkaputtbar. Schon die ersten großen Demonstrationen des Winters 2011/12 machten mit ihrer heiteren, karnevalesken Atmosphäre Putin das Monopol auf politische Ironie streitig und räumten den Weg für die Erneuerung einer öffentlichen Politik frei*“ (S. 362). Von besonderer Bedeutung scheint dem Autor, dass die Bewegung „neue Gefühls- und Erkenntnisräume“ auf der Straße wie im Internet schuf, und dass es dieser Prozess der gesellschaftlichen Selbsterkenntnis sei, der viel wesentlicher als die kurzfristigen Auswirkungen der Bewegung auf das politische System sei (S. 371).

Das Buch – das übrigens demnächst auch auf Englisch erscheinen wird – ist eine faszinierende Darstellung der Innensicht der russischen Protestkultur. Es verbindet eine Kenntnis, die wohl nur jemand gewinnen kann, der selbst dem Land entstammt, mit der kritisch-distanzierten Sicht eines Wissenschaftlers. Der Autor holt die deutschen LeserInnen da ab, wo sie in Bezug auf ihre Kenntnis bzw. Unkenntnis der Situation in Russland stehen, und weckt Verständnis für die Komplexität und Widersprüche in der russischen Zivilgesellschaft. Das Buch sei allen wärmstens empfohlen, die Interesse an Russland und / oder an Protestbewegungen haben.

Quelle

Gabowitsch, Mischa (2013) Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur. Berlin: Edition Suhrkamp, 441 S., ISBN 978-3-518-12661-5, 16,00 €

Der Autor unterhält eine eigene mehrsprachige Internetseite: www.gabowitsch.net

6. Die Rolle der Unterstützung von außen

Outi Arajärvi

Bernhard Hillenkamp

Björn Kunter

Schulamith Weil

Mit Christine Schweitzer

Es gibt vielfältige Formen der Unterstützung von AktivistInnen, die unter Repression leiden. Vieles davon wird unter das Stichwort der Solidaritätsarbeit gefasst. Andere sehen solche Unterstützung als Teil der Zivilen Konfliktbearbeitung – Empowerment ist hier ein wichtiges Stichwort. Und dann gibt es noch Ansätze, die sich speziell auf den Schutz von AktivistInnen konzentrieren. Amnesty International ist da ein Beispiel, das internationalen Schutz für politische Gefangene organisiert. Oder Peace Brigades International, das durch Schutzbegleitung erreichen will, dass AktivistInnen den Raum haben, ihre Arbeit in Sicherheit fortzusetzen.

Diese Frage der Unterstützung von außen war das Thema auf dem Abschlussplenum der Tagung. Bernhard Hillenkamp vom *forumZFD*, Schulamith Weil von der KURVE Wustrow, Outi Arajärvi in ihrer Eigenschaft als Mitglied im internationalen Rat von Nonviolent Peaceforce und Björn Kunter vom BSV diskutierten diese Fragen; moderiert wurde die Diskussion von Christine Schweitzer.

Das **Forum Ziviler Friedensdienst** (*forumZFD*) führt Projekte des Zivilen Friedensdienstes in Nahost, auf dem westlichen Balkan und auf den Philippinen durch. Dazu gehören die Aufklärung über die Entstehung und die Konsequenzen gewaltsamer Konflikte, der Aufbau von Dialog zwischen den Konfliktparteien, die Förderung der Zivilgesellschaft und die Reintegration von Flüchtlingen und ehemaligen Kämpfern. Auch in Deutschland hat das *forumZFD* Projekte des Zivilen Friedensdienstes. Das Forum entsendet in der Regel keine Fachkräfte in Partnerorganisationen, sondern die Teams des *forumZFD* arbeiten als „externe“ Fachkräfte mit einer eigenen Bürostruktur mit lokalen Partnerorganisationen in den Einsatzgebieten auf Augenhöhe zusammen; auch, um Allparteilichkeit zu demonstrieren und auf beiden Seiten des Konflikt präsent zu sein.

Die **KURVE Wustrow** entsendet Friedensfachkräfte im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes, u.a. nach Nepal, in den westlichen Balkan und nach Palästina/Israel. Um die Partnerschaft auf Augenhöhe zu unterstützen und Projekte am von den lokalen Akteuren formulierten Bedarf auszurichten, bevorzugt die KURVE Wustrow die Entsendung von Fachkräften in Partnerorganisationen. Das neue ZFD Programm in Israel/Palästina soll den gewaltfreien Widerstand gegen die Besatzung direkt unterstützen, durch Beratung, regionalen und internationalen Austausch und Trainings. In diesem Feld sind AktivistInnen hauptsächlich in „Popular Struggle Committees“, d.h. in ehrenamtlichen Strukturen organisiert, nicht in NGOs, die bisher gewohnte Partnerorganisationen waren. Daher hat die KURVE Wustrow in Palästina nun ein eigenes Kooperations- und Koordinationsbüro eingerichtet, das eine enge Zusammenarbeit mit den AktivistInnen und ihren Organisationsformen ermöglicht, ohne sie strukturell mit den Erfordernissen eines ZFD-Projektes zu überfordern. Dem Prinzip, alle Projekte gemeinsam mit den Lokalen zu planen und durchzuführen, will sie dabei treu bleiben.

Mit einer Frauenorganisation in Israel ist ein Projekt geplant, das den Aufbau eines Unterstützungssystems für gewaltfreie AktivistInnen sowohl in Israel als auch in den palästinensischen besetzten Gebieten zum Ziel hat.

Das diese Neuausrichtung des ZFD-Programms für Israel/Palästina in politisch heißeres Terrain führt, als die bisherigen Projekte, die mehr den Aufbau einer gewaltfreien Zivilgesellschaft innerhalb Palästinas zum Ziel hatten, ist jetzt schon spürbar.

Einer der neuen Partner, ein sehr konsequent und überzeugt gewaltfreier Aktivist in Hebron wird aktuell massiv bedroht, die KURVE Wustrow versucht seinen Schutz unter anderem dadurch zu verbessern, dass sie seine öffentliche Anerkennung als Menschenrechtsaktivist unterstützt.

Nonviolent Peaceforce (NP) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die inzwischen seit zehn Jahren im Feld aktiv ist und Projekte in Sri Lanka, Guatemala, den Philippinen, dem Südsudan und dem westlichen Kaukasus betrieb bzw. noch betreibt. Seinen Ansatz bezeichnet NP als „ziviles Peacekeeping“. NP entsendet geschulte unbewaffnete internationale und aus dem jeweiligen Land stammende BeobachterInnen bzw. Friedensfachkräfte in Konfliktgebiete, die dort mit mehreren Teams eine Präsenz mit eigenen Büros aufbauen und durch verschiedene Vorgehensweise Gewalt zu verhindern und ZivilistInnen zu schützen suchen. Dazu gehört z.B. der Aufbau von Frühwarnsystemen, Förderung von Dialog zwischen Konfliktparteien vor Ort und Trainings in Menschenrechtsschutz und dergleichen.

Der **Bund für Soziale Verteidigung** unterstützt seit etlichen Jahren die Arbeit von Bürgerrechtsgruppen in Belarus (Weißrussland). Diese Unterstützung bedeutet in erster Linie, dass der BSV der Mittler zu westlichen Geldgebern ist (belarussische Organisationen dürfen nach Landesgesetz keine ausländischen Mittel empfangen). Daneben war und ist der BSV involviert in die strategische Planung seiner Partner und in die Evaluation von Projekten. Da die zuständigen MitarbeiterInnen sehr schnell Einreiseverbot nach Belarus erhielten, findet diese Arbeit vorwiegend über Treffen im Ausland und Skype / Email statt.

5.1 Grenzen der Solidarität

Das Forum Ziviler Friedensdienst vertritt wie Nonviolent Peaceforce den Anspruch, „allparteilich“ zu sein. Das bedeutet, wie die DiskutantInnen hervorhoben, keine Geringschätzung der Anliegen und Ziele der Partnerorganisationen. Es geht um die Förderung ihrer Arbeit, aber insofern aus einer Position der Distanz heraus, als dass nicht Partei für eine Seite ergriffen wird – die Kurve spricht von Parteilichkeit für die Menschenrechte und für die Zivile Gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Allein der BSV sieht seine Arbeit in Belarus als unterstützende Solidaritätsarbeit.

Welche Schwierigkeiten eine solche Position der Unparteilichkeit in der Praxis bedeutet, skizzierte Outi Arajärvi am Beispiel der Nonviolent Peaceforce (NP). Im Südkaukasus hat die Organisation ein Projekt begonnen, das ursprünglich beabsichtigte, sowohl in Georgien wie in den beiden von Georgien abgespaltenen Ländern Süd-Ossetien und Abchasien zu arbeiten. Die georgische Position zu dem Konflikt ist die, dass eine Wiederangliederung angestrebt wird, und NROs, die in den „abtrünnigen Provinzen“ arbeiten wollen, benötigen eine Sondererlaubnis und müssen nachweisen, dass ihre Arbeit nicht die Unabhängigkeit der Provinzen befördert. Umgekehrt stehen aus der Sicht der Regierungen in Süd-Ossetien und Abchasien alle NROs, die auch in Georgien arbeiten, unter Verdacht, eine Wiederangliederung unterstützen zu wollen, weshalb z.B. Treffen in der Regel nur in einem internationalen, alle Länder des südlichen Kaukasus umfassenden Format stattfinden können, aber nicht Treffen z.B. ausschließlich zwischen Georgien und Abchasien sein dürfen.

In Mindanao (Philippinen) hatte NP ein anderes Problem, nämlich deutlich zu machen, dass es keine US-amerikanische Organisation ist, obwohl sich eines seiner internationalen Büros in den USA befindet. Die USA sind in der Sicht der ausländischen muslimischen Organisationen Handlanger der philippinischen Regierung, die sie bei der „Terrorbekämpfung“ unterstützen. So musste NP z.B. darauf verzichten, bei ihrer Arbeit auf der Insel Mindanao MitarbeiterInnen aus den USA einzusetzen.

Eine ähnliche Erfahrung wie NP im Südkaukasus machten das *forumZFD* und die KURVE Wustrow in Palästina/Israel. Dort steht unparteiliche Arbeit nach vielen schlechten Erfahrungen mit internationalen „Dialog-Veranstaltungen“ unter dem Generalverdacht, den Status Quo der Besatzung zur „Normalität“ zu machen. Die DiskutantInnen sprachen von einer „Anti-Normalisierungsbewegung“.

5.2 Verhältnis zu Gewaltfreiheit

Eine weitere Frage, die sich oftmals bei der Unterstützung von außen stellt, ist die der Gewaltfreiheit. Alle Organisationen auf dem Podium verstanden sich als Organisationen, die ausschließ-

lich gewaltfreie Mittel der Konfliktbearbeitung befürworten. Sie wurden gefragt, ob sie in ihrer Arbeit Situationen erlebt hatten, in denen ihre Partner sich entweder – wie im Extremfall Syrien– bewaffnetem Kampf zuwandten, oder Gewalt in der politischen Auseinandersetzung zumindest nicht ausschlossen, oder die sog. Internationale Gemeinschaft zu gewaltsamen Eingreifen aufrief?

Alle Organisationen verwiesen zu dieser Frage darauf, dass sie bei der Auswahl ihrer Partner die Frage des Verhältnisses zur Gewalt mit berücksichtigten. In Kontexten, wo die vorherrschende Form des Konfliktaustrags die des bewaffneten Kampfes ist (wie auf Mindanao und zu einem gewissen Maß auch in Palästina), kann von den Partnern allerdings kein grundsätzliches Bekenntnis zu Gewaltfreiheit im Sinne einer öffentlichen Ablehnung des bewaffneten Kampfes erwartet werden. Maßstab ist hier eher, welche Methoden die jeweilige Organisation selbst einsetzt, und ob sie für sich auf Gewalt verzichtet. Eine besondere Bedeutung kommt dabei gerade in Post-Konfliktgebieten der Arbeit mit ehemaligen Gewaltakteuren zu, mit denen man vor Ort zusammenarbeiten muss und will. Outi Arajärvi berichtete dabei von einem Gespräch mit einem Offizier der philippinischen Armee, der die Hilfe der Nonviolent Peaceforce anforderte, weil seine Soldaten nur Gewalt könnten und erst lernen müssen, sich dem Waffenstillstand entsprechend zu verhalten.

5.3 Kann internationale Unterstützung auch Schaden anrichten?

In manchen Fällen ist Unterstützung von außen nicht nur eine Hilfe, sondern kann auch Probleme schaffen. So wurde z.B. der Bewegung Otpor, die den Sturz von Milosevic 2000 herbeiführte, nachträglich vorgeworfen, dass sie vom Ausland gesteuert sei, weil sie Mittel aus US-Stiftungen bezogen hatte. Ähnliche Vorwürfe gibt es auch in vielen anderen Kontexten. Und eine wachsende Zahl von Ländern versucht, über Gesetzesregelungen die Unterstützung aus dem Ausland zu kontrollieren oder unmöglich zu machen. Das Beispiel Russlands, wo Organisationen, die Mittel aus dem Ausland empfangen, sich als „ausländische Agenten“ registrieren lassen müssen, ist ein Beispiel, das gerade jüngst durch die Presse ging. Aber eine ähnliche Situation gibt es auch in vielen anderen Ländern.

In Ägypten führten Staatsvorwürfe gegen Entwicklungshilfe dazu, dass Ägypten als Einsatzort für den Zivilen Friedensdienst ausschied.

Der BSV konnte auch aus seinen Erfahrungen in Belarus viel zu diesem Thema beitragen: Internationale Unterstützung für Menschenrechtsgruppen ist in Belarus illegal und erhöht somit das Risiko strafrechtlicher Verfolgung. Zudem schadet ihr Bekanntwerden dem Ansehen der unterstützten NRO in der Bevölkerung. Aus diesem Grund verzichteten z.B. Geldgeber auf das Anbringen ihrer Logos bei Projekten (worauf man sonst gewöhnlich besteht). In schriftlichen Darstellungen über Projekte wird sich i.d.R. nur sehr zurückhaltend zu Geldflüssen geäußert.

5.4 Übersicht über die verschiedenen Ansätze

	NP	forumZFD	Kurve	BSV
Partnerbeziehung	Eigene field offices Nur auf lokale Anforderung	Eigene field offices. FFK wird nicht in die Organisationen entsandt, sondern ist extern, um besser allparteilich zu agieren.	Präferiert Partnermodell ZFDler und lokaler Counterpart im Büro der Partnerorganisation, im neuen Palästina-Programm auch partnerschaftliche Projekte mit kleineren Initiativen vom eigenen KURVE-Kooperationsbüro	Keine permanente Präsenz im Land. BSV eher Diener als Partner (Demut gewünscht) (Partner in Konflikten)

	NP	forumZFD	Kurve	BSV
Methode	Entsendung	(externe) Entsendung im ZFD, Finanzierung von Projektaktivitäten, die durch die FK erarbeitet, begleitet wurde	Entsendung im ZFD	Mittelbeschaffung und Beratung
Unparteilichkeit	allparteilich Beziehung mit allen	allparteilich	allparteilich	In Bezug auf Belarus parteiische Unterstützung des Partners
Externe Einmischung als Problem	Wird als Frage bei der Prüfung möglicher Projekte berücksichtigt	Staatsvorwürfe gegen Entwicklungshilfe führten dazu, dass Ägypten als Einsatzort ausschied Anti-Normalisierungsbewegung in Palästina Strategische Gewaltfreiheit (Förderung von colour revolutions???) wird als Problem wahrgenommen	Palästina: früher war Gewaltfreiheit stigmatisiert, heute als „popular Struggle“ anerkannte Strategie	Internationale Unterstützung kann den Unterstützten schaden; deshalb Vorsichtsmaßnahmen.
Ausschlusskriterium Gewaltfreiheit	Lokale Partner allenfalls überzeugt, „jetzt“ keine Gewalt anzuwenden.	- gemeinsame Zielformulierung - auch Gewaltakteure als Zielgruppe (spoiler) möglich,	Solidarität mit „ähnlichen“ (Bewegungs-) Akteuren. Neues Projekt in Palästina deshalb auch Bewegungsakteure statt NGOs	Gemeinsame Wertvorstellungen zur Gewaltfreiheit. BSV glaubwürdig durch gelebte Gewaltfreiheit z.B. beim Cas-tor-Widerstand

7. Die Rolle von Schutzbegleitung

Christine Schweitzer

Zu wissen, dass man nicht allein ist, ist ein grundlegender psychologischer Faktor, der hilft, mit Angst umzugehen. Er wird zu einem effektiven Instrument, wenn diejenigen, die einen begleiten, die Fähigkeit haben, das Risiko, dem man ausgesetzt bist, zu reduzieren. Obwohl oft in Zahlen eine gewisse Stärke liegt – 1.000 DemonstrantInnen werden weniger wahrscheinlich festgenommen als 50, denn 1.000 könnten die Kapazität derjenigen, die die Festnahmen vornehmen, übersteigen, und zu größerer öffentlicher Aufmerksamkeit führen –, fordert Schutzbegleitung gewöhnlich mehr, als nur die Zahlen zu erhöhen.

7.1 Definition

„Schutzbegleitung“ hat eine enge und eine weite Bedeutung. Im engen Sinne beschreibt sie die physische Anwesenheit einer Begleiterin oder eines Begleiters als (unbewaffneten) 'Bodyguard', Präsenz in Büros von AktivistInnen, die Beobachtung von Demonstrationen und anderen Protesten oder eine vorbeugende Präsenz in bedrohten Dörfern mit der Absicht, gewaltsame Angriffe oder Polizeiübergreifungen dadurch abzuhalten, dass die/der BegleiterIn die Tat beobachten und reagieren würde.⁴²

In einem weiteren Sinne wird der Begriff 'Schutzbegleitung' beinahe synonym damit gebraucht, was sonst unter 'Solidaritätsarbeit' läuft.

In Widerspruch zu der üblichen Definition von Schutzbegleitung, wie sie zum Beispiel in Mahonys und Egurens klassischer Studie „Unarmed Bodyguards“⁴³ gegeben wird, soll hier von Anfang an betont werden, dass es nicht nur Internationale sind, die Schutzbegleitung anbieten, sondern es oft – und wahrscheinlich viel gewöhnlicher – MitbürgerInnen sind, die solchen Schutz bieten.

7.2 Wie Schutzbegleitung funktioniert

Aus dem Blickwinkel des/der AktivistIn, die/der einer Bedrohung ausgesetzt ist, kommt die Begleitung unter „Kapazität“ in die Formel für Risiko, die in vielen Handbüchern und Kursen über Sicherheit zu finden ist:

$\text{Risiko} = \frac{\text{Bedrohung} \times \text{Verwundbarkeit}}{\text{Kapazität}^{44}}$

Falls die Begleitung dem gleichen Maß an Risiko ausgesetzt ist wie der/die Begleitete, dann erhöht sie in der Tat nur die Zahlen. Aber BegleiterInnen werden effektiver, sofern sie Einfluss haben, das Verhalten jener zu beeinflussen, von denen die Drohung ausgeht (z.B. Polizei, Paramilitärs, feindliche Mobs, Todesschwadronen etc.) Verschiedene Quellen solchen Einflusses oder Macht können unterschieden werden:

Eine respektierte Persönlichkeit zu sein aufgrund von Beruf, Alter, Mitgliedschaft in einer bestimmten Gruppe (z.B. religiösen Orden oder der führenden politischen Partei), das Vertrauen

⁴² Patrick Coy nennt das den „Straßenkontext“. Siehe Coy, Patrick G. (1997) Protecting Human Rights: The Dynamics of International Nonviolent Accompaniment by Peace Brigades International in Sri Lanka. UMI Dissertation Services, p. 25.

⁴³ „... physische Präsenz von ausländischen Freiwilligen mit dem doppelten Zweck, zivile AktivistInnen oder Organisationen von gewaltsamen, politisch motivierten Angriffen abzuhalten, und sie zu ermutigen, mit ihren demokratischen Aktivitäten fortzufahren“. (Mahony, Liam und Eguren, Luis Enrique (1997) Unarmed Bodyguards. International Accompaniment for the Protection of Human Rights. West Hartford: Kumarian Press, S. 2, Übersetzung: Autorin)

⁴⁴ Siehe zum Beispiel Eguren, Quique (2006) Protection Manual for Human Rights Defenders, Hrsg.: Front Line, S. 20

der Gemeinschaft zu genießen, eine religiöse oder politische Führungsrolle innezuhaben usw. Dies ist eines der Instrumente, das einheimische SchutzbegleiterInnen am häufigsten einsetzen können. Zum Beispiel waren es in Sri Lanka oftmals katholische Bischöfe, die halfen, MenschenrechtsverteidigerInnen zu beschützen. In vielen Ländern, besonders in ländlichen Gebieten, sind es Älteste, die eine solche Rolle spielen.

Respektiert zu werden, weil man ein/e privilegierte/r AusländerIn ist. Das funktioniert in jenen Ländern, wo AusländerInnen – oder bestimmte Kategorien von AusländerInnen, besonders solche weißer Hautfarbe – höheres Prestige als durchschnittliche Einheimische genießen. Dies ist die Idee, auf der die meisten älteren Friedensteam-Organisationen fußen.⁴⁵ Doch oft ist dieses Macht-durch-Privileg-Prinzip ein Erbe der Kolonialzeit oder Resultat gegenwärtiger Weltmacht-politik, und hat daher den Beigeschmack der Ausnutzung von Rassismus und Herrschaft – eine Tatsache, der sich die meisten Friedensteam-Organisationen schmerzhaft bewusst sind.

Einfluss durch Vertrauen, das man durch Arbeit in der Gemeinschaft oder der Region gewonnen hat, z.B. wenn man Mitglied einer bekannten humanitären Organisation oder einer zivilen Peacekeeping-Mission ist. Die NRO Nonviolent Peaceforce hat festgestellt, dass dies einer der Hauptfaktoren für ihre Wirksamkeit beim Schutz von Zivilbevölkerung ist. Nonviolent Peaceforce setzt mindestens genauso viele Friedensfachkräfte aus dem globalen Süden wie aus dem Norden ein, und musste deshalb ihren Einfluss auf andere Elemente als die zuvor genannten Friedensteams aufbauen. Sie fand heraus, dass es der Aufbau von Vertrauen in den Gemeinschaften ist, der den Unterschied ausmacht.

Gefürchtet zu werden, weil man Instrumente zur Hand hat, einem Angriff unmittelbar zu begegnen. Die offensichtlichste Kategorie hier sind natürlich bewaffnete Bodyguards, Polizei oder Militär. Aber auch unbewaffnete Zivilpersonen mögen solche Instrumente zur Verfügung haben:

1. Das bekannteste ist die Fähigkeit, den Preis eines Angriffs dadurch in die Höhe zu treiben, das man internationalen Druck organisiert. Das ist, was die TheoretikerInnen von Peace Brigades International die 'Macht der Abschreckung' nennen.⁴⁶ Alarmnetzwerke von Leuten, die bereit stehen, Protestbriefe an eine Regierung zu schreiben, Botschaften und einflussreiche internationale PolitikerInnen zu mobilisieren, und natürlich der Einsatz internationaler Medien sind Werkzeuge für diesen Zweck.

2. 'Blaming und shaming' im persönlichen Kontext der potentieller Täter. Das tut zum Beispiel die weißrussische Organisation "Unser Haus", indem sie Briefe an NachbarInnen und KollegInnen von BeamtInnen schreibt, die sich Übergriffe auf AktivistInnen erlaubt haben. Das hat sich als sehr effektiv dabei erwiesen, das Verhalten der BeamtInnen zu ändern. (Siehe den Artikel von Sarah Roßa in diesem Papier.).

Selbstverständlich schließen sich diese Eigenschaften und Fähigkeiten nicht aus – oft werden zwei, drei oder sogar alle vier miteinander in einer Person oder Gruppe vereint.

7.3 Ein paar Beispiele

1. Schutz durch MitbürgerInnen

Ein Beispiel ist die erwähnte weißrussische NRO Unser Haus. Ein anderes sind einige wenige lokale NROs und Dachorganisationen (z.B. Bantay Ceasefire) in Mindanao / Philippinen, die unbewaffnetes ziviles Peacekeeping bei der Überwachung eines Waffenstillstands zwischen der philippinischen Regierung und Moro Rebellen auf der Insel lange vor dem Eintreffen von Nonviolent Peaceforce auf der Insel einsetzten.

2. Längerfristige schützende Anwesenheit durch internationale oder nationale Friedensteam- oder Peacekeeping Organisationen, um Gemeinschaften zu beschützen.

⁴⁵ Es gibt eine Reihe solcher Friedensteam-Organisationen: Peace Brigades International mit den vom PBI abgespaltenen Gruppen Front Line und Protection International, Witness for Peace, Christian Peacemaker Teams, und viele andere, darunter auch solche, für die Schutzbegleitung etwas ist, das nur gelegentlich organisiert wird, wie z.B. vom Internationalen Versöhnungsbund und Pax Christi.

⁴⁶ Mahony & Eguren 1997 a.a.O

Die erwähnte Nonviolent Peaceforce tut dies u.a. in den Philippinen und im Süd-Sudan. Sie setzt zu diesem Zweck gemischte nationale-internationale Teams in betroffenen Gemeinden ein. Durch eine große Bandbreite von Aktivitäten, die von sichtbarer Präsenz und Beobachtung bis zu 'guten Diensten' für Dialog, dem Aufbau von Frühwarnsystemen bis hin zu schnellen Interventionen reichen, sofern akute Gewalt droht, ist sie recht erfolgreich darin, ZivilistInnen in den Orten, wo sie arbeitet, zu beschützen.

3. Unbewaffnete 'Bodyguards'

Das sicher 'klassische' Beispiel ist die manchmal rund-um-die-Uhr organisierte Schutzbegleitung von MenschenrechtsverteidigerInnen, die von Todesschwadronen oder Polizei bedroht werden, durch die Freiwilligen von Peace Brigades International in einer Reihe von Ländern, vor allem in Lateinamerika. Es ist noch nie ein/e AktivistIn getötet worden, während PBI sie oder ihn begleitete – oftmals in einem Umfeld, wo solche Morde ansonsten häufig passieren, was die Wirksamkeit von PBIs (sorgfältig geplanten und durchgeführten) Aktivitäten zeigt.

4. Kurzfristige Besuche von internationalen Delegationen

Besonders in Lateinamerika haben ein paar Friedensorganisationen aus den USA diese Methode entwickelt, die beinahe zu einer Tradition der Entsendung von Delegationen in Orte wurde, wo Menschenrechtsverteidiger in Gefahr sind. Witness for Peace und Christian Peacemaker Teams sind zwei Beispiele.

5. Begleitung aus der Ferne durch internationale Organisationen

Eine Mitgliedsorganisation der War Resisters' International, die schwul-lesbische Gruppe GALZ in Zimbabwe, hat sich wiederholt Polizeiübergriffen und Festnahme von führenden AktivistInnen ausgesetzt gesehen. Das Büro der WRI ist in regelmäßigem Kontakt mit ihnen und informiert bei Bedarf sein Netzwerk von Mitgliedsorganisationen mit der Bitte, Protest- oder Solidaritätsbriefe etc. zu senden. Ein anderes bekanntes Beispiel für diese Art von Arbeit ist natürlich Amnesty International mit seinen Gefangenen-Kampagnen.

7.4 Fähigkeiten und Grenzen von Schutzbegleitung

Schutzbegleitung hat ohne Zweifel das Leben von vielen AktivistInnen gerettet und ihnen ermöglicht, ihre Arbeit fortzusetzen. Doch wie mit allen gewaltfreien Aktivitäten darf auch bei Schutzbegleitung nicht angenommen werden, dass sie allmächtig ist. Sie kann auch versagen und hat es getan. Ein bekanntes Beispiel ist die kolumbianische Friedensgemeinde San José de Apartadó, die trotz der ständigen Anwesenheit von Internationalen aus mehr als einer Organisation wiederholt Angriffen und Morden ausgesetzt war. Illegale Festnahmen, Folter und Morde passieren in vielen Ländern trotz versuchter 'Begleitung aus der Ferne'. Daher ist es immer notwendig, eine sorgfältige Risikoanalyse zu erstellen, bevor man irgendeiner Form von Schutzbegleitung ins Auge fasst. Eine Strategie, die in einem Kontext funktioniert, könnte versagen oder sogar kontraproduktiv in einem anderen Kontext sein, weil die BegleiterInnen nicht die gleichen Quellen von Einfluss und Macht zur Verfügung haben. Oder einfach, weil die Interessen der Täter an ihrer illegalen Aktivität so stark sind, dass sie bereit sind, den Preis zu zahlen.

Nachdem ich dieses gesagt habe, möchte ich den Artikel so schließen wie ich ihn begonnen habe: Selbst in solchen Fällen, wo die BegleiterInnen keinen extra Einfluss oder Macht haben, ist das simple Wissen, dass es Leute gibt, die das Geschehen nicht gleichgültig lässt, dass man nicht vergessen sein wird, und dass sich die Familienangehörigen auf Unterstützung verlassen können und nicht sich selbst überlassen bleiben, ein wichtiger Faktor bei der Überwindung von Angst.

Der Beitrag erschien erstmalig in dem von den War Resisters' International herausgegebenen „Broken Rifle“, Nr. 34.

8. Neue Einblicke in gewaltfreien Widerstand und Soziale Verteidigung

Christine Schweitzer

Wenn wir in den siebziger oder achtziger Jahren Soziale Verteidigung als Alternative zu militärischer Verteidigung („Was tun, wenn die Russen kommen?“) oder als Konzept des zivilen Widerstands gegen Staatsstriche und gesellschaftliche Missstände bekannt machten, dann argumentierten wir stets mit Beispielen gewaltfreien Widerstands aus der Geschichte. Der Kapp-Putsch 1920, der Ruhrkampf 1923, die von Gandhi geführte indische Unabhängigkeitsbewegung, der Widerstand in Dänemark und Norwegen während des 2. Weltkriegs und Prag 1968 waren die Beispiele, die sich in praktisch allen Publikationen aus jener Zeit finden.⁴⁷ Manche von uns betonten, dass es streng genommen keine Beispiele für Soziale Verteidigung waren, weil es sich nicht um langfristig geplante und von der Regierung eingeführte Fälle handelte. Andere sahen Soziale Verteidigung sowieso als etwas, das von der Bevölkerung (der Begriff der „Zivilgesellschaft“ wurde erst später eingeführt) gegen die Regierenden durchgesetzt werden müsste und argumentierten auch, dass kein wirklicher Unterschied zwischen gewaltfreiem Aufstand und Sozialer Verteidigung bestehe.⁴⁸

Mit den Umbrüchen 1989 verschwand in Westeuropa die Angst vor einem militärischen Angriff – und damit auch die Notwendigkeit, das Konzept der Sozialen Verteidigung in friedenspolitischen Debatten als Alternative in den Vordergrund zu stellen. Die letzte Veranstaltung des Bund für Soziale Verteidigung (BSV) zu dem Thema fand 2005 statt.⁴⁹ Die FriedensforscherInnen, die sich zuvor mit Sozialer Verteidigung beschäftigt hatten, wandten sich in ihrer Mehrheit entweder gewaltfreien Aufständen oder gewaltfreien Formen der Intervention in Konflikte anderenorts zu.⁵⁰

In den letzten acht Jahren sind mehrere Publikationen⁵¹ erschienen, die sich mit dem Thema zivilen Widerstands anhand des Vergleichs von gewaltfreien Aufständen befassen und versuchen, die Faktoren und Bedingungen herauszuarbeiten, die zu Erfolg (oder Versagen) solchen Widerstands beitragen.⁵² Und es gibt eine Datenbank, „Nonviolent and Violent campaigns and Outcomes (NAVCO 1.0)“, die 106 Fälle von Kämpfen verschiedener Art aus der Zeit zwischen 1900 und 2006 enthält, darunter 21 Kämpfe für Selbstbestimmung.⁵³

⁴⁷ Siehe z.B. Boserup 1980, Burrowes 1996, Ebert 1981 b und c, Jochheim 1988, King-Hall 1958, Müller 1995, Roberts 1967 und Sharp 1985.

⁴⁸ Siehe Reader zum Bundeskongress (1988) „Ohne Waffen - aber nicht wehrlos“. und seine Dokumentation: Ohne Waffen - aber nicht wehrlos! (1989) Hrsg. vom Bund für Soziale Verteidigung, Minden.

⁴⁹ Siehe Müller, Barbara & Schweitzer, Christine (Hrsg.) 2006.

⁵⁰ Adam Roberts, April Carter und Gene Sharp; zu den zweiten Theodor Ebert, Robert Burrowes, Barbara Müller und auch der BSV. Das von Gene Sharp gegründete Institut, die „Albert Einstein Institution“, spielt eine große Rolle bei Trainings und der Vorbereitung von gewaltfreien Aufständen, ebenso wie die aus der serbischen Widerstandsbewegung Otpor heraus gegründete *Centre for Applied NonViolent Action & Strategies* (CANVAS) und das *International Center for Nonviolent Conflict* (ICNC). Unter Anwendung in erster Linie der Lehren von Gene Sharp beraten sie Bewegungen in aller Welt in der Anwendung gewaltfreier Aktion.

⁵¹ Dazu gehören: Bartkowski 2013, Carter 2012, Chenoweth & Stephan 2011, Nepstad 2011, Schock 2005, Roberts & Ash (Hrsg.) 2011.

⁵² Frühere Publikationen zu gewaltfreien Aufständen sind zumeist eher deskriptiv (zum Beispiel Ackerman & Duvall 2000), mit zwei wesentlichen Ausnahmen: Die erste ist die bahnbrechende, 1973 veröffentlichte Studie von Gene Sharp über die „Politik gewaltfreier Aktion“, die auf seine Theorie der Macht, die auf die Philosophen Étienne de la Boétie und David Hume zurückgeht (s. auch Sharp 2005). Alle Macht beruht dieser Theorie zufolge letztlich auf Zustimmung der Regierten, nämlich auf ihrem Gehorsam und ihrer Kooperation. Wenn diese Zustimmung und in Folge Gehorsam und Kooperation entzogen werden, so die Theorie, dann bricht die Basis der Macht zusammen. Diese Sicht auf von Kooperation abhängiger Machtausübung ist bis heute das dominante Erklärungsmuster für die Wirkungsweise zivilen Widerstands, zumindest in der wissenschaftlichen Literatur. Die zweite ist das Buch von Theodor Ebert (1981a) über gewaltfreien Aufstand, das leider nur im deutschsprachigen Raum Verbreitung gefunden hat.

⁵³ Bartkowski 2013:6. Diese Datenbank, auf die sich auch Chenoweth & Stephan beziehen, ist zu finden unter http://www.du.edu/korbel/sie/research/chenow_navco_data.html. Es gibt inzwischen eine Version 2.0. und eine Version 3.0, die ausgewählte Fälle bis 2011 einbezieht.

Neben solchen Untersuchungen über Aufstände ebenfalls bemerkenswert ist eine jüngst erschienene Studie aus dem Institut von Mary B. Anderson (bekannt durch das „Do no Harm“-Konzept). Die Untersuchung basiert auf Daten aus der ersten Hälfte der 2000er Jahre, die in 13 Fallstudien untersucht worden waren. In dieser Arbeit geht es um Dörfer oder ganze Regionen, die sich erfolgreich aus einem sie umgebenden Krieg herausgehalten haben, indem sie mit den Kombattanten einen Status als Unbeteiligte aushandelten und verschiedene Strategien entwickelten, sich (und in manchen Fällen auch bedrohte Nachbarn) im Falle von Besetzung oder durchziehenden bewaffneten Trupps zu schützen.⁵⁴

Interessant dabei ist, dass diese neuen Untersuchungen in vielen Fällen das bestätigen, das schon in früheren Publikationen zu Sozialer Verteidigung, basierend auf der kleinen Anzahl von Fallbeispielen, vermutet und empfohlen wurde. In ein paar anderen Punkten gehen sie deutlich über das hinaus und tragen neue Erkenntnisse darüber bei, wie gewaltfreier oder ziviler Widerstand „funktioniert“. Im folgenden Aufsatz werden diese Forschungsergebnisse zusammengefasst.

8.1 Gewaltfreie Aufstände

Spätestens seit den Aufständen in Nordafrika und anderen arabischen Ländern ab dem Frühjahr 2011 sind massenhafte Proteste von Bürgerinnen und Bürgern mit dem Ziel, eine autoritäre Regierung zu stürzen, in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gelangt. Seit den 1970er Jahren hat die Zahl solcher Aufstände gegen totalitäre oder korrupte Regimes stark zugenommen. Den Anfang machten die Umstürze in Griechenland (1974), Spanien (1975), Portugal (1976), Iran (1977-79) und den Philippinen (1986).⁵⁵ Der Zusammenbruch des sozialistischen Blocks 1989 wurde durch Proteste in den meisten osteuropäischen Ländern eingeleitet. In den 1990er Jahren waren vor allem die Aufstände in den post-sowjetischen Ländern (Georgien 2003, Ukraine 2004 und Kirgisien 2005) sowie in Serbien (2000) bemerkenswert. Jetzt hat die Welle mit den Aufständen 2011 den arabischen Raum erreicht.

Beispiele gewaltfreier Aufstände⁵⁶ gibt es in großer Anzahl – die Studie von Chenoweth und Stephan (2011) zählte z.B. 107 seit 1900.⁵⁷ Allerdings variieren solche Zahlen je nachdem, wie man sie definieren oder fassen will. Wenn das Kriterium ist, dass eine Regierung gestürzt oder ein Regime verändert wird, dann ergibt sich eine andere Liste, als wenn auch Bewegungen wie Gandhis Aktionen zur Erreichung der Unabhängigkeit Indiens von England mit herangezogen werden.

8.2 Beispiel: Der Sturz von Milosevic⁵⁸

Der Sturz des Milosevic-Regimes im Oktober 2000 durch eine gewaltfreie Massenbewegung, die von der Studierenden-Bewegung Otpor angeführt wurde, ist eine Erfolgsgeschichte gewaltfreien Widerstands. Zur Erinnerung: 1991 brach Jugoslawien auseinander, nachdem die beiden westlichen Republiken Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Der folgende Krieg, schwerpunktmäßig 1991 in Kroatien und dann von 1992 bis 1995 in Bosnien-Herzegowina, war eine Mischung aus von lokalen Faktoren getriebenem Bürgerkrieg und gezielter Politik des Milosevic-Regimes, diesen Krieg zu schüren, um möglichst große Teile Bosniens

⁵⁴ Anderson & Wallace 2013.

⁵⁵ Samuel Huntington nannte diese Zeit, in der zahlreiche Staaten sich von autoritärer Herrschaft zu Mehrparteiensystemen wandelten, die „dritte Welle der Demokratisierung“ (Carter 2012:116ff). Carter spricht von einer vierten Welle nach der Jahrhundertwende in den ehemals sowjetischen Ländern und 2010er Jahren im arabisch-nordafrikanischem Raum

⁵⁶ Der Begriff des gewaltfreien Aufstandes ist im deutschsprachigen Raum vor allem durch Theodor Ebert geprägt worden. Andere AutorInnen sprechen in Übernahme eines Begriffes aus den Philippinen von „people power“. Neuere Studien bevorzugen den Begriff des „zivilen Widerstands“ („civil resistance“)(siehe Ebert 1981a).

⁵⁷ Chenoweth & Stephan 2011.

⁵⁸ Dieser Abschnitt zu Otpor wurde in etwas längerer Fassung schon in Schweitzer 2010 publiziert.

und Kroatiens in seinem Einflussbereich zu halten. Er endete nach großem, auch militärischem Druck auf Belgrad durch die UNO und die NATO mit dem Vertrag von Dayton. Drei Jahre später eskalierte der Konflikt im Kosovo, wo bereits ab ca. 1990 ein gewaltfreier Widerstand gegen die serbische Herrschaft stattgefunden hatte. 1999 intervenierte schließlich die NATO mit massiven Luftangriffen auf serbische Stellungen im Kosovo und auf Serbien, bis Milosevic sich mit einem Waffenstillstand einverstanden erklärte, und besetzte nach Kriegsende den Kosovo. Das Regime von Milosevic hatte zwei militärische Niederlagen erlitten und sein Land aufgrund der internationalen Sanktionen in bittere Armut und Isolation gestürzt.

Otpor („Widerstand“) wurde im Herbst 1998 von einer kleinen Gruppe von Studierenden gegründet, die schon in vorherigen Protesten des Winters 1996-97 aktiv gewesen waren.⁵⁹ In die Öffentlichkeit gingen sie im September 1999 mit Demonstrationen in zwanzig Städten, bei denen der Rücktritt von Milosevic gefordert wurde. Die Polizei reagierte mit Gewalt, aber die Proteste wurden fortgesetzt, obwohl die Zahlen vorübergehend abnahmen, als die Opposition einmal mehr, wie schon mehrfach in den zehn Jahren zuvor, sich aufzuspalten begann. Zwischen November 1999 und dem frühen Jahr 2000 entwickelte Otpor eine nationale aber dezentrale Organisation, um zu vermeiden, dass die Sichtbarkeit von AnführerInnen es dem Regime leicht machen würde, den Aufstand zu unterdrücken. Im Mai 2000 gründeten 18 politische Parteien eine neue Koalition, die sich die „Demokratische Opposition Serbiens“ (DOS) nannte.⁶⁰ Im August 2000, als nationale Wahlen bevorstanden, begann Otpor eine Anti-Milosevic-Kampagne mit dem Slogan „Er ist erledigt“. Am Wahltag, dem 24. September, beobachteten mehr als 30.000 Freiwillige rund 10.000 Wahlstationen. Otpor verfolgte die Strategie, zu massenhafter Teilnahme an den Wahlen aufzurufen, und – mit der (begründeten) Vermutung, dass Milosevic versuchen würde, die Wahlen zu fälschen – Beweise für Irregularitäten zu sammeln. Direkt nach den Wahlen erklärten die Oppositionsparteien ihren Kandidaten Vojislav Kostunica zum Sieger, während Milosevic behauptete, dass keine Seite die Mehrheit habe. In Reaktion darauf rief die Opposition zu einem Generalstreik auf, der innerhalb weniger Tage volle Wirkung erzielte. Am 5. Oktober versammelten sich Hunderttausende auf den Straßen Belgrads, stürmten das Parlament und die staatseigenen Radio- und Fernsehstationen. Am 6. Oktober erkannte Milosevic seine Niederlage an.

Otpor erhielt viel internationale Unterstützung – Geld, Trainings (z.B. für WahlbeobachterInnen), Konferenzen und Infomaterialien (z.B. Gene Sharps Buch „From Dictatorship to Democracy“, das ins Serbische übersetzt wurde). Die internationale Unterstützung wurde von Otpor aber in der Zeit des Aufstandes geheim gehalten, weil man fürchtete, dass ihr Bekanntwerden negativ aufgenommen würde. Die Regierung versuchte sowieso immer, jede Opposition als fremdgesteuert zu diffamieren. Selbst als nach dem erfolgreichen Sturz von Milosevic die Unterstützung bekannt wurde, kam es zu negativen Reaktionen, und besonders für manche Linke gelten Otpor (und andere osteuropäische Aufständler) bis heute als Marionetten der USA.⁶¹

Um die Rolle und Bedeutung der internationalen Unterstützung bewerten zu können, muss man fragen, warum die Bewegung 2000 Erfolg hatte und was sie von früheren Versuchen in den 1990er Jahren unterschied, die Regierung zu stürzen.

⁵⁹ Proteste gegen das Milosevic-Regime hatte es während der gesamten 1990er Jahre gegeben, zumeist angeführt von Oppositionsparteien und Studierenden. Unabhängige Medien wie das Radio B 92 und Antikriegs- und Frauengruppen wie das Zentrum für Antikriegsaktion und Frauen in Schwarz wurden in dem gesamten Zeitraum von der internationalen Zivilgesellschaft unterstützt. Sie bekamen finanzielle Hilfe, hatten internationale Freiwillige, die mit ihnen arbeiteten, und waren eng mit verschiedenen internationalen Netzwerken verbunden. Es gab auch Trainings, die Strategien gewaltfreier Aktion vorstellten, darunter einige, die der Bund für Soziale Verteidigung ausrichtete (siehe Bund für Soziale Verteidigung 1993, Large n.d.:100).

⁶⁰ Die Beschreibung des Sturzes von Milosevic und Otpors Rolle darinnen basiert auf Vasovic 2000, Popovic 2001, Nenadic and Belcevic 2006, Centre for Applied NonViolent Action & Strategies 2008a and 2008b.

⁶¹ Eine Reihe von linken Websites und Artikel dokumentieren dies, z.B., <http://www.voltairenet.org/article30032.html>, <http://www.antiwar.com/szamuely/pf/p-sz050501.html>. Meyssan, Thierry (2007) Soft and Undercover Coups d'Etats. The Albert Einstein Institution: non-violence according to the CIA, http://venezuelasolidarity.org.uk/ven/web/2007/under_cover_coups.html, Siehe auch http://www.b92.net/eng/news/comments.php?nav_id=42936, eine B92 blog discussion, die sich mit Otpor befasst.

Die größere internationale Unterstützung ist dabei gewiss ein wichtiger Faktor, aber genauso wichtig war die veränderte politische Situation in Serbien nach dem Kosovo-Krieg. Die wirtschaftlich desolate Lage, die Sanktionen und das fortgesetzte Versagen der Regierung, durch Reformen die Situation zu verbessern, die Niederlage in allen Kriegen (Kroatien, Bosnien, Kosovo), die Vereinigung der Oppositionsparteien, eine gute landesweite Koordination und die Gelegenheit, die die Wahlen 2000 boten, waren zusammengekommen wohl die ausschlaggebenden Faktoren. Die Mitglieder von Otpor und andere lokale AktivistInnen sind überzeugt, dass auch ohne diese externe Unterstützung Milosevic gestürzt worden wäre, und dass es der lokale Widerstand war, der den Ausschlag gab.⁶² Ungleich 1996-97 hatte die Bewegung eine klare und einmütige Strategie, und involvierte bewusst große Teile der Gesellschaft in die Protestbewegung. Keiner der beiden Faktoren war in den früheren Jahren gegeben gewesen.

8.3 Erfolgsfaktoren gewaltfreier Aufstände

Es sind in den letzten acht Jahren mehrere Studien erschienen, die sich auf vergleichender wissenschaftlicher Basis mit gewaltfreien Aufständen / zivilem Widerstand befassen und Faktoren herausgearbeitet haben, was solchen Widerstand erfolgreich macht.

Chenoweth und Stephan (2011) identifizierten im Zeitraum zwischen 1900 und 2006 insgesamt 323 gewaltsame und gewaltlose Aufstände. Diese haben nach Nepstad (2011:5f) dieselben Ursachen:

Revolutionäre Bewegungen entstehen, wenn fünf Bedingungen gegeben sind:

1. Weitverbreitete Vorwürfe gegen den Staat, die Zweifel an der Legitimität des Regimes wecken.
2. Nationale Eliten übertragen ihre Solidarität vom Staat auf die Opposition.
3. Menschen müssen über die Ungerechtigkeiten des Regimes so verärgert sein, dass sie bereit sind, zu handeln.
4. Oppositionsgruppen müssen sich auf eine Ideologie der Rebellion einigen, die die Empörung in eine soziale und ideologische Kritik einbettet.
5. Mobilisierende Organisationen sind erforderlich, die mobilisieren und fähig sind, den Aufstand zu koordinieren, zu unterstützen und zu leiten.⁶³

Nepstad unterscheidet zwei Formen von Aufständen. Die erste bezeichnet sie als das „Gandhianische Modell“. Es ist durch sechs Methoden der Entziehung der Unterstützung für das Regime gekennzeichnet, die sie von Gene Sharps Studie über Methoden gewaltfreier Aktion⁶⁴ ableitet:

1. Die Weigerung, anzuerkennen, dass die vom Regime aufgestellten Regeln legitim sind;
2. Mentalität oder Ideologien des Gehorsams in Frage stellen;
3. die Weigerung, Gesetzen zu gehorchen oder mit dem Regime zu kooperieren;
4. dem Regime die materiellen Ressourcen zu entziehen;
5. die Weigerung, eigene Fähigkeiten einzusetzen, um Aktivitäten der Regierung zu unterstützen;
6. die Fähigkeit des Staates zur Sanktionierung zu unterminieren.

Diesem Modell stellt Nepstad (2011) ein zweites Modell, das „Modell Wahlen“ gegenüber. Hier geht es darum, dass AktivistInnen sich anlässlich von manipulierten Wahlen organisieren und versuchen, faire Wahlen zu erreichen.⁶⁵ Dieses Modell wurde erfolgreich in Revolutionen der Farben in Osteuropa angewendet (s. auch das oben dargestellte Beispiel aus Serbien), und beruht auf folgenden Aktivitäten:

- Schaffung einer Oppositions-Koalition über Klassen hinweg.

⁶² Siehe auch Carter 2012.

⁶³ Diese Bedingungen gelten gleichermaßen für gewaltfreie und gewaltsame Aufstände.

⁶⁴ Sharp 1973.

⁶⁵ Dabei bezieht sie sich auf Bunce & Wolchik 2006, S. 6.

- Die Opposition konzentriert sich zunächst auf die Registrierung der WählerInnen und versucht, die Korrektheit von Wählerlisten und damit die Wahlbeteiligung zu erhöhen.
- Hilfe von einheimischen und internationalen WahlbeobachterInnen wird mobilisiert.
- Vorbereitete Pläne für Massenproteste im Falle von Wahlfälschung werden umgesetzt.

Der Vergleich zwischen gewaltsamen und gewaltlosen Aufständen, den Chenoweth & Stephan (2011) anstellten, ergab, dass gewaltlose Aufstände in 53% der Fälle erfolgreich waren, gewaltsame nur in 26%.⁶⁶ Dafür sehen sie zwei Hauptgründe:

1. Verpflichtung der Bewegung auf gewaltfreie Methoden. Gewaltfreies Vorgehen stützte und verstärkte die einheimische und internationale Legitimität dieser Aufstände. Und es ermöglichte einer weit größeren Zahl von Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme an den Protesten, was wiederum den Druck auf die Gegenseite erhöhte und dazu führte, dass Übergriffe von Seiten der Regime den inneren Zusammenhang der Protestierenden stärkte und die politische, ökonomische und – oft entscheidend – die militärische Macht der Regime dadurch schwächte, dass Menschen ihm ihre Unterstützung entzogen. Wo es Bewegungen nicht gelang, die Gewaltlosigkeit aufrechtzuerhalten, scheiterten sie, so betont auch Nepstad.

2. Gewaltsame Repression fiel mit größerer Wahrscheinlichkeit auf das Regime zurück und schadete ihm mehr, als dass sie ihm nützte. (Bei gewaltsamen Aufständen ist eine solche Unterscheidung schwieriger oder gar unmöglich. Syrien, so kann angemerkt werden, ist ein gutes Beispiel dafür.) Die Unterminierung der Sanktionsmacht der Staaten ist besonders für Nepstad der entscheidende Faktor, der über Erfolg und Niederlage von Aufständen entschied; andere Faktoren waren bei erfolgreichen und erfolglosen Bewegungen gleich.

Entscheidend dabei war das Überlaufen und Meutern von Sicherheitskräften. Dies, darin sind sich alle Studien einig, geschieht eher, wenn Protestierende gewaltfrei bleiben und sich gegenüber Militär nicht feindlich zeigen (auch nicht verbal), sondern sie als "Teil von uns" ansprechen. Da, wo Protestierende die Sicherheitskräfte pauschal als Feinde anstatt als potentielle Verbündete ansahen, scheiterten sie mit deutlich größerer Wahrscheinlichkeit.

Weitere wichtige Faktoren, die in der Literatur genannt werden, sind: Loyalität mit dem Regime ethisch oder politisch fragwürdig machen (z.B. indem der Diktator als Betrüger dargestellt wird), die Mobilisierung großer Massen, die Dezentralisierung von Kampagnen (s. das oben stehende Beispiel über Serbien), die Entwicklung von Strategien der Medienkommunikation, Einigkeit in der Führung und Vermeidung von Konflikten in der Bewegung. Unterschiedliche Erfahrungen wurden in Bezug auf die Führung von Bewegungen gemacht. Während die meisten auf dezentrale Führerschaft ohne prominente Galionsfiguren setzten oder solche Führung sich erst nach Erfolg des Aufstandes bildete (Philippinen), spielten bei einigen prominente AnführerInnen eine große Rolle (Indien, Ungarn, Sambia, Ghana, Ägypten 1919)⁶⁷.

All diese Faktoren sind im Kern schon in der alten Literatur über Soziale Verteidigung zu finden.

8.4 Friedenszonen

Die Collaborative of Development Action (CDA), eine von Mary B. Anderson gegründete US-amerikanische Organisation, hat u.a. das Do-no-harm-Konzept und Erfolgskriterien für die Evaluierung von Projekten Ziviler Konfliktbearbeitung entwickelt, auf die sich heute ein Großteil der Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit beziehen. Hier vorgestellt werden soll jedoch eine andere Studie: CDA hat zwischen 2002 und 2006⁶⁸ 13 Fallbeispiele gesammelt, in denen Gemeinden oder ganze Regionen sich aus einem sie umgebenden gewaltsamen Konflikt erfolgreich heraushielten. „Opting Out of War“ ist das jetzt daraus entstandene Buch, das aus den Einzelfällen eine Reihe allgemeiner Faktoren ableitet, die auf viele oder alle dieser Fälle zutreffen.

⁶⁶ Unter Erfolg verstehen sie dabei das Erreichen des unmittelbaren Ziels, d.h. den Sturz der Regierung. Wie sich die Situation nach dem Regimewechsel weiter entwickelte, floss in ihre Untersuchungen nicht ein.

⁶⁷ Siehe Bartkowski 2013:340.

⁶⁸ Publikationsdaten der Studien, die auf der website von CDA heruntergeladen werden können (www.cdainc.com).

Zunächst einmal bemerkenswert sind überhaupt die Zahl und der Charakter solcher Fälle. Viele mögen von den Friedensgemeinden in Kolumbien wissen; manche vielleicht noch, dass es auch auf Mindanao (Philippinen) während des Krieges zwischen Regierung und aufständischen muslimischen Organisationen Friedenszonen gab. Aber wer weiß, dass die Muslime in Ruanda während des Völkermordes es nicht nur schafften, sich selbst aus dem Konflikt herauszuhalten, sondern in vielen Fällen auch ihren Tutsi-Nachbarn das Leben retteten? Oder dass die Jaghori in Afghanistan in der Zeit des Taliban-Vormarsches über Unabhängigkeit und eigene Lebensweise, zu der u.a. auch der Schulbesuch von Mädchen gehörte, erfolgreich verteidigten? Die 13 Fälle umfassen Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Burkina Faso, Kolumbien, Fiji, Indien, Kosovo, Mosambik, Nigeria, die Philippinen, Ruanda, Sierra Leone und Sri Lanka.

Auch wenn jeder dieser Fälle natürlich seine Einzigartigkeit besaß, so gab es doch auch einige Gemeinsamkeiten. Einige von denen sind denen ähnlich, die bei den gewaltfreien Aufständen benannt wurden: Auch hier spielte eine entscheidende Rolle der Dialog mit den bewaffneten Gruppen. Die Gemeinden sprachen und verhandelten mit ihnen, oft gingen sie dabei Kompromisse ein, in manchen Fällen mussten sie eine Besatzung – vorübergehend in Form durchmarschierender Truppen oder auch eine permanente – dulden. Der Konflikt wurde antizipiert und sich darauf vorbereitet: Die Gemeinden „steckten nicht den Kopf in den Sand“ in der Hoffnung, dass der Krieg irgendwie doch nicht passieren werde, sondern stellten sich auf ihn ein. Sie entschieden sich bewusst für den Verzicht auf Teilnahme an dem Krieg. Die Kosten (Folgen) der Optionen einer Beteiligung versus einer Nicht-Beteiligung an dem Krieg wurden sorgfältig abgewogen. Die meisten Gemeinden benannten praktische Überlegungen als Gründe für ihre Entscheidung, mit der Ausnahme der Muslime in Ruanda, die sich auf die Lehren des Islams für ihre Entscheidung beriefen. Die AutorInnen sprechen von der Wahl einer „Nichtkrieg-Identität“, während die anderen Gemeinden sich für eine der Identitäten des Konfliktes entschieden, d.h. sich einer der Parteien anschlossen: Um sich gegenüber den Kriegsparteien abzugrenzen, mussten die Gemeinden eine Identität identifizieren, die ihren inneren Zusammenhang stärkte und ihre Ablehnung des Krieges nach außen kommunizierte. Das waren z.B. Religion oder der gemeinsame Status als BürgerInnen einer Stadt (statt ethnischer Zugehörigkeit), das Leben an einem bestimmten Ort oder die Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder Familiengruppe. Wesentlich war, dass diese Identitäten „normal“ waren, d.h. nicht künstlich geschaffen, sondern schon vorher präsent gewesen waren, und nur mit neuen kollektiven Werten der Nichtbeteiligung an dem Krieg gefüllt werden mussten.

Der Zusammenhalt in den Gemeinden wurde durch verschiedene Maßnahmen und Strukturen gesichert. Dazu gehörten Aufrechterhalten von Dienstleistungen (z.B. Schulwesen, Sauberkeit, sicheres Trinkwasser), Etablierung und Erzwingung eines Code of Conduct (z.B. wie Konflikte in der Gemeinde bearbeitet werden sollten) und Maßnahmen, die der Sicherheit dienten (z.B. Frühwarnsysteme, Absprachen zum Verhalten, wenn Truppen kamen, Vorbereiten von Verstecken). Eine wichtige Rolle dabei spielten auch Feiern in der Gemeinde.

Eine legitime Regierung (Führungsstruktur) war ebenfalls ein Merkmal aller Gemeinden. In allen Fällen war diese bereits vor dem Krieg präsent gewesen – die Anführer(Innen) waren die aus Friedenszeiten – es brauchte keine neue nicht-traditionelle Führungsriege. Weitere wesentliche Merkmale waren eine Beteiligung aller BürgerInnen an den Entscheidungen und insgesamt eine eher flache Hierarchie und Zugänglichkeit der AnführerInnen für alle BürgerInnen, die diese Strukturen auszeichneten.

In einigen Punkten weichen die Befunde aber auch von denen zu gewaltfreien Aufständen ab: So beschreiben Anderson und Wallace, dass die Vorannahme, dass der Widerstand von effektiver Führerschaft abhinge, nicht von den Fallbeispielen belegt wurde. Es gab keine charismatischen AnführerInnen, sondern Führerschaft war in vielen Fällen vielschichtig und diffus. Ihr Ausgangspunkt war auch nicht eine von einem solchen Anführer formulierte Vision, sondern wie eingangs gesagt eine pragmatische Entscheidung der Nichtbeteiligung.

8.5 Pragmatisch aber konsequent gewaltfrei

Wie oben dargestellt, betonen alle Studien die Bedeutsamkeit der Tatsache, dass den Bewegungen es gelang, gewaltlos zu bleiben. (Wobei kleinere bewaffnete Zwischenfälle nicht ins Gewicht fielen, solange der überwiegende Eindruck der einer gewaltlosen Bewegung war.).⁶⁹

Gewaltlosigkeit oder Gewaltfreiheit wird in all diesen Studien schlicht verstanden als Verzicht auf physische Gewalt. Die Debatte, die bei uns und in Nordamerika bei gewaltfreien AktivistInnen darüber geführt wird, ob Gewaltfreiheit eine „pragmatische“ Option sein darf oder ein „prinzipielles“ Bekenntnis zur Nichtanwendung von Gewalt in allen Lebensbereichen sein muss, wird von den Studien ziemlich eindeutig beantwortet.⁷⁰ Sie sortieren die Gewaltfreiheit dieser Bewegungen als das ein, was als „pragmatische“⁷¹ Gewaltfreiheit bezeichnet wird. Einige der Friedensgemeinschaften, die Anderson und Wallace untersuchten, betonten ausdrücklich, dass sie sich gegen diesen einen bestimmten Krieg entschieden hatten, aber in anderen Fällen nicht nur durchaus gekämpft hätten, sondern auch hätten.

Diese Befunde dürfen allerdings nicht mit einer Haltung verwechselt werden, die Gewaltlosigkeit „versuchsweise ausprobiert“ und beim Treffen auf Gegengewalt, oder wenn Erfolge sich nicht sofort einstellen, zu Gewalt übergeht. Sowohl die Aufstände wie die „Nicht-Kriegs-Gemeinden“ waren erfolgreich, weil die ProtagonistInnen entschlossen waren, keine Gewalt anzuwenden. Sie waren nur insofern pragmatisch, als dass sie Gewalt nicht grundsätzlich oder in anderen Situationen ausschlossen, und sie nicht zu einer Lebensphilosophie machten. Dies ist eine ganz entscheidende Differenzierung, die bei der bei gewaltfreien Aktivistinnen so beliebte⁷² Diskussion über „prinzipielle versus pragmatische Gewaltfreiheit“ oftmals nicht gemacht wird. Vielleicht würde diese Haltung einen eigenen Begriff verdienen – zum Beispiel „pragmatisch aber konsequent gewaltfrei“?

8.6 Schutz vor Repression und Gewalt

Praktisch alle Aufstände sahen sich mit der Gefahr gewaltsamer Repression durch Sicherheitskräfte – Polizei, Militär, Paramilitärs – konfrontiert. In vielen Fällen kam es auch zu Gewalt, in anderen, z.B. den Philippinen 1986, entschieden regierungstreue Truppen in letzter Minute, nicht auf die zivilen Protestierenden und ihre Kameraden aus anderen Einheiten, die zu den Aufständischen übergelaufen waren, zu schießen.⁷³ Strategische Elemente, die speziell dem Schutz vor Repression dienten, waren, wie oben dargestellt, der Versuch, die Sicherheitskräfte für die eigene Seite zu gewinnen, das eigene gewaltfreie Vorgehen, das jene, die Gewalt gegen die Protestierenden ausübte, leichter ins Unrecht setzte, und in manchen Fällen Reduzierung der Angreifbarkeit durch diffuse Führerschaft.

Die wichtigste Strategie der Gemeinden war, den Kontakt mit den bewaffneten Gruppen zu suchen, um ihren Status zu schützen. Anderson und Wallace unterscheiden hierbei sechs Strategien, die zumeist in Kombination miteinander angewendet wurden:

⁶⁹ „The primary reason that the East GERMAN; Chilean; and Filipino movements refrained from violence is that movement leaders emphasized nonviolent discipline and prepared resisters to remain peaceful during moments of confrontation“ (Nepstad S.132).

⁷⁰ Nepstad betont, dass Gewaltfreiheit eine zivile Form des Kampfes sei, der „social, economic, and political forms of power without resorting to violence or the threat of violence“ anwende. Schock (2005) spricht sie an und sagt, dass es bei den von ihm untersuchten sechs Fällen sich um pragmatische GF und ein „nicht-idealisiertes“ Verständnis handelte. (S. xvii) Ebenso Ash 2011, S. 371 ff.

⁷¹ Zu den Unterschieden zwischen den Ansätzen siehe Arnold 2011a, S. 219f, Gugel & Furtner 1983 a.a.O. und die Website der Tübinger Friedenspädagogen: http://www.friedenspaedagogik.de/themen/zivilcourage/anfragen_probleme_und_kontroversen/kontroversen_zum_verstaendnis_und_zur_reichweite_von_gewaltfreiheit/gewaltfreiheit_technik_oder_prinzip. Die Beiträge in dem Buch von Steinweg & Laubenthal (Hrsg.) (2011) gehen nur wenig auf diese Fragen ein; sie können in ihrer überwiegenden Mehrzahl eher der „prinzipiellen“ Richtung zugeordnet werden.

⁷² Siehe Müller & Schweitzer 2000.

⁷³ Siehe Arnold 2011a, S. 247-249.

1. Nutzung schon zuvor existierender Netzwerke, um die Kämpfer von der Ernsthaftigkeit ihrer Absichten zu überzeugen;
2. Direkte Verhandlungen mit allen Seiten;
3. Gastfreundschaft, die allen Seiten angeboten wird (Politik der „offenen Tür“).
4. Konfrontation der bewaffneten Gruppen, was allerdings die riskanteste Strategie war und die, die am häufigsten versagte.
5. „Ko-option“ bewaffneter Gruppen, worunter die AutorInnen das Einbeziehen z.B. von Offizieren oder Beamten von Seiten der kriegführenden Parteien in Aktivitäten der Gemeinschaften verstehen.
6. Gelegentliches Austricksen bewaffneter Gruppen: Zum Beispiel behaupteten die Muslime in Ruanda öfters, sie hätten ihre Tutsi-Nachbarn bereits umgebracht, wenn die Hutu-Rebellen kamen – in Wirklichkeit hatten sie sie versteckt und ihre Häuser – nachdem sie alle Habe in Sicherheit gebracht hatten – in Brand gesteckt.

8.7 Die Rolle internationaler Unterstützung

Zu einer differenzierten Einschätzung kommen die neueren Studien in Bezug auf das Thema internationaler Unterstützung. Hier ist das Bild zwiespältiger als wir es oft wahrhaben wollten. Chenoweth und Stephans (2011) betonen vor allem, dass direkte finanzielle internationale Unterstützung schaden kann, wenn die BürgerInnen den Eindruck bekommen, dass die Bewegung durch ausländische Interessen gesteuert werde. Carter (2012) betont, dass solche Beschuldigungen zum Standardrepertoire von repressiven Regierungen gehören, und im Nachhall des Ost-West-Konfliktes besonders für Bewegungen in Osteuropa angewendet und von bestimmten Kreisen der Linken aufgegriffen wurden.

Nepstad (2011) weist darauf hin, dass internationale Sanktionen auf die Bewegungen negativ zurückschlügen.

Als positiv werden demgegenüber gelegentlich Trainings und die Verbreitung von Material, das die Erfolge anderer historischer Bewegungen hervorheben, beschrieben.⁷⁴ Ebenfalls hilfreich kann Unterstützung in Form von Schutzbegleitung und schützender Präsenz sein, wie sie z.B. die Friedensgemeinden in Kolumbien erfahren.

8.8 Resümee

Die dargestellten Studien bestätigen in vielerlei Hinsicht das, was schon in früheren Publikationen zu Sozialer Verteidigung, basierend auf einer kleineren Anzahl von Fallbeispielen, vermutet und empfohlen wurde. Dies betrifft insbesondere die Notwendigkeit einer strategischen Planung, einer bewussten Entscheidung für Gewaltlosigkeit und das Durchhalten der einmal gewählten Strategie auch angesichts von Versuchen des Gegners, die Bewegung mit Gewalt zu unterdrücken, sowie Methoden, Repression bzw. deren Auswirkungen zu minimieren.

In ein paar anderen Punkten tragen sie neue Erkenntnisse darüber bei, wie gewaltfreier oder ziviler Widerstand „funktioniert“.

Als besonders wichtig erscheint mir dabei besonders der differenzierte neue Blick auf die Rolle von Gewaltfreiheit, nämlich das, was ich oben als „pragmatisch aber konsequent gewaltfrei“ bezeichnet habe. Er könnte es möglich machen, die Spaltung zwischen diesen beiden Polen zu überwinden, da er auf das tatsächliche Verhalten im Einzelfall, nicht auf dessen vorhandene oder fehlende ideologische Fundierung abhebt.

Ein zweiter wesentlicher Punkt ist die Rolle von Dialog und der Notwendigkeit, Angehörige der „anderen Seite“ – Eliten, Sicherheitskräfte – zu gewinnen. Das geht weit über das symbolische Verteilen von Rosen an Soldaten auf Panzer hinaus, wie es z.B. in Prag 1968 praktiziert wurde.

⁷⁴ Siehe Arnold 2011b.

Es ist ein strategischer Ansatz, bei dem nicht nur die individuellen Angehörigen der Streitkräfte, die „einfachen Soldaten“, sondern auch oder sogar in erster Linie deren Führung angesprochen wird.

Ein dritter Punkt ist das Erfordernis, das Für und Wider internationaler Unterstützung sorgfältig abzuwägen. Dabei geht es sowohl um die Außenwirkung (den Vorwurf, „vom Ausland bezahlt zu werden), aber auch um die Bewahrung der eigenen Autonomie und Stärke.

Keine der genannten Studien entwickelt eine langfristige Perspektive. „Erfolge“ sind für sie der zeitnahe Sturz des Regimes bzw. dass es Gemeinden gelingt, sich aus einem gerade stattfindenden Krieg herauszuhalten. Was fehlt und als Desiderata an zukünftige Forschungen formuliert werden kann, sind langfristige Querschnittstudien, die verschiedene punktuelle Ereignisse (z.B. die früheren Aufstände in Burma mit den schließlich erreichten Veränderungen, die Frage, inwieweit das neue Regime schnell wieder die Strukturen des alten kopiert oder die Frage, was mit den genannten Gemeinschaften nach dem Krieg passierte) miteinander in Verbindung bringen. Ansatzweise wird hierauf in den Fallstudien in dem Buch von Bartkowski (2013) verwiesen. Bartkowski (2013:350) hebt hervor, dass es in manchen Ländern eine lange Tradition gewaltfreier Rebellion gibt. Die Geschichte des Widerstandes ist nicht mit einer einzelnen Phase von Protesten vorbei.

Quellen

- Ackerman, Peter & Duvall, Jack (2000) *A Force More powerful. A Century of Nonviolent Conflict*, New York: St. Martin's Press.)
- Anderson, Mary B. und Wallace, Marshall (2013) *Opting Out of War. Strategies to Prevent Violent Conflict*. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers
- Arnold, Martin (2011a) *Gütekraft. Ein Wirkungsmodell aktiver Gewaltfreiheit nach Hildegard Goss-Mayr, Mohandas K. Gandhi und Bart de Ligt*. Baden-Baden: Nomos
- Arnold, Martin (2011b) *Gütekraft – Hildegard Goss-Mayrs christliche Gewaltfreiheit*. Overath: Bücken & Sulzer
- Ash, Timothy Garton (2011) 'A Century of Civil Resistance. Some Lessons and Questions', in: Roberts, Adam & Ash, Timothy Garton (eds.) (2012) *Civil Resistance and Power Politics. The Experience of Non-violent Action from Gandhi to the Present*. Oxford: Oxford University Press
- Bartkowski, Maciej J. (Hrsg.) (2013) *Recovering Nonviolent History. Civil Resistance in Liberation Struggles*. Boulder / London: Lynne Rienner Publishers.
Wenn im Text „Bartkowski“ als Quelle angegeben ist, sind damit seine Einleitung ‚Recovering Nonviolent History‘, S.1-30 und die ‚Conclusions‘ S. 339—354 gemeint.
- Boserup, Anders & Mack Andrew, (1980) *Krieg ohne Waffen*. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt, 1980 (1974 1. Aufl.)
- Bunce, Valerie & Wolchik, Sharon (2006) ‚Favorable Conditions and Electoral Revolutions.‘ *Journal of Democracy* 17(4):5-18, S. 6
- Bund für Soziale Verteidigung (1993) *Unterstützung von Antikriegsgruppen im ehemaligen Jugoslawien*. (Papier)
- Burrowes, Robert J. (1996) *The Strategy of Nonviolent Defense. A Gandhian Approach*. Albany: New York Press;
- Carter, April (2012) *People Power and Political Change. Key Issues and Concepts*. London / New York: Routledge;
- Centre for Applied NonViolent Action & Strategies (2008a) 10 Years of Nonviolent Conflict in Serbia. [online] available from <http://www.canvasopedia.org/content/serbian_case/nvc-serbia.htm> [16.7.2008]
- Centre for Applied NonViolent Action & Strategies (2008b) Otpor (Resistance) Movement. [online] available from <http://www.canvasopedia.org/content/serbian_case/otpor.htm> [16.7.2008]
- Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2011) *Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. New York: Colombia University Press
- Ebert, Theodor (1981a) (4. Aufl.) *Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg*. Waldkirchen: Waldkircher Verlagsgesellschaft.
- Ebert, Theodor (1981b) *Soziale Verteidigung. Bd. 1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie*. Waldkirch: Waldkircher Verlag
- Ebert, Theodor (1981c) *Soziale Verteidigung, Bd 2: Formen und Bedingungen des Zivilen Widerstands*. Waldkirch: Waldkircher Verlag;
- Gugel, Günther & Furtner, Horst (1983) *Gewaltfreie Aktion*. Tübingen: Verein für Friedenspädagogik Tübingen
- Jochheim, Gernot (1988) *Soziale Verteidigung - Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht. Eine Handreichung*. Düsseldorf
- King-Hall, Stephen (1958) *Defence in the Nuclear Age* London (deutsch: Den Krieg im Frieden gewinnen. Hamburg

- Large, Judith (n.d.) *The war next door. A study of second-track intervention during the war in ex-Yugoslavia*. (c. 1998) Lansdown:Hawthorn Press
- Müller, Barbara und Schweitzer, Christine (2000) ‚Gewaltfreiheit als Dritter Weg zwischen Konfliktvermeidung und gewaltsamer Konfliktaustragung‘. In: *Konflikt und Gewalt: Ursachen - Entwicklungstendenzen – Perspektiven*. Hrsg.Kempf, Wilhelm. Studien für europäische Friedenspolitik, Bd 5. Münster:Agenda Verlag, S. 82-111
- Müller, Barbara & Schweitzer, Christine (Hrsg.)(2006), *Zur Aktualität von Sozialer Verteidigung. Dokumentation eines Workshops von IFGK und BSV vom 15.-16. April 2005*. Hrsg. IFGK /BSV, Vehrte: Sozio-Publishing
- Müller, Barbara (1995) *Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen*. Münster:Lit
- Nenadic, Danijela and Belcevic, Nenad (2006). *From Social Movement To Political Organisation: The Case of Otpor*. Presentation at the URTF (Unarmed Resistance: the Transnational Factor) seminar July 2006. Verfügbar: <http://www.civilresistance.info/seminars/urtf/Danijela> [7.5.2008]
- Nepstad, Sharon Erickson (2011) *Nonviolent Revolutions. Civil Resistance in the Late 20th Century*. Oxford: Oxford University Press;
- Ohne Waffen - aber nicht wehrlos!* (1989) Hrsg. vom Bund für Soziale Verteidigung, Minden.
- Popovic, Srdja (2001) *An Analytical Overview of the Application of Gene Sharp's Theory of Nonviolent Action in Milosevic's Serbia*. Centre for Applied NonViolent Action & Strategies. Verfügbar: http://www.canvasopedia.org/files/serbian/CTI_Serbian_Political_Substance.doc [16.7.2008]
- Reader zum Bundeskongress (1988) *"Ohne Waffen - aber nicht wehrlos". Bundeskongreß Wege zur Sozialen Verteidigung*, Bielefeld
- Roberts, Adam & Ash, Timothy Garton (Hrsg.) (2012) *Civil Resistance and Power Politics. The Experience of Non-violent Action from Gandhi to the Present*. Oxford: Oxford University Press;
- Roberts, Adam (Hrsg.) (1967) *The Strategy of Civilian Defence. Non-violent Resistance to Aggression*. London
- Schock, Kurt (2005) *Unarmed Insurrections. People Power Movements in Nondemocracies*. Minneapolis:Univeristy of Minnesota Press;
- Schweitzer, Christine (2010) *Strategies of Intervention in Protracted Violent Conflicts by Civil Society Actors. The Example of Interventions in the Violent Conflicts in the Area of Former Yugoslavia, 1990 – 2002*. Vehrte: Soziopublishing,
- Sharp, Gene (1973) *The Politics of Nonviolent Action*. Boston:Porter Sargent Publisher
- Sharp, Gene (1985) *Making Europe Unconquerable: The Potential of Civilian-based Deterrence and Defence*. London:Taylor & Francis
- Sharp, Gene (2005) *Waging Nonviolent Struggle. 20th Century Practice and 21st Century Potential*. Boston: Extending Horizon Books/Porter Sargent Publishers.
- Steinweg, Reiner & Laubenthal, Ulrike (Hrsg.) (2011) *Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen*. Frankfurt a.M.:Brandes & Apsel
- Vasovic, Milenko (2000) 'Serbian Opposition Parties Unite'. *IWPR's Balkan Crisis Report* No 106, 12. January

9. Wie sich Gütekraft gegen ‚übermächtige‘ Gewalt gewaltfrei durchsetzt

Martin Arnold

9.1 Gewaltfrei im Schatten von Gewalt?

Das Tagungsthema „Gewaltfreiheit im Schatten von Gewalt“ war veranlasst durch die Ereignisse der Arabellion seit dem Frühjahr 2011: Ohne den Einsatz tödlicher Waffen haben Aufstände in Tunesien und Ägypten Diktaturen beendet. Doch in Bahrain und anderen Staaten gelang es den Herrschenden nach einigen Wochen, die zivilen Proteste vor allem mithilfe von Truppen, Folter, Gefängnis und gewissen Zugeständnissen zu unterdrücken, und in Libyen und Syrien setzten nach den Demonstrationen am Anfang schließlich beide Seiten tödliche Waffen ein. Die Waffeneinsätze zogen die weltweite Medienaufmerksamkeit auf sich. Inzwischen ist die Gaddafi-Ära in Libyen beendet. Aus dem Konflikt in Syrien wird in hiesigen Medien von gewaltfrei Vorgehenden fast nichts mehr berichtet.⁷⁵

Die allgemeine Berichterstattung ist geprägt von der vorgefassten gängigen Meinung, Gewalt stelle gewaltfreies Vorgehen in den Schatten. Ist es so? Verdunkelt Gewalt die Gewaltfreiheit? Nimmt die – auch in der internationalen Berichterstattung – ‚übermächtige‘ Gewalt dem zarten Pflänzchen der Gewaltfreiheit brutal die Sonne, die es zum Wachsen und zum Wirksamwerden braucht?

Gewaltfreies Vorgehen hat viel größere Wirkungschancen als allgemein bekannt ist. Es handelt sich nicht um ein Nicht-Tun (Gewalt), wie „gewaltfrei“ in der Öffentlichkeit meist verstanden wird. Vielmehr wird eine Kraft wirksam. Menschen können diese Kraft durch bestimmte Haltungen und Tätigkeiten wecken, stark machen und wirkungsvoll einsetzen – auch gegen gewaltsames Vorgehen. Erfahrungen zeigen, dass gütekräftige gewaltfreie Aktionen bewaffnete Gewalt in den Schatten stellen können, sodass auch das umgekehrte Bild stimmt: Das Licht des gewaltfrei-gütekräftigen Vorgehens kann die dunkle Gewalt überstrahlen und überwinden. Das gilt auch für extreme Formen organisierter Gewalt wie Diktaturen.

Warum ist die Meinung gängig, Waffengewalt wäre in Fällen extremer Gewalt alternativlos? Weil die Kraft, das Wirkungsmuster zu wenig bekannt ist, das Gewalt überwinden kann. Was ist es, das ein gewaltfreies Vorgehen stärker macht als Gewalt?

„... inen gewaltfreien Weg muss man vorbereiten, das heißt, man kann einen gewaltlosen Befreiungskampf nicht führen ohne Schulung, ohne innere und äußere Vorbereitung“ (Hildegard Goss-Mayr 2004, S. 8).

In diesem Beitrag geht es nun nicht um Einzelheiten der notwendigen Vorbereitung wie Analyse, Gruppenaufbau usw., vielmehr soll die – auch für jegliche Vorbereitung – grundlegende Frage beantwortet werden:

Warum und wie kann gewaltfreies Handeln auch gegen ‚übermächtige‘ Gewalt erfolgreich sein?

Die Frage wird durch die Ergebnisse eines von mir durchgeführten neueren Forschungsprojekts beantwortet.⁷⁶ Ich fasse sie hier zusammen, indem ich die Kraft, die zum Erfolg führt – die ich in Anlehnung an Gandhi Gütekraft⁷⁷ nenne –, in ihrer Wirkungsweise beschreibe und das Muster am Beispiel der ‚Rosenkranzrevolution‘ auf den Philippinen bei der Beendigung der Marcos-Diktatur 1986 und anhand von Vorgängen der „Arabellion“ erläutere. Die Beschreibung ist ide-

⁷⁵ Stand: Juli 2013.

⁷⁶ Beschreibung des Forschungsprojekts mit Ergebnissen, einschl. Downloads, siehe www.martin-arnold.eu. Die Ergebnisse beruhen auf den erfolgreich angewandten Konzepten dreier ProtagonistInnen des gewaltfrei-gütekräftigen Handelns: des Hindus Mohandas K. Gandhi, genannt Mahatma = Große Seele, der katholischen Österreicherin Hildegard Goss-Mayr (geb. 1930) und des atheistischen Niederländers Bart de Ligt (1883-1938), vgl. Arnold 2011a-d.

⁷⁷ Inhaltliche Gründe für die Bezeichnung ‚Gütekraft‘, siehe Mahler & Arnold 2013. Vgl. Blätter des Bundes für Soziale Verteidigung „Gewaltfreiheit“ --> „Gütekraft“, online: http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/Guetekraft_mit_Kopf.pdf Stand: 24.07.2013.

altypisch, das heißt: In der vielfältigen Praxis kommt das Wirkungsmuster nur selten in Reinform vor und auch ganz andere Elemente können im Einzelfall sehr wichtig sein; auch können manche Elemente gar nicht und es können sogar auch gegensätzliche vorkommen; es ist keine Anleitung, kann allerdings bei der Erarbeitung von Anleitungen entscheidend hilfreich sein; es kann keine konkreten Vorhersagen begründen, es gibt also – wie bei allen anderen Vorgehensweisen – keine Erfolgsgarantie. Das Wirkungsmuster ist wie eine „Wenn – dann“ bzw. „Je – desto“ Aussage zu verstehen: Wenn die beschriebenen (und evtl. je nach Lage anderen notwendigen) Elemente hinreichend gegeben sind, kommt Gütekraft zur Wirkung. Je mehr dies der Fall ist, desto wahrscheinlicher werden bestehende Missstände abgebaut.

9.2 Gütekraft in ‚übermächtigen‘ Gewaltverhältnissen

Beispiel Philippinen

Flughafen Manila, Donnerstag, 21. August 1983: Der Oppositionsführer Ninoy Aquino kehrt nach einem langen Krankenhaus-Aufenthalt aus den USA in seine Heimat zurück, um sein Land durch gewaltfreies Vorgehen von der Diktatur des Ferdinand Marcos zu befreien. Die Weltöffentlichkeit beobachtet seine Ankunft mit Spannung. Er tritt aus dem Flugzeug und geht auf die Gangway-Treppe. Ein Schuss – Ninoy Aquino, der Hoffnungsträger des Volkes, ist tot. Niemand wird für den Mord bestraft – wie bei den vielen anderen Morden an Kritikern der Diktatur.

Der lange Trauerzug direkt nach Ninoy Aquinos Tod wurde die erste öffentliche Demonstration gegen die Diktatur, denn von da an demonstrierten die Entrechteten jeden Donnerstag. Diktator Marcos allerdings änderte an seiner Politik nichts. Von Woche zu Woche gingen weniger Menschen auf die Straße. Man ging dazu über, nur noch einmal im Monat zu demonstrieren. Doch die Beteiligung wurde immer geringer. „Gewaltfreiheit bringt nichts gegen Diktatoren, Marcos macht einfach weiter, das sieht man ja“, das war zunehmend die Stimmung unter DiktaturkritikerInnen.

Seit Jahren war im Untergrund die New People's Army (NPA) im Aufbau, mit Waffen und Geld aufgerüstet durch chinesische und sowjetrussische Kommunisten. Im Kalten Krieg gegen diese Mächte unterstützten die USA Marcos, der größte US-Militärstützpunkt in Asien lag bei Manila. Auch bürgerliche Kreise begannen, mit der NPA zu sympathisieren, vor allem junge Menschen, denn die Diktatur wurde immer unerträglicher.

Im Januar 1984 wurden Hildegard Goss-Mayr und Jean Goss aus Wien in die Philippinen gerufen. Das für den Internationalen Versöhnungsbund tätige Ehepaar hatte u. a. in Lateinamerika gute Erfahrungen mit Martin Luther Kings und Mohandas K. Gandhis Konzept gemacht. Sie prüften nun zuerst, ob dieses auch hier anwendbar war. Dies erschien fraglich, weil es auch jene starke Gruppe gab, die zur Beendigung der Diktatur tödliche Waffen einsetzen wollte. Auf einer Rundreise stellten Hildegard und Jean Goss fest: Im Volk gab es das geschätzte Vorbild des Kämpfers gegen die Kolonialherrschaft José Rizal (1861-1896). In einer Diözese hatte der Bischof das non-violente Vorgehen bereits bekannt gemacht. Es gab also ein Wissen und ein Vertrauen auf die Kraft der Gewaltfreiheit, die Gütekraft: In eigenen Erfahrungen, in der eigenen Geschichte die Gütekraft zu entdecken ist der ‚erste Schritt‘, der zum Vertrauen auf die Wirksamkeit gütekräftigen Handelns anregt und dazu ermutigt. Darum schien es hier möglich, trotz der NPA die Diktatur auf gütekräftige Weise zu überwinden, berichtet Goss-Mayr und erzählt weiter:

„Am Ende unserer Reise besuchte uns der jüngste Bruder von Ninoy, Agapito Aquino, der eine politische Oppositionsbewegung leitete. Er sagte: ‚Der bewaffnete Widerstand hat sich an mich gewandt und gesagt: Mit den paar Demonstrationen werdet ihr nie dieses System zu Fall bringen. Wir geben euch das nötige Geld und die nötigen Waffen, wenn eure Bewegung mittut, durch Gewalt die Diktatur zu stürzen. Das war vor ein paar Tagen. Ich kann nicht mehr schlafen, weil ich mich frage: Habe ich das Recht, das Volk in einen Krieg zu führen? Wohin wird dieser Bürgerkrieg führen und wie lange wird er dauern? Gibt es einen gewaltfreien Weg?‘ Wir haben dann lange miteinander gesprochen und wir haben ihm gesagt: Ja, es gibt einen gewaltfreien Weg. Aber einen gewaltfreien Weg muss man vorbereiten, das heißt, man kann einen gewaltlosen Befreiungskampf nicht führen ohne Schulung, ohne innere und äußere Vorbe-

reitung. Wir fahren jetzt nach Europa zurück. Ihr selbst, überlegt euch in Ruhe, ob ihr bereit seid, den gewaltfreien Kampf aufzunehmen; wenn ja, dann kommen wir zurück und sind bereit mitzuhelfen. Die Gruppe hat sich versammelt und hat zehn Tage gefastet – und das ist etwas sehr Erstaunliches, das mit ihrer Kultur, ihrem Glauben zusammenhängt. Fasten bedeutet ja, sich innerlich frei zu machen.“ (Goss-Mayr 2004, S. 8)

Der ‚zweite Schritt‘ zum Abbau eines Missstands ist der Entschluss, bei sich selbst anzufangen – wer sich gegen ein Killer-Regime einsetzt, muss bereit sein, im äußersten Fall sein Leben einzusetzen! Die führenden Oppositionellen entschieden sich am Ende des Fastens im Juni 1984 für den Weg der Gütekraft. Das Wiener Ehepaar kam zurück und gab MultiplikatorInnen-Seminare (unter anderem für 30 Bischöfe) zu Haltung und Methoden, zu „innerer und äußerer Vorbereitung“. Die gründliche Analyse des Missstands und seiner Stützen führte zu wichtigen Entscheidungen: Die Engagierten stoppten das Demonstrieren. Sie gründeten eine neue Organisation sowie eine neue Zeitschrift. Deren Name „Alay Dangal“ bedeutet „Würde anbieten“. Dies ist der philippinische Ausdruck für Gandhis und Martin Luther Kings gütekräftige Vorgehensweise. Wichtig war die Zusammenarbeit der verschiedenen oppositionellen Gruppen wie Bauernverbände, Studierendenverbände, Kirchen, Gruppen des Bürgertums und der Wirtschaft, Gewerkschaften. Einige von diesen bekämpften sich vorher – für die Überwindung der Diktatur aber verabredeten sie feierlich ein festes Bündnis, das auch hielt. Sie nutzten ihre jeweiligen Kleinverteilungsapparate (Zeitschriften, Gruppen usw.) für Informationen und Schulungen.

Die Ereignisse bis zur Beendigung der Diktatur im Februar 1986 wurden insgesamt als „Rosenkranzrevolution“ bezeichnet.⁷⁸ Wichtige Aktivitäten darin waren:

- Begleitung der Präsidentschaftswahl und unabhängige Zählung,
- frühzeitige Kontaktaufnahme mit führenden Militärs, sodass diese nach der Bekanntgabe eines falschen Wahlergebnisses durch Marcos sich von diesem lossagten,
- die organisatorische Vorbereitung von Aktionen wie Boykott von Banken, die Marcos nahestanden: Tausende von Philippinos hoben dort ihr Geld ab,
- den Panzertruppen, die meuternde Militärs töten sollten, stellte sich eine riesige Menschenmenge entgegen und stoppte sie – so zerfiel Marcos‘ militärische Machtbasis.

In zwei Richtungen musste die Bewegung mit tödlichen Bedrohungen umgehen: Mit der ‚übermächtigen‘ Gewalt der Diktatur und mit der Gewalt-Bereitschaft der NPA. Darauf komme ich noch zurück.

Hier wird deutlich: Eine vordringliche Herausforderung liegt im bewussten Umgang mit sich selbst bei der Gestaltung der Beziehungen zu den anderen Beteiligten.

Die Boétie’sche Wende oder Die Überwindung des geo- und egozentrischen Selbstbildes

Vor 500 Jahren glaubte die Menschheit: Die Erde steht fest im Mittelpunkt der Welt und alle anderen Himmelskörper einschließlich der Sonne drehen sich um sie. Nikolaus Kopernikus löste einen Schock aus mit der Feststellung: ‚Wir stehen nicht im Mittelpunkt, und es dreht sich nicht alles um uns‘. Sein Forschungsergebnis zum Sonnensystem lässt sich zusammenfassen in dem Satz ‚Wir – bewegen uns – neben anderen – auf ähnlichen Bahnen – in wechselnden Beziehungen.‘ Die Kopernikanische Wende bildete die Grundlage für eine passendere Einordnung unseres Planeten in die Umgebung. So wurden z.B. Fahrten zum Mond möglich. Das *geozentrische Weltbild* passt nicht mehr.

Ähnlich ist das *egozentrische Selbstbild*: ‚Alles dreht sich um mich, um uns‘ wenig passend. Dennoch ist es bei Einzelnen und Kollektiven immer noch weit verbreitet. Étienne de la Boétie, ein Zeitgenosse Nikolaus Kopernikus‘, beschrieb als erster im Abendland den politischen Grundgedanken des *beziehungszen-trischen Selbstbildes*. Die Macht von „Tyranen“ ist abhängig von der Unterstützung durch die Untertanen wie Gehorsam usw. Er folgerte, dass für die Entmachtung des Herrschers kein Kampf gegen ihn nötig sei, sondern lediglich der Entzug der Unterstüt-

⁷⁸ Kurzbericht auf www.guetekraft.net > Gütekraftberichte; nähere Analyse in Arnold 2011b, S. 48-52.

zung.⁷⁹ Der Franzose gibt den Unterdrückten aufgrund ihrer Beziehung zum Unterdrücker eine Mitverantwortung für die Unterdrückung – für viele zunächst ein unerhörter, empörender Gedanke. Zur allgemeinen Idee weiterentwickelt, liegt er sämtlichen Konzepten des gewaltfreien Vorgehens gegen soziale Missstände zu Grunde, ob in Einzelfällen praktiziert wie in Ungarn mit Ferenc Deák im 19. Jahrhundert⁸⁰ oder programmatisch entwickelt etwa von Thoreau, von Tolstoj, von Gandhi,⁸¹ von Gewerkschaften (Streik) oder Kriegsdienstverweigerern, von christlichen oder anarchistischen Gruppen in den USA und den Niederlanden⁸². Es ist die Idee der Nichtzusammenarbeit mit gesellschaftlichen Übeln, wirksam aufgrund der Beziehungen zwischen den Beteiligten.

Auch das beziehungszentrische Selbstbild lässt sich so beschreiben: ‚Wir – bewegen uns – neben anderen – auf ähnlichen Bahnen – in wechselnden Beziehungen.‘ Wer sein Selbstbild vom egozentrischen zum beziehungszentrischen Selbstbild hin entwickelt, gewinnt an Kompetenzen mit erstaunlichen Möglichkeiten im Umgang mit sich selbst und anderen, zumal in Konflikten. Hildegard Goss-Mayr nennt es: *„Die Liebe in sich wachsen lassen“*.⁸³ Es bedeutet die Steigerung der Bereitschaft und der Fähigkeit,

- (a) das Eigene bestätigt und gestärkt wahrzunehmen (‚Fundierung‘),
- (b) das Eigene in Beziehung zu anderen und anderem zu sehen (‚Relationierung‘) und
- (c) das Eigene nicht als absolut, als das einzig Wahre, zu wissen (‚Relativierung‘).

Das beziehungszentrische Selbstbild nimmt Beziehungen wahr und öffnet dadurch den Blick auf eigene Anteile an sozialen Missständen, es ermutigt zum Hinschauen in jede Richtung. – Wer dagegen im egozentrischen Selbstbild befangen ist, weist spontan eine Mitbeteiligung an dem, was er ablehnt, zurück. Denn er oder sie neigt dazu, verschiedenen Personen oder Kollektiven „Gut“ und „Böse“ zuzuordnen (Feindbildmalerei). – Aus der Wahrnehmung eigener Anteile an einem Missstand ergeben sich eigene Handlungsmöglichkeiten zum Abbau dieses Missstandes: durch Abbau eben dieser eigenen Anteile – zum Beispiel in einer Diktatur die Angst der Untertanen vor deren Schergen.

Als Ende Januar 2011 in Kairo von vielen zu hören war „Wir haben keine Angst mehr vor Mubaraks Polizei“, war eine wesentliche Stütze des Regimes gefallen.

Eigene Unkenntnis über wirksame Möglichkeiten zum Abbau des Missstands gehört ebenfalls oft zu dessen wesentlichen Stützen, z. B. über geeignete Methoden und weitere Grundbedingungen wirksamen Einsatzes.

Beispiel Ägypten: „How to protest intelligently“

Die Angst vieler Unzufriedener war von Gruppen, die die Demonstrationen ab dem 25. Januar 2011 vorbereiteten, frühzeitig erkannt und einkalkuliert worden. Ahmed Salah, ein führender Aktivist aus Kairo, berichtete beim Frankfurter Gandhi-Gespräch am 5. Oktober 2011,⁸⁴ dass die Engagierten von Haus zu Haus gingen und über die Diktatur sprachen. Auf die Frage, ob die Bewohner mitdemonstrieren würden, hörten sie meist „Es ist zu gefährlich... – wenn natürlich alle mitmachen würden, wäre ich auch dabei.“ Gegen diese Angst half ein Plan, wiedergegeben in einer Anleitung für den ‚intelligenten Protest‘, die Ende Januar 2011 in Ägypten von „Long Live Egypt“ weitergereicht und im Internet zugänglich gemacht wurde:

⁷⁹ Vgl. La Boétie 1991.

⁸⁰ Vgl. Gregg 1982, S. 13f.

⁸¹ Vgl. Arnold 2011c.

⁸² Vgl. Arnold 2011d.

⁸³ Mitteilung von Hildegard Goss-Mayr an M.A. im Interview in Wien Anfang August 2004.

⁸⁴ <http://www.gandhitopia.org/forum/topics/events-2011-10-05-frankfurt-gandhi-talks-on-the-occasion-of-maha> > Audio.

خطوات التنفيذ

- ١ - التجمع مع الأصدقاء والجيران في الشوارع السكنية البعيدة عن تواجد قوات الأمن.
- ٢ - الهتاف بإسم مصر وحرية الشعب (هتافات إيجابية).
- ٣ - تشجيع سكان العمارات للانضمام (بشكل إيجابي).
- ٤ - الخروج في مجموعات ضخمة إلى الشوارع الرئيسية لجمع أكبر حشد ممكن.
- ٥ - السير نحو المباني الحكومية الهامة (مع الهتاف الإيجابي) للاستيلاء عليها.



Steps for Carrying Out the Plan

1. Assemble with your friends and neighbors in residential streets far away from where the security forces are.
2. Shout slogans in the name of Egypt and the people's freedom (positive slogans).
3. Encourage other residents to join in (again with positive language)
4. Go out into the major streets in very large groups in order to form the biggest possible assembly
5. Head toward important government buildings while shouting positive slogans- in order to take them over.



Bild 1: Gegen die Angst vor der Polizei: intelligente Massenmobilisierung. aus „How to protest intelligently“ <http://www.indybay.org/newsitems/2011/01/29/18670645.php>

In Ägypten 2011 wurde nicht ausschließlich nach dem Gütekraft-Konzept gehandelt, aber diese Dokumente und andere Quellen zeigen, dass zumindest einige, die die Konfrontation mit dem Regime – teils jahrelang – vorbereiteten, wichtige Elemente davon kannten und zur Anwendung brachten.⁸⁵

*Erste Hauptwirkungsweise der Gütekraft: Eigenaktivität der Engagierten*⁸⁶

Die Frage nach eigenen Anteilen an einem Missstand führt zu eigenen Handlungsmöglichkeiten. Solches Handeln kann auch aus konstruktiver Arbeit an der Überwindung des Missstands bestehen. Birgit Berg: „Die überzeugendste Form des NEIN zum Unzumutbaren ist das JA zu den reiferen Möglichkeiten.“⁸⁷

An erster Stelle steht bei gütekräftigem Vorgehen nicht, Forderungen an Andere zu erheben, sondern selbst zu handeln. Dies gehört zu den Grundlagen für die Stärke des Vorgehens. Bei manchen Missständen führt das eigene Aktiv-Werden bereits zu deren Beseitigung, oft auch dadurch, dass andere spontan mitwirken, einen offensichtlichen Missstand zu beseitigen. Denn dies ist ‚ansteckend‘.

Zweite Hauptwirkungsweise: Einen Missstand abbauen ‚steckt an‘.

Je klarer etwas als Missstand erkannt wird, desto stärker ist die Anregung, dass andere sich ‚anstecken‘ lassen, beim Abbau mitzuwirken. Als Missstände werden Ereignisse oder Zustände von Unmenschlichkeit, Unrecht oder Unterdrückung erkannt, auch entsprechende Pläne oder Bedrohungen. Sie werden als Missstände erkannt, weil der Mensch eine angeborene Neigung hat, anderen mit Wohlwollen und Gerechtigkeit zu begegnen, und frei sein will. Der Sinn für Missstände kann geschärft werden („Gewissensbildung“), aber auch verschüttet sein, kann abge-

⁸⁵ Steinweg 2012, S. 50-53 und 61-67, berichtet über die Vorbereitungen ausführlicher, als es hier möglich ist.

⁸⁶ Die drei Hauptwirkungsweisen sind eine Zusammenfassung der sechs Entfaltungsstufen der Gütekraft, siehe Arnold 2011a, S. 113-134.

⁸⁷ Plakat aus der „Wortwerkstatt Poesie und Politik“.

stumpft oder ideologisch verbogen werden. Doch kann diese Neigung (wieder) geweckt werden.⁸⁸

Die menschliche Neigung zu Wohlwollen und Gerechtigkeit

Auch wenn das öffentliche Bewusstsein davon unterentwickelt ist - sie ist allgemein bekannt:

- In der weltweit hoch geschätzten Goldenen Regel⁸⁹ wurde sie als ethische Empfehlung formuliert: „Behandle andere so, wie du behandelt werden möchtest.“ Wir möchten ja selbst frei sein sowie gerecht und wohlwollend behandelt werden, das sind menschliche Grundbedürfnisse.
- In den verschiedensten Kulturen und Religionen gibt es Formulierungen, die eine hohe Wertschätzung von Freiheit, Wohlwollen und Gerechtigkeit erkennen lassen.
- Auch wenn die breite Verwirklichung ungenügend ist, so wurde doch das folgende Bild vom Menschen von allen Staaten in der UNO unterschrieben: „*Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Geschwisterlichkeit begegnen.*“⁹⁰

Kurzformel ‚Das Ziel ist der Weg‘

Die Verwirklichung von mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit⁹¹ wird nach dem Gütekraft-Konzept dadurch erreicht, dass diese Ziele als Wege verstanden werden, d. h. dass Menschen in Anerkennung der Freiheit und Würde anderer aus freien Stücken gerecht und menschlich handeln, hierdurch ein ‚Mitschwingen‘ erzeugen und dasselbe erst danach auch von anderen Beteiligten erwarten. Bis hin zum großen Ziel der *Fülle des Lebens für alle*, die die Menschenwürde einschließt, werden die Beziehungen zu den anderen in diesem Sinne wahrgenommen und die Vorgehensweise ganz von den Zielen her gestaltet – in einer Kurzformel ausgedrückt: Das Ziel ist der Weg – gut vereinbar mit ‚Der Weg ist das Ziel‘.

Güte hat Kraft

„Das Bessere ist der Feind des Guten“, sagt das Sprichwort. Höhere Qualität verdrängt geringere: Es liegt eine Kraft in der höheren Qualität, die der Abbau von Missständen bedeutet, denn die Güte der Aktivität regt zum Mitmachen an. Unsere Neigung zu Wohlwollen und Gerechtigkeit lässt uns innerlich mitschwingen, wo wir einen Einsatz dafür wahrnehmen, zumal wenn er erkennbar mit Neuerungskraft, Kreativität, Frische, aufmüpfiger Sinnhaftigkeit und Gemeinschaft stiftenden Elementen verbunden ist.

Bei größeren Missständen kann die Anregung zu breiter Beteiligung am Abbau organisiert werden. In Ägypten konnten über facebook an den staatlich beeinflussten Medien vorbei viele Menschen zum Engagement angeregt werden. Das Mitschwingen ermöglicht zahlreiches Mitwirken. Massenmobilisierung fanden Erica Chenoweth und Maria J. Stephan als wichtigen Erfolgsfaktor in einer Studie, in der sie 323 Aufstände von 1900 bis 2006 untersuchten.⁹²

Wohlwollend Kontakt aufnehmen

Die Erklärungen in „How to protest intelligently“ aus Ägypten zeigen ein weiteres wichtiges Element des gütekräftigen Vorgehens: das Einbeziehen anderer. Der Gandhi-Forscher Dennis

⁸⁸ Eins von vielen Beispielen: „Das Gewissen des Wachmannes“ in: www.guetekraft.net : Gütekraftberichte. Stand: 24.7.13.

⁸⁹ Bauschke 2010.

⁹⁰ Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 1, UNO-Resolution 217A(III) vom 10.Dezember 1948; Hervorhebungen von M.A.

⁹¹ Natürlich ist auch Nachhaltigkeit ein wichtiges Globalziel. Ich sehe es als Teilziel der Gerechtigkeit gegenüber der Natur und nachfolgenden Generationen.

⁹² Stephan, Chenoweth 2008.

Dalton nennt es „*Inclusivity*“.⁹³ Auch diese ‚Inklusivität‘ ist wichtig für die Wirkung des güteträftigen Vorgehens und basiert ebenfalls auf der allgemein-menschlichen Neigung zu Wohlwollen und Gerechtigkeit. Wer die Gütekraft im Eigenen, als eigene Möglichkeit, entdeckt, weiß, dass jede und jeder diese Potenz in sich hat. Dieses Wissen legt nahe, andere an einem Missstand Beteiligte durch eigenes Handeln und passende Kommunikation, so, z. B. in ihrem Gewissen, in ihrer Neigung zum Guten, anzusprechen, dass ihre Gütekraft-Potenz salient, das heißt hervorspringend, wird und ins Mitschwingen gerät – in der Sprache der Philippinen: Würde anbieten. Wenn dies gelingt, werden sie angeregt, ebenfalls am Abbau des Missstands mitzuwirken. Dies gilt nun nicht nur für von vornherein Sympathisierende, sondern auch für diejenigen, die in der Sache zunächst Gegner sind. Mit ihnen frühzeitig wohlwollend Kontakt aufzunehmen, kann dazu führen, dass ihre Gegnerschaft an Bedeutung verliert.

Gewaltfrei. Feinde sind potenzielle Verbündete.

Das Wissen um eigene Anteile an Missständen trägt zum Abbau von Feindschaft wesentlich bei. Es lässt uns realistischer und bescheiden werden und nimmt der Feindbildmalerei die Grundlage: Auch ich bin als Engagierter nicht ‚unschuldig‘, sondern zu meinem Anteil und auf meine Weise mitverantwortlich. Andere haben andere Anteile an Mitverantwortung. Es gibt keinen Grund, ihnen deshalb Schaden zuzufügen. Dieses könnte vielmehr dazu führen, dass ihr Mitschwingen erschwert wird, wie das Sprichwort sagt „Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.“ Aus diesen Gründen ist güteträftiges Vorgehen gewaltfrei. Die Engagierten re-agieren ihrerseits nicht wie das Echo oder Automaten, sondern agieren souverän, frei: Die anderen Beteiligten, gerade auch diejenigen, die den Abbau eines Missstandes bisher erschwerten oder verhinderten, werden, auch wenn sie sich feindlich oder gleichgültig verhalten, nicht als Feinde, sondern immer als potenzielle Verbündete betrachtet und behandelt. Je konsequenter dies geschieht, desto größer sind die Erfolgchancen des Vorgehens. Dies kommt auch im Koran zum Ausdruck: „Gutes und Böses ist nicht einerlei; darum wende das Böse durch Gutes ab, und dann wird selbst dein Feind dir zum echten Freund werden“ (Sure 41, 35; vgl. die Aussagen der Bibel zur Feindesliebe, Matth. 5, 38-44, und zur Überwindung des Bösen durch das Gute, Röm. 12,21).

Philippinen: Das Gesetz des Handelns

In den Philippinen gab es eine für die güteträftig Vorgehenden besonders schwierige Lage. Nach einem weiteren Mord an einem Marcos-Kritiker riefen SympathisantInnen der NPA-Gruppe mit aggressiven Hass-Parolen zu einer Demonstration auf. Diese Gruppe erwartete und provozierte womöglich ein Ereignis, das ihr erlaubte, öffentlich plausibel und ‚vom Volk getragen‘ den Kampf mit tödlichen Waffen zum Sturz des Diktators zu beginnen. Damit drohte ein Bürgerkrieg. Die Führungsgruppe der ‚Würde Anbietenden‘ beschloss eine eigene Demonstration einen Tag früher, dafür wurde stark geworben. Auf ihr erklärte sie erneut den gewaltfrei-güteträftigen Charakter des Aufstands und betonte die Bedeutung der Gewaltfreiheit ohne Hass. An der NPA-nahen Demonstration am folgenden Tag nahmen viel weniger Menschen teil. Das Gesetz des Handelns blieb bei den ‚Würde Anbietenden‘.⁹⁴

Ägypten: Eine Rose für die Polizei

Die ägyptische Broschüre empfahl, „positive slogans“ und „positive language“ (s.o. Bild 1). Eine solche Sprache verhindert, dass sich Polizisten persönlich angegriffen fühlen mussten. Auf einer weiteren Seite wurden Vorbilder für Transparente empfohlen mit dem Slogan „*The Police and the People Stand Together Against Oppression! Long Live Egypt!*“ Polizei und Volk sollen gegen Unterdrückung zusammenstehen. Das folgende Bild, auf dem passende Ausrüstung empfohlen wird, unterstreicht dies durch ein schönes Symbol:

⁹³ Dalton 2001, S. xv., 116ff., 198f.

⁹⁴ Mitteilung von Hildegard Goss-Mayr an M.A. im Interview in Wien Anfang August 2004.

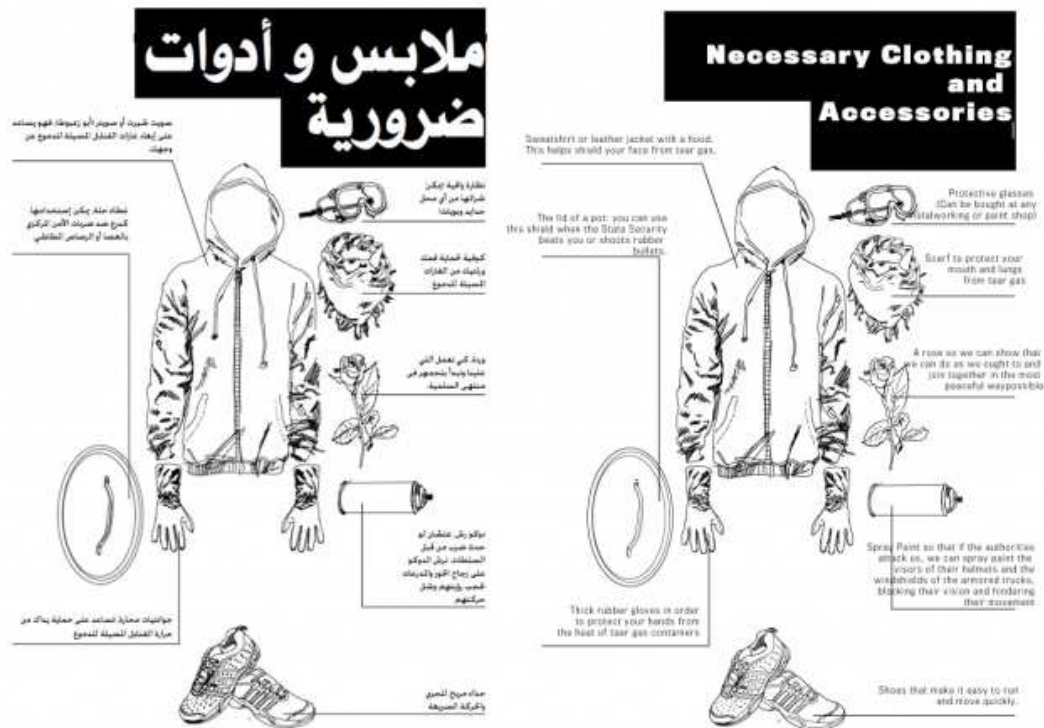


Bild 2: Ausrüstung für „intelligentes Protestieren“ (Quelle wie Bild 1)

Diese Mittel sollten einerseits vor Polizeigewalt schützen, andererseits sollte eine Blume dabei sein, die Polizisten geschenkt wird, „um zu zeigen, dass wir uns gut benehmen können, und so friedlich wie möglich zusammenkommen“. Mit Polizisten wurde der Zusammenschluss kaum erreicht, weitgehend jedoch – aus unterschiedlichen weiteren Motiven bei ihnen – mit Soldaten und auch zwischen Muslimen und Christen. Gütekräftiges Handeln kann kulturelle und religiöse Grenzen überwinden. Das ‚Mitschwingen‘ erzeugt einen ‚Domino-Effekt‘. Dieser kann über alle möglichen Grenzen hinweg wirken und sehr stark werden.

Doch wie stand es mit dem Diktator? Wie kann Gütekraft wirken, wenn mächtige Schlüsselpersonen nicht zugänglich sind?

Dritte Hauptwirkungsweise: Massenhafte Nichtzusammenarbeit

Neben Eigentätigkeit und Ansteckung ist massenhafte Nichtzusammenarbeit die dritte Weise, wie gütekräftiges Handeln zur Wirkung kommt. Sie basiert auf den beiden ersten.⁹⁵ Sie untergräbt direkt den Machtapparat der Schlüsselpersonen, wie es Boétie für Tyrannen konzipierte (s. o.). Sowohl in den Philippinen, als auch in Ägypten hatte der jeweilige Herrscher das Demonstrieren verboten. Die Massen hielten sich nicht daran. Ihre Versammlungen waren Akte des zivilen Ungehorsams.

In Ägypten versuchte die Polizei, die Anordnung des Regierungschefs durchzusetzen, und tötete in den ersten Tagen mehr als 800 Menschen. Doch die führenden Personen waren vorbereitet und die Massen ließen sich nicht einschüchtern. Als die Polizei nach drei Tagen pausenlosen Einsatzes ohne Erfolg blieb, zog sie sich völlig zurück. Das Militär zeigte sich, unterstützte jedoch die Räumungsziele der Polizei nicht, sondern sympathisierte mit den Protestierenden, wohl ein Zeichen dafür, dass schon zu diesem Zeitpunkt führende Militärs den Diktator nicht mehr unterstützten. Nach einigen Tagen versuchten nicht uniformierte Männer, wahrscheinlich vom Regime angeheuert, von Pferden und Kamelen aus brutal, vor allem mit langen Knütteln und Lan-

⁹⁵ Nach der Studie von Stephan und Chenoweth (2008) ist die Mitwirkung von Massen ein Hauptwirkungsfaktor von ‚People Power‘ (der Ausdruck wurde 1986 in den Philippinen geprägt).

zen, allerdings ohne Schusswaffen, die Demonstrierenden vom Tahrir-Platz zu vertreiben. Diese verteidigten das Camp. Hierbei kam es auch mithilfe von Fußballfans, die Erfahrungen mit Polizei-Angriffen hatten, zu Barrikaden-Kämpfen, zu Steinwürfen sowie anderen Gegenangriffen. Die Demonstrierenden setzten jedoch weder Schuss- noch Stichwaffen ein. Sie verletzten die das Camp Angreifenden möglichst nicht unnötig und schlugen sie nur zurück, aber verfolgten sie nicht.⁹⁶ Sie konnten das Camp erfolgreich verteidigen. Der Diktator konnte sich nicht mehr durchsetzen. 18 Tage nach den ersten Demonstrationen trat Hosni Mubarak zurück.

In den Philippinen hatten die Aufständischen aufgrund einer sorgfältigen Analyse der Stützen des Regimes schon früh über kirchliche Kontakte mit Führungspersonen bei Polizei und Militär Kontakt aufgenommen. Als die Menge sich todesmutig-furchtlos den Panzern entgegenstellte, hatte sich der Polizeichef Fidel Ramos bereits öffentlich vom Diktator distanziert. Dieser verließ drei Tage später das Land, nachdem ihm freies Geleit zugesagt worden war.

Nach dem Rückzug des Diktators

Der Weggang eines langjährigen Autokraten ist zwar eine wichtige Voraussetzung, aber noch nicht der nachhaltige Gewinn der Freiheit. Das hat die Welt an vielen Orten erlebt. In den Philippinen zeigten sich die Machtverhältnisse unterhalb der höchsten Ebene als sehr schwer beeinflussbar.⁹⁷ Daraus zog das Ehepaar Goss folgende konzeptionelle Konsequenzen. Auf Madagaskar regierte Präsident Ratsiraka nach dem Vorbild Nordkoreas. Als seit 1991 – fast unbemerkt von den hiesigen Medien – die dortige Diktatur mit Unterstützung des Ehepaars aus Wien nach dem Vorbild der Philippinen beendet werden sollte, wurde früh die Zeit nach der Diktatur vorbereitet, z.B. durch die Ausarbeitung einer neuen Verfassung.⁹⁸

Mir ist nicht bekannt, wie weit die Aktiven des Tahrir-Platzes bereits im Frühjahr 2011 an den Aufbau neuer Strukturen dachten. Das zarte neue Pflänzchen der Demokratie in Ägypten hat mit der ersten relativ freien Wahl Mohammed Mursi zum Präsidenten gemacht, der jedoch anfangs, autokratisch zu regieren. Das Militär entmachtete ihn nach einem Jahr. KommentatorInnen befürchten einen Bürgerkrieg. Die Zahl der Toten allerdings blieb in den ersten vier Wochen auch nach massenhaften öffentlichen Auseinandersetzungen im Vergleich zum Frühjahr 2011 viel geringer. Alle drei Hauptgruppen, die Muslimbrüder, die Aktiven des Tahrir-Platzes und die Militärs rufen immer wieder dazu auf, keine Gewalt zu gebrauchen. Alle drei Gruppen haben 2011 erlebt, dass ohne tödliche Waffen viel erreicht werden kann, sie haben die Stärke ‚entdeckt‘, die güteträftige Aktivitäten entfalten können.⁹⁹ Ende Juli 2013, da ich dies schreibe, erscheint jedoch fraglich, ob es den Militärs und der von ihnen eingesetzten Regierung ‚von oben‘ gelingen wird, für das tief gesplante Land eine Politik der Zusammenarbeit zum Wohle des ganzen Landes ins Werk zu setzen.

Peking 1989, Libyen, Bahrain, Syrien ...?

Warum führte das güteträftige Vorgehen in einigen Ländern zum Erfolg und in anderen nicht? Wie erwähnt kann es keine Erfolgsgarantie geben. Selbstverständlich haben die Engagierten ihr Bestes getan, und ihr Einsatz darf nicht kleingeredet oder gar aus sicherer Position verurteilt werden. Ohne den Anspruch, eine hinreichende Analyse zu geben, möchte ich mich dennoch denen anschließen, die aus diesen Misserfolgen lernen wollen. Meine Beobachtungen und Fragen gehen von dem eingangs zitierten Satz von Hildegard Goss-Mayr aus: „...einen gewaltfreien Weg muss man vorbereiten, das heißt, man kann einen gewaltlosen Befreiungskampf nicht führen ohne Schulung, ohne innere und äußere Vorbereitung“. (Goss-Mayr 2004, S. 8)

⁹⁶ Ahmed Salah, vgl. Anm. 85, <http://www.gandhitopia.org/forum/topics/events-2011-10-05-frankfurt-gandhi-talks-on-the-occasion-of-maha> > Audio. Bauer, Schweitzer 2013, S. 318-324.

⁹⁷ Daher blieb auch die ökonomische Lage vor allem der Landbevölkerung prekär, weil die Bemühungen um die notwendige Landreform nur unzureichende Verbesserungen ergaben.

⁹⁸ Näheres in Arnold 2011b, S. 52-58.

⁹⁹ Dabei gingen die Tahrir-Besetzer voran, während die Muslimbrüder – wohl zu ihrer eigenen Überraschung – wesentliche Nutznießer des Vorgehens wurden.

Soweit erkennbar, fehlte im Handlungskonzept der Peking Proteste 1989 die Option eines im Voraus bedachten ‚taktischen Rückzugs‘ vom Platz des Himmlischen Friedens ab einem bestimmten Zeitpunkt (der Gedanke stammt von Hildegard Goss-Mayr.¹⁰⁰)

In Libyen überfielen Aktive vier Tage nach den ersten Demonstrationen eine Kaserne und eigneten sich die Waffen an, die sie voller Stolz der Presse zeigten in der Meinung, so seien sie stark geworden. Offenbar fehlte ihnen zum einen ein Vertrauen auf eine andere Stärke als durch Waffen – die Gütekraft war ihnen unbekannt bzw. „non-violence“ erschien ihnen (wie den meisten spontan) nicht als stark. Zum andern hatten sie anders als die ägyptischen Aktiven auch keine methodische Vorbereitung, wie diese Kraft anzuwenden ist.

Ähnliches gilt wohl auch für die meisten anderen Aufständischen der Arabellion – außer in Tunesien und Ägypten.

9.3 Weitere Zusammenhänge

Grenzen

Aufgrund seiner Wirkungsweise ist die Anwendbarkeit des Gütekraft-Konzepts für rein egoistische Ziele (auch von Gruppen), d. h. auch für jegliche Art von Überlegenheits- oder Hegemoniestreben, ausgeschlossen, allgemein gesagt: für Zwecke, die (im Sinne der Beteiligten) nicht als Behebung sozialer Missstände gelten, also nicht mehr Freiheit, Gerechtigkeit oder Menschlichkeit bedeuten.

„Gütekraftige Revolutionen“?

Wie sollte die Beendigung der Diktaturen von Marcos und Mubarak genannt werden? „Sturz“ passt nicht, ist zu sehr mit Gewalt konnotiert. Unter Revolution wird sehr Verschiedenes verstanden. Ich meine damit hier nur die Vorgänge der Entmachtung der Diktatoren. Ich hoffe, es wird einmal ein passendes Wort für derartige Ereignisse gefunden.

Je nach der Norm, was unter Gewalt, Gewaltlosigkeit oder Gewaltfreiheit verstanden wird, mögen die Vorgänge gewaltlos oder gewaltfrei genannt werden oder auch nicht. Fragen wir statt nach einer Norm nach den Kräften, die zur Wirkung kamen, so können wir feststellen:

Die Beendigung der Marcos-Diktatur geschah nach einem dezidiert gütekraftigen Konzept, das sich ein einheitlich geführtes Bündnis verschiedener Organisationen zu Eigen gemacht und mit Erfolg angewendet hatte. Sie kann daher als gütekraftige Revolution bezeichnet werden.

Wie sind die Vorgänge in Ägypten einzuordnen?

Wie würde Gandhi sie beurteilen? Er kritisierte Terrorakte, die 1942 von bestimmten Gruppen in Indien mit dem Ziel verübt worden waren, die britische Kolonialherrschaft über Indien zu beenden. Aber die Frage, ob sie nutzlos waren, verneinte er. *„Im historischen Prozess wird sich zeigen, dass das Land durch jede Kampfform vorankam, auch durch den Augustaufstand“* (Gandhi 1999, Vol. 84, S.49f). Er meinte, ohne die Gewaltakte wäre die Befreiung schneller erreicht worden. Er war der Überzeugung, Indien sei insgesamt durch das von ihm vorgelebte gütekraftige Vorgehen vom „britischen Joch“ befreit worden, und zwar auch mit „Non-violence der Schwachen“ und obwohl, am gehörigen Maßstab der Wahrheit gemessen, *„unser non-violentes Handeln halbherzig war.“* (Gandhi 1999, Vol. 89, S. 403; Vol. 97, S. 465).

Auch für Ägypten gilt: Das Konzept, das jeweils planmäßig eingesetzt wurde, und auch viele spontane Aktivitäten waren von eigentätiger Verantwortungsübernahme geprägt und mit der Bereitschaft verbunden, Kosten und Risiken auf sich zu nehmen, bis hin zu strukturellen Maßnahmen wie für Ordnungsdienste, medizinische Versorgung oder Verkehrsregelung in der Stadt zu sorgen, als die Polizei ausfiel u.v.a.m. Bei der ägyptischen Revolution im Frühjahr 2011 brachten die Aktiven des Tahrir-Platzes wichtige Elemente des gütekraftigen Vorgehens zur Wirkung und dies trug wesentlich dazu bei, dass der Diktator zurücktrat. Auch wenn teilweise bewusst

¹⁰⁰ Quelle wie in Anm. 85 .

(defensive) Gewalt eingesetzt wurde – Gandhi würde wohl auch die ägyptische als gütekräftige Revolution bezeichnen.

In kleiner Münze und weltweit

Gütekräftiges Vorgehen ist auch ‚in kleiner Münze‘ wirksam,¹⁰¹ etwa in Familien und Freundschaften, in denen sich beziehungsgemäßes Verhalten und das beziehungscentrische Selbstbild sowie die Neigung zu Wohlwollen und Gerechtigkeit ohne besondere Bemühung entwickeln können. Gütekräftiges Handeln hat wohl jeder und jede schon erlebt, selbst handelnd und auf andere Weise. Oft geschieht dies unbewusst. Handlungs- und Wirkungsmuster wie im Freundeskreis zeigen sich auch in anderen sozialen Zusammenhängen, auch in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Es gibt vielerlei gut dokumentierte Erfahrungen mit gütekräftigem Vorgehen weltweit bei Missständen aller Art und auf allen Konfliktebenen. Und es gibt diverse Untersuchungen und Überlegungen dazu. Aus ihnen weiter zu lernen, kann die Möglichkeiten dieser zutiefst menschlichen Vorgehensweise für viele Bereiche erweitern.

„Der Weg der Gewalt ist alt und eingefahren und es ist nicht schwer, über sie zu forschen. Der Weg der Non-violence [aber] ist neu, und die Wissenschaft der Non-violence nimmt erst Gestalt an. Wir sind noch nicht mit all ihren Aspekten vertraut. Es gibt viel Raum für Forschung und Experimente auf diesem Gebiet. Alle eure Fähigkeiten könnt ihr dafür einsetzen“ (Gandhi 1999, Vol. 77, S. 383).

Quellen

Arnold, Martin (2011a) *Gütekraft. Ein Wirkungsmodell aktiver Gewaltfreiheit nach Hildegard Goss-Mayr, Mohandas K. Gandhi und Bart de Ligt*. Mit einem Geleitwort von Johan Galtung. Baden-Baden: Nomos.

Arnold, Martin (2011b) *Gütekraft – Hildegard Goss-Mayrs christliche Gewaltfreiheit*. Overath: Bücken & Sulzer.

Arnold, Martin (2011c) *Gütekraft – Gandhis Satyagraha*. Overath: Bücken & Sulzer.

Arnold, Martin (2011d) *Gütekraft – Bart de Ligts humanistische Geestelijke Weerbaarheid*. Overath: Bücken & Sulzer.

Bauer, Patricia; Schweitzer, Bertold (2013) 'The Egyptian Revolution 2011: Mechanisms of Violence and Non-Violence.' in: Preiss, Bert; Brunner, Claudia (Hg.) (2013) *Democracy in Crisis. The Dynamics of Civil Protest and Civil Resistance. Peace Report 2012, Results of the State of Peace Conference 2012, Friedensburg Schlaining, Austria*. Wien: Lit, S. 309 – 328.

Bauschke, Martin (2010): *Die Goldene Regel: Staunen – Verstehen – Handeln*. Berlin : EB-Verlag.

Dalton, Dennis (2001) *Gandhi's Power. Nonviolence in Action*. 3. Aufl. New Delhi: Oxford University Press.

Gandhi, Mahatma (1999) *Electronic Book of The Collected Works of Mahatma Gandhi*. (CD-ROM). Publications Division (Hrsg.). New Delhi: Icon Softec.

Gregg, Richard B. (1982) *Die Macht der Gewaltlosigkeit*. Mit einem Vorwort von Martin Luther King. Gladenbach: Hinder + Deelmann.

Goss-Mayr, Hildegard (2004) ‚Die Kraft der Gewaltfreiheit am Beispiel der Philippinen.‘ In: gewaltfreie aktion, Jg. 36, H. 138+139, S. 5–17.

La Boétie, Etienne de (1991) *Knechtschaft*. Neuausgabe der Übersetzung von Gustav Landauer von "Discours sur la servitude volontaire". Münster, Ulm: Klemm & Oelschläger.

Mahler, Mirjam; Arnold, Martin (2013): Blätter des Bundes für Soziale Verteidigung „Gewaltfreiheit“ --> „Gütekraft“. online: http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/Guetekraft_mit_Kopf.pdf Stand: 24.07.2013.

Spiegel, Egon (2008) ‚Ohne Gewalt leben. Spiritualität und Praxis gewaltfreier Weltgestaltung.‘ In: Nagler, Michael; Spiegel, Egon (Hrsg.) (2008) *Politik ohne Gewalt. Prinzipien, Praxis und Perspektiven der Gewaltfreiheit*. Berlin: Lit (Friedenswissenschaft, 1), S. 55–136.

¹⁰¹ Vgl. Egon Spiegel (2008, S. 129ff): „Gewaltfreiheit in alltäglichen Beziehungen“; und „Schläge nach dem Schlittschuhlaufen“, kommentiert in: Arnold 2011a, S. 188-190; ohne Kommentar in: www.guetekraft.net : Gütekraftberichte. Stand: 24.7.13.

Steinweg, Reiner (2012) ‚Wie ist die Gewaltfreiheit beim Umbruch in Ägypten zu erklären? Ein Vergleich mit dem Sturz der Marcos-Diktatur auf den Philippinen vor 25 Jahren.‘ In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Projektleitung Bert Preiss (Hrsg.) (2012) *Zeitenwende im arabischen Raum. Welche Antwort findet Europa?*, S. 49-76.

Stephan, Maria J.; Chenoweth, Erica (2008) ‚Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict.‘ In: *International Security*, Jg. 33, H. 33-1, S. 7–44. (online: http://belfercenter.ksg.harvard.edu/publication/18407/why_civil_resistance_works.html [24. Juli 2013])

Zu den AutorInnen

Outi **Arajärvi** ist Mitglied des International Governing Council von Nonviolent Peaceforce und Vorstandsmitglied beim Bund für Soziale Verteidigung.

Martin **Arnold** ist Friedensforscher (www.martin-arnold.eu) im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung. Er engagiert sich u.a. gegen Atomwaffen und für Verkehrsverbesserungen durch Gütekraft.

André **Find** ist Mitarbeiter bei Adopt a Revolution (www.adoptrevolution.org).

Bernhard **Hillenkamp** ist Berater Nahost in der Abteilung Projekte und Programme des *forum-ZFD* (Köln).

Ali **Kareem**, Jahrgang 1984, hat 28 Jahre seines Lebens im Irak verbracht. Er hat in Bagdad neun Jahre lang Kunst studiert und spielt seit über 10 Jahren Theater im Irak, in Italien und Deutschland und gibt Workshops. Seit 2011 lebt Ali in Deutschland und studiert seitdem Choreografie und Performance am theaterwissenschaftlichen Institut der Universität Gießen. Für den BSV hat er auf der Jahrestagung 2013 einen Theaterworkshop gegeben.

Björn **Kunter** war Co-Geschäftsführer beim BSV und bis Anfang 2013 für die Belarus-Projekte zuständig.

Vasilij **Pinchuk** ist Aktivist bei Nasch Dom und lebt in Belarus und Litauen.

Aziz **Ramadan** gehört der Union der Syrischen StudentInnen an. Er hat den Beginn der Revolution in Syrien miterlebt; seit 2012 ist er in Deutschland.

Sarah **Roßa** ist Politikwissenschaftlerin, seit 2013 Co-Geschäftsführerin beim BSV und betreut schwerpunktmäßig die Projekte in Belarus.

Christine **Schweitzer** ist Co-Geschäftsführerin beim BSV und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (www.ifgk.de).

Schulamith **Weil** ist Mitarbeiterin in der KURVE Wustrow.